

Interview:

Noch nicht genug gelernt

WIFO-Chef Karl Aiginger zur Budget-Konsolidierung. **8**

Schwerpunkt:

Partizipatives Budget

Die Idee der BürgerInnenbeteiligung als Antwort auf die Krise. **28**

Internationales:

Ölmek var dönme yok

TEKEL işçilerinin direnişi sayfalarımızda **42**

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

N° 3 | 2010 | 64. Jahrgang | € 2,-

www.arbeit-wirtschaft.at



© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Dein, mein, unser Budget?

ab Seite 8



8



20



28



38

Schwerpunkt:

Um-Fair-teilung **12**

In den vergangenen zehn Jahren sind Kapitaleinkommen gestiegen, während die Lohnquote gesunken ist.

Zahlen, die zählen **14**

Indikatoren, mit denen Entwicklungen bewertet werden sollen, spielen nicht nur bei der Budgeterstellung eine wichtige Rolle.

Wege zum Glück **16**

Österreich hat eine der höchsten Umverteilungsquoten weltweit. Es gibt sogar noch Optimierungspotenzial.

Unser Budget? **18**

BürgerInnenbeteiligung als Antwort auf die aktuelle Krise und die strukturellen Probleme der repräsentativen Demokratie.

Die Ursachen der Krise **20**

Viele ÖkonomInnen sehen die stark gestiegene Einkommens- und Vermögensungleichheit als zentrale Krisenursache.

Intelligent konsolidieren **22**

Auch IWF oder die OECD fragen sich, ob Budgetkonsolidierung denkbar ist, ohne Wachstum wesentlich zu gefährden.

Die Goldene Mitte **24**

Nach Berechnungen der Statistik Austria gehören mehr als sechs Mio. Menschen in Österreich zum sogenannten Mittelstand.

Wer hat das Geld? **26**

Mit Milliarden versuchte die EZB das Kreditgeschäft anzukurbeln. Bei den Unternehmen ist wenig davon angekommen.

Eine halbe Sau **28**

Der private Haushaltsplan ist Modell der Mikroökonomie, bei dem der Faktor Mensch zählt.

Krank durch die Krise **30**

Der Staat setzt den Rotstift an, genauso wie Sozialversicherungsträger, internationale Konzerne oder Kleinunternehmen.

Die Demoralisierung **32**

Eine Top-Journalistin erinnert sich an die schwarzblaue Wende vor zehn Jahren.

Interview:

Jetzt Gas geben **8**

WIFO-Chef Aiginger über Budgetkonsolidierung, fehlende Kinderbetreuung und strategische Privatisierungen.

Aus AK & Gewerkschaften:**Mobilität findet statt** 41**Internationales:****Durchbruch im Kampf** 42**Meinung:****Aus dem Schneider?** 45**Gesellschaftspolitik:****Politische Bildung – wozu?** 34**Schulische Schief lagen** 36**Es ist nicht alles fair** 38**Standards:****Standpunkt: Ich zahle gerne Steuern** 4**Veranstaltung: Gewerkschaft aktiv** 5**Aus AK & Gewerkschaften** 6/7**Historie: Licht, Luft, Sonne** 11**Internationales** 37**Verbraucherpreise** 44**Man kann nicht alles wissen** 46*Erklärungen aller grün-markierten Worte.*www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein »Reader« entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetag.com/downloadreader/

Von privaten und öffentlichen Haushalten**Redaktion intern**

»Höhere Steuern auf Vermögenszuwachs und Energie, und mit den Erträgen den Faktor Arbeit entlasten – so hätten wir dann ein besseres und gerechteres Steuersystem, das auch noch Beschäftigung schafft«, auch dazu könnte man laut WIFO-Chef Dr. Karl Aiginger im Interview mit der »Arbeit&Wirtschaft« 3/2010 die Budgetkonsolidierung nutzen. »Dein, mein, unser Budget« ist Schwerpunktthema dieser Ausgabe.

Und dabei geht es auch um »Um-Fair-Teilung«, wie Sie ab Seite 12 lesen können. Denn hier gibt es noch einige geh-

bare »Wege zum Glück« (S. 16). Viele ÖkonomInnen sehen nämlich in der stark gestiegenen Einkommens- und Vermögensungleichheit eine zentrale Krisenursache (S. 20). Aber nicht nur im öffentlichen Haushalt ist sparen angesagt – auch das private Budget würden viele gerne sanieren (S. 28).

Eine Premiere gibt es in der aktuellen »A&W«: AK-Kollege Kadim Ülkerschildert ab Seite 42 den Arbeitskampf der TEKEL-Beschäftigten in der Türkei. Wir bringen in diesem Heft neben der deutschen Version eine türkische Kurzfassung,

die türkische Langfassung, können Sie im Internet lesen.

Last but not least kommentiert die Österreicher-Korrespondentin des deutschen Focus Magazins, Marta Halpert, die bevorstehende Bundespräsidentenwahl (S. 45).

Besuchen Sie uns auch im Internet: Auf der Homepage www.arbeit-wirtschaft.at haben Sie die Möglichkeit, Artikel zu kommentieren und E-Cards zu versenden. Wir freuen uns übrigens stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

*Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee*



Standpunkt

Ich zahle gerne Steuern

Eigentlich zahle ich gerne Steuern – wann auch immer ich das laut herausposaune, ernte ich im Freundes- und Bekanntenkreis heftiges Lachen oder ungläubiges Kopfschütteln. Dann erkläre ich manchmal, dass für mich die Steuern eine Art Eintrittskarte in mein durchaus gutes Leben sind: Ich lebe in einem reichen Land, wo niemand verhungern muss. Wir haben ein gutes Gesundheitssystem, und ich muss nicht fürchten, dass mich die Erkrankung eines Familienmitglieds ins Elend stürzt. Für mich und meine Lieben stehen hervorragende Krankenhäuser – in nächster Nähe – zur Verfügung.

Ich konnte gute öffentliche Schulen besuchen, für die Schulbücher kam der Staat auf. Auf der Uni zahlte ich noch keine Studiengebühren. An den Wochenenden fuhr ich regelmäßig mit dem Zug heim nach Tirol. Auch dafür gab es für Studierende Zuschüsse. Heute fahre ich mit dem Auto, und auch wenn ich mich über die vielen Baustellen in Stadt und Land ärgere, Auslandsreisen erinnern mich dann immer wieder daran, wie gut unsere Straßen ausgebaut sind. In Wien bin ich mit den Öffis in einer halben Stunde fast überall, und ich fühle mich sicherer als in jeder anderen Großstadt der Welt.

Mittlerweile verdiene ich selbst und zahle davon ordentlich Steuern, und manchmal erschrecke ich sogar wie viel.

Aber wie gesagt, mein Österreich ist mir das wert.

Ich verstehe auch, dass das Budget dringend saniert werden muss. Schon vor der Krise war der Staatshaushalt nicht ausgeglichen, die vergangenen 35 Jahre jedenfalls hat kein »guter Tag mit einem sanierten Budget begonnen«. Durch die Krise stiegen die sozialen Kosten z. B. in der Arbeitslosenversicherung. Aber auch und vor allem die Stabilisierung des Finanzsystems und die Schadensbegrenzung haben Vater Staat und damit uns allen viel Geld gekostet. Jetzt gilt es zu konsolidieren, rauszukommen aus den Schulden. Das verlangen die EU, aber auch die Vernunft und die Verantwortung – schon jetzt leben wir in allzu vielen Bereichen auf Kosten unserer Nachkommen. Die Schulden wachsen täglich, die Zinsen, die wir dafür zahlen müssen, auch.

Floriani-Prinzip

Also muss gespart werden. Darüber Einigkeit zu erzielen, ist in Zeiten wie diesen gar nicht einmal so schwierig – kompliziert wird es erst, wenn es darum geht, wer genau wie sparen könnte. Da wird dann frei nach dem Floriani-Prinzip argumentiert: »Heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd das vom Nachbarn an!« Diese Devise gilt erst recht, wenn es nicht darum geht, darauf zu ach-

ten, wo noch versteckte Reserven sind, wie man die Effizienz steigern könnte, welche Maßnahmen am Ziel vorbeischießen, sondern vor allem, wenn es um Steuern geht. Über Steuererhöhungen bei Tabak, Alkohol und Glücksspiel, wie vom Wirtschaftsforschungsinstitut vorgeschlagen, wird interessanterweise kaum mehr gesprochen – dabei wäre es für uns alle mehr nützlich als schädlich, wenn wir für unsere Laster ein wenig berappen müssen.

Krise als Chance

Und heftige Abwehr vonseiten der UnternehmerInnen, die wie wir alle von diesem Staat profitieren, gibt es auch gegen Vermögenszuwachssteuern, Schenkungs- und Erbschaftssteuern sowie Grundsteuern. Hände weg von den Stiftungen wird gefordert und mächtige Lobbys machen sich gegen Finanztransaktions- und Börsenumsatzsteuer stark.

Eigentlich zahle ich gerne Steuern – wenn alle den Eintrittspreis für dieses gute Leben zu zahlen bereit sind. Manchmal habe ich aber das Gefühl, dass die auf den »billigen Plätzen« eigentlich mehr dafür auf den Tisch legen als die in den Logen. Das macht mich wütend, und das finde ich ungerecht. Dann fällt mir ein, dass jede Krise auch eine Chance enthält. Diese böte die Möglichkeit zum Fairteilen. Setzen wir uns dafür ein. www.fairteilen.at

Gewerkschaft aktiv

Ganz egal, ob Brüssel, Wien, Salzburg oder Krems, ob die Vorführung von Michael Moores neuestem Film, eine Diskussionsveranstaltung im Gasthaus oder eine in Brüssel, ob ein Informationsstand am Frauentag im Wiener Rathaus oder eine Benefizveranstaltung für Haiti – GewerkschafterInnen tun was!



ÖGB Salzburg, 2. März 2010: Über den neuen Film von Michael Moore diskutieren Evelyn Regner, Othmar Karas und Siegfried Pichler.



ÖGB NÖ, Krems, 8. März 2010: ÖGB-Vizepräsidentin Sabine Oberhauser diskutiert mit Interessierten zum Thema Fair Teilen.



ÖGB-Frauen, 8. März 2010: Stadträtin Sandra Frauenberger, ÖGB-Frauvorsitzende Brigitte Ruprecht, BM Gabriele Heinisch-Hosek.



ÖGB Brüssel, 8. März 2010: Podiumsdiskussion mit Bernhard Achitz, BM Rudolf Hundstorfer, Raimund Löw, Csaba Káncz, Gero Maass.



vida, 14. März 2010: Mit anderen FriseurInnen sammeln die GewerkschafterInnen bei »Hair Aid« Geld für ein Kinderdorf in Haiti.



Zu guter Letzt ein Bild, über das wir uns freuen: Bei seinem Wien-Besuch studierte Günther Wallraff auch die Arbeit&Wirtschaft.

IMPRESSUM

Redaktion »Arbeit&Wirtschaft«:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 534 44-39263 Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.
Katharina Klee (Chefredakteurin): 39269 Dw.
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis 14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee

Arthur Ficzek (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Lucia Bauer,
Günther Chaloupek, Thomas Fessler, Andreas Gjecaj,
Elisabeth Glantschnig, Katharina Klee (Chefredakteurin),
Karl Kolmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Sabine Letz,
Ruth Naderer, Katharina Painer, Brigitte Pellar,
Alexander Schneider, Erik Türk

Redaktionsmitglieder

Katharina Klee (Chefredakteurin),
Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

Mitarbeiter/-innen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Sebastian Baryli,
Ruth Bauer, Kai Biehl, Günther Chaloupek, Astrid Fadler, Marta
S. Halpert, Hans Harms, Katharina Krawagna-Pfeifer, Franz
Mangelberger, Gabriele Müller, Amela Muratovic, Isabelle
Orny, Brigitte Pellar, Reinhold Russinger, Günther Sandner,
Helene Schuberth, Till van Treeck, Kadim Ülker, Petra Völkerer,
Markus Zahradnik, Josef Zuckerstätter, Klara Zwickl

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, und Österreichischer
Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1,
Tel.: (01) 662 32 96-39744 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.
E-Mail: Renate.Wimmer@oegbverlag.at,
Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,-; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten und
Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw.,
E-Mail: karin.stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift »Arbeit&Wirtschaft« wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede Autorin trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Leserzuschriften können auch gekürzt wiedergegeben werden.
Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

ÖGB:

»Ich mess den Stress«

Online-Studie zu Arbeitszufriedenheit, Stress und Gesundheit.

Die Online-Befragung »Ich mess den Stress« findet im Rahmen einer Forschungsarbeit von Julia Steurer an der Universität Wien statt. ÖGB, AK Wien und Humanware, ein Beratungsunternehmen zu Gesundheit, Sicherheit und Ergonomie, unterstützen diese Studie mit dem Ziel, aus allen Daten Tätigkeits- bzw. Branchenprofile zu Arbeitsstress und Arbeitszufriedenheit zu gewinnen. Selbstverständlich bleiben Ihre persönlichen Daten anonym!

Was bringt Ihnen die Teilnahme?

1. Sofort nach dem Ausfüllen – Ihr Ergebnis: Das Ergebnis gibt Auskunft über Ihr individuelles Stressprofil und ein Auswertungsprofil Ihrer Arbeitszufriedenheit.

2. Ihr Ergebnis-Vergleich: Nach Auswertung aller Ergebnisse im Rahmen der Studie erhalten Sie eine zweite Auswertung,

die zeigt, ob Sie im Durchschnitt bzw. über oder unter dem Schnitt vergleichbarer Personengruppen liegen.

3. Info-Veranstaltung: Die Ergebnisse der Studie werden im Internet und im Rahmen einer Informationsveranstaltung präsentiert, zu der Sie eine Einladung erhalten.

4. Gewinnspiel: Unter den ersten 1.000 Online-Fragebögen werden von der Arbeiterkammer Wien wertvolle Preise wie ein City-Bike, ein Wellness-Paket, ein I-Pod sowie Bücher und vieles mehr verlost.

Die Internet-Seite www.ich-mess-den-stress.at ist von 1. März bis 15. April 2010 aktiv.

Mehr Info zum Thema Stressprävention sowie den **Online-Fragebogen** unter: www.ich-mess-den-stress.at

GPA-djp:

All-in ist viel zu in

Immer öfter ist bei Arbeitsverträgen alles inklusive.

Bei All-in-Arbeitsverträgen deckt ein Gesamtgehalt pauschal alle Arbeitszeiten (Mehrstunden, Überstunden ...) ab. Auch Aufwandsentschädigungen (Kilometergeld) können enthalten sein.

All-in-Verträge können durchaus sinnvoll sein: für Führungskräfte und für hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen, die ihre Arbeit und Arbeitszeiten weitgehend selbstständig gestalten können. In jedem Fall gilt das Günstigkeitsprinzip: Nachteile gegenüber einem klassischen Arbeitsvertrag sollen nicht entstehen, kollektivvertragliche und gesetzliche Ansprüche müssen jedenfalls erfüllt sein.

Nachvollziehbarkeit und Berechenbarkeit aller Ansprüche ist das erste Kriterium für einen fairen All-in-Vertrag: Daher achten Sie auf Angabe des Min-

destgehalts ohne Überstunden laut Kollektivvertrag, Aufzeichnung der tatsächlichen Arbeitszeiten, eine Aufzählung, was im All-in-Vertrag abgegolten ist und was extra bezahlt wird und eine Vereinbarung, wie das All-in-Gehalt jährlich zu erhöhen ist.

Die GPA-djp steht Ihnen als kompetenter Partner für ein ausführliches Beratungsgespräch zur Verfügung. Alle Angestellten, die einen solchen Vertrag bekommen oder bereits unterschrieben haben, können diesen von GPA-djp-ExpertInnen überprüfen lassen. Vereinbaren Sie einen Beratungs-Termin unter 05 03 01-301.

Überprüfen Sie Ihren Arbeitsvertrag online:

scripts.gewerkschaften-online.at/GPA/allin_check/seite1.php

Vernetzung:

Global denken & handeln

Lehrgang für starke globale Zusammenarbeit.

Während **multinationale Konzerne** globale Strukturen geschickt ausnutzen, um ihre Profite immer weiter zu steigern, indem sie ihre Produktionen in Billiglohnländer auslagern, verlieren ArbeitnehmerInnen hier wie dort: Schon die Drohung, Produktionen zu verlagern, macht Gewerkschaften und ganze Staaten erpressbar. Ein Wettlauf nach unten ist die Folge. Mit dem Projekt »Menschenwürdige Arbeit für menschenwürdiges Leben« von

weltumspannend arbeiten – ÖGB und Südwind in Kooperation mit dem VÖGB – soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden. In einem Lehrgang sollen GewerkschafterInnen für die Notwendigkeit von globalem Denken und Handeln sensibilisiert und dazu aktiviert werden, das in ihre Arbeit einzubauen. Dafür werden die TeilnehmerInnen mit Hilfe von MentorInnen Strategien gegen die Ausbeutung von ArbeitnehmerInnen auf glo-

baler Ebene erarbeiten. Die internationale Vernetzung wird durch die Einbindung von Gästen aus verschiedenen Ländern gefördert. Der Lehrgang wird in Strobl am Wolfgangsee abgehalten und besteht aus sieben zweitägigen Modulen, die sich über den Zeitraum September 2010 bis Juli 2011 erstrecken.

Informationen zum Kursprogramm und zur Anmeldeöglichkeit gibt es unter: www.fairearbeit.at

Arbeiterkammer:

Wohnen muss leistbar sein!

Jüngere ArbeitnehmerInnen-Haushalte sind durch hohe Mieten extrem belastet.

Junge Familien müssen durchschnittlich 43 Prozent des monatlichen Haushalts-Nettoeinkommens für die Miete zahlen, wenn sie in den vergangenen fünf Jahren eine Altbauwohnung (Richtwertmiete) in Wien gemietet haben. Sie sind mehr als doppelt so stark belastet wie der MieterInnen-Durchschnitt (20 Prozent). Das zeigt eine Befragung von rund 200 MieterInnen, die das Institut für empirische Sozialforschung (IFES) für die AK durchgeführt hat.

Hinzu kommen beim Einziehen in die Wohnung oft noch eine hohe Maklerprovision und eine Kautions. Schuld an den übersteuerten Mieten ist das unwirksame Richtwertmietensystem. Wegen der undefinierten Zuschläge, die nicht einmal im Mietvertrag angegeben werden müssen, gibt es keine wirksame Mietbegrenzung.

Aufgrund der hohen Nachfrage nach Mietwohnungen können die Vermieter auch die hohen Mieten durchsetzen. Die

AK-Studie ergab auch, dass befristete Mieten genauso teuer sind wie unbefristete. Das zeigt deutlich, dass das Richtwertsystem nicht funktioniert, denn eigentlich gibt es für befristete Mietverträge einen Abschlag von 25 Prozent, der aber offensichtlich von den Vermietern ignoriert wird.

Mehr Infos zum Thema Bauen & Wohnen:

www.arbeiterkammer.at/konsument/bauenundwohnen.htm

PRO-GE:

Steuer gegen Armut

Globale Unterschriftenaktion für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Zahlreiche Organisationen, darunter auch die PRO-GE, sind die TrägerInnen einer globalen Unterschriftenaktion mit der Forderung nach der Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Bis zum G20-Gipfel im Juni 2010 in Toronto können Menschen auf der ganzen Welt einen offenen Brief an die Regierungschefs der G20 unterschreiben und die Regierungschefs auffordern,

eine Finanztransaktionssteuer einzuführen.

»Eine Finanztransaktionssteuer ist eine Steuer mit Mehrwert«, sagt Rainer Wimmer, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft PRO-GE: »Sie bringt nicht nur neue Budgetmittel, sondern erschwert auch nachhaltig die Bildung von Finanzblasen, stabilisiert die Preise und schafft mehr Steuergerechtigkeit.« Zu-

dem könnten die daraus gewonnenen Gelder etwa zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden. In Europa und weltweit gibt es bereits mehrere Kampagnen, welche die Einführung der Finanztransaktionssteuer fordern. Die globale Unterschriftenaktion an die G20 ergänzt und verbindet die vielen Kampagnen.

Jetzt unterschreiben:

www.makefinancework.org/?lang=de

Jetzt Gas geben ...

WIFO-Chef Karl Aiginger über die Chancen einer ausgewogenen Budgetkonsolidierung, fehlende Kinderbetreuung und strategische Privatisierungen.

ZUR PERSON



Prof. Mag. Dr. Karl Aiginger

geboren am 23. Oktober 1948, ist seit 2005 Leiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO).

1966–1974 Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien. 1974 Dissertation »Entrepreneurial Decision Making«. 1978 Purdue University, Indiana, USA. 1982 Gastprofessor an der Stanford University, CA, USA. 1984 Habilitation: »Production Theory under Uncertainty«. 1975–1992 Herausgeber der »Empirica – Austrian Economic Papers«. 1991 Gastprofessor am M.I.T., Boston, MA, USA. 1993–2000 Mitglied des Aufsichtsrates der ÖIAG. 2002 Gastprofessor Stanford University, School of Business, USA. 1984–1987, 1996–1998, 2002–2005 stv. Leiter des WIFO. Seit 1992 Gastprofessor, Honorarprofessor Universität Linz. Seit 1998 Gutachter für Economic Journal, European Economic Review, Journal of Industrial Economics, Austrian Economic Papers und andere, Lead Manager und Mitautor des jährlichen »European Competitiveness Report« für die Europäische Kommission. Vorlesungen an der Universität Wien, Wirtschaftsuniversität Wien, Technische Universität Wien, Universität von Hunan (China), Webster University. Seit 2000 Herausgeber des Journal of Industry, Competition and Trade. Seit 2006 Gastprofessor WU Wien.

Industrial Economics, Austrian Economic Papers und andere, Lead Manager und Mitautor des jährlichen »European Competitiveness Report« für die Europäische Kommission. Vorlesungen an der Universität Wien, Wirtschaftsuniversität Wien, Technische Universität Wien, Universität von Hunan (China), Webster University. Seit 2000 Herausgeber des Journal of Industry, Competition and Trade. Seit 2006 Gastprofessor WU Wien.

Interview vom 9. März 2010

Arbeit&Wirtschaft: Herr Professor Aiginger, in der eben veröffentlichten WIFO-Studie »Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich« schätzen Sie den Konsolidierungsbedarf auf zehn Mrd. Euro bis 2013 – wie setzt sich diese Summe zusammen?

Karl Aiginger: Die Budgets waren schon vorher nicht ausgeglichen und wurden durch die Krise noch stärker defizitär. Die Zinszahlungen machen jetzt 7,5 Mrd. Euro aus und werden – wenn wir nichts tun – auf elf Mrd. Euro steigen. Das hieße dann, dass ca. ein Drittel der Lohnsteuer jedes Jahr für Zinszahlungen draufgeht. Wir müssen konsolidieren, auch aus eigenem Interesse nicht nur wegen EU und Stabilitätspakt. Das ist zwar eine wichtige Außenkontrolle, aber es geht auch um un-

ser Wohl und unsere Zukunft. Die zehn Mrd. entstehen konkret, wenn wir von heute 4,7 Prozent Defizit bis 2013 unter drei Prozent kommen wollen. Insofern ist das eine politische Entscheidung, getragen und unterstützt durch EU-Regeln. Da hat der Finanzminister ein wenig Spielraum.

Was gilt es also, Ihrer Meinung nach jetzt zu tun?

Unser Rezept lautet, in der Krise Gas geben, investieren. Aber nach der Krise muss saniert werden. Wir müssen primär schauen, wo es Effizienzreserven gibt. Also Ausgaben, die nicht sehr sinnvoll sind und noch dazu eher den höheren als den niedrigeren Einkommenschichten zugute kommen. Als zweites können wir dann feststellen, ob es eine Ergänzung auf der Steuerseite braucht. Falls wir sie brauchen, gestalten wir sie so, dass wir zunächst die Defizite beheben, dann aber später den

Faktor Arbeit entlasten. Wenn es sehr viel mehr Gerechtigkeit geben soll, dann kann die Wirtschaftspolitik eine Steuerstrukturreform prinzipiell auch unabhängig vom Konsolidierungsbeitrag vornehmen. Höhere Steuern auf Vermögenszuwachs und Energie, und mit den Erträgen den Faktor Arbeit entlasten – so hätten wir dann ein besseres und gerechteres Steuersystem, das auch noch Beschäftigung schafft.

Wir haben derzeit drei Probleme in Österreich: das Budgetproblem, das Arbeitslosenproblem und die geringen Zukunftsinvestitionen. Das ist eine wirkliche politische Gestaltungsaufgabe. Wenn wir das Budget konsolidieren und nicht auf die Beschäftigung achten, wird die Arbeitslosigkeit intolerabel hoch und kostet über die Arbeitslosenversicherung wiederum sehr viel Geld. D. h. man muss bei der Konsolidierung darauf achten, arbeitsfördernde Maßnahmen zu verstärken und jene Sachen, die für den Faktor

Wir müssen heuer darauf schauen, dass wir mit dem Impulspaket die Konjunktur stabilisieren, und bei der Konsolidierung sehr aufpassen, dass sie nicht naiv, nicht quer durch den Gemüsegarten gemacht wird, sondern strategisch und weder Zukunftsinvestitionen noch Sozialnetz vernachlässigt.



Arbeit nicht so wichtig sind in den Hintergrund zu stellen.

Wie könnte das aussehen?

Man muss die Menschen besser qualifizieren, ihnen die Möglichkeit geben, von einem Job, in dem es keine Nachfrage mehr gibt, zu einem Job zu wechseln, in dem sie Chancen haben. Es werden KinderbetreuerInnen, LehrerInnen, TechnikerInnen, Pflegepersonal gesucht. Die Arbeitsmarktstrategie muss qualifizierte Arbeitsplätze bringen.

Wenn das gelingt, könnte es sein, dass wir nach der Krise mehr Arbeitsplätze haben als vorher. Die Konsolidierung könnte eine Chance sein, Effizienzreserven zu heben, die wir nie heben konnten.

Können Sie uns Beispiele für Effizienzreserven nennen?

Laut Rechnungshof ist das Heeresspital in Wien zu fünf Prozent ausgelastet, rechnet man großzügig zu zwanzig Prozent. Andere Wiener Spitäler sind auch unausgelastet und da gibt es dieses große Spital auf einem noch größeren Grundstück in bester Lage. So etwas ändert sich nur, wenn wirklich gespart werden muss. In den Rechnungshofberichten sind viele solche Beispiele zu finden.

Oder die Hacklerregelung: Wir wissen mittlerweile, dass die Hacklerpensionen nicht physisch schwer belasteten Personen mit frühem Berufsantritt zugute kommen, sondern Beamten. Viele Beamte haben für die Hacklerpension zu wenig Jahre gehabt. Daraufhin wurde die Regel gemacht, dass man die Jahre nachkaufen kann. Da-

mit sich die Beamten das besser leisten können, ist dieser Nachkauf auch noch steuerlich abschreibbar.

Nichts von all dem ist ohne Grund entstanden, die Frage ist nur, ob es heute noch Sinn ergibt. Eine Budgetkonsolidierung bietet die Chance so etwas aufzuzeigen und somit eine gute Möglichkeit, solche Missstände zu beheben.

Die Krise macht den Menschen Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

Internationale Studien zeigen, dass Konsolidierungen nicht Arbeitsplätze kosten müssen, wenn die Strategie insgesamt ausgewogen ist und als solche akzeptiert wird. In Schweden und Finnland gab es in den 1990er-Jahren starke Einschnitte – wesentlich stärkere als derzeit in Österreich notwendig – aber sie wurden in einem Gesamtpaket umgesetzt und als glaubwürdig empfunden, um aus der Krise herauszukommen. Es wurden primär Ausgaben gekürzt, ergänzend Steuern temporär erhöht und es wurde in Ausbildung und Forschung investiert, also jene Bereiche, die zukünftig für Wachstum und Wettbewerb wichtig sind.

Das schlagen auch wir vor. Wir haben in der Strategie vor Konsolidierungsbeginn noch ein Impulspaket zugeschaltet und während der Konsolidierung eine Aktivkomponente. Impulspaket heißt: Je höher die Wachstumsdynamik am Beginn, desto geringer sind Arbeitslosigkeit und auch Konsolidierung selbst. Gelingt es uns also, heuer das Wachstum auf 1,5 plus oder zwei Prozent zu heben, dann ist schon das heurige Defizit niedriger und die positive Wirkung setzt sich fort.

Wie könnte dieses Impulspaket aussehen?

Wir würden einen Umfang von ein bis eineinhalb Mrd. Euro vorschlagen. Da müsste man sich zuerst um mehr Kinderbetreuungseinrichtungen kümmern, die fehlen total, mit Qualifikationsmaßnahmen für BetreuerInnen. Die Ganztagschulen haben zu wenig Lehr- und Betreuungskräfte. Darüber hinaus müsste man Umschulung und thermische Sanierung fördern. Die eigentliche Konsolidierungsperiode sollte 2011 beginnen und 2013 abgeschlossen sein. Wenn wir zwei Mrd. Euro pro Jahr sparen müssen, sollten wir die Summe höher ansetzen, also zweieinhalb oder drei Mrd. Euro, um einen Polster zu haben für Zukunftsmaßnahmen, also Kinderbetreuung und Energie.

Sie betonen die Bedeutung der Kinderbetreuung – ist es tatsächlich so, dass die mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Familie, das Budget belastet?

Ich kenne keine Frau, die einen qualifizierten Beruf hat, die wirklich lange zu Hause bleiben will. Ich kenne aber viele Frauen, die zwei, drei Jahre zu Hause bleiben, weil es nicht anders geht. Das reicht schon, um manche Karriere empfindlich zu dämpfen. Kommt dann noch ein zweites Kind, sind das sechs Jahre. Nach dieser Zeit ist die gute Qualifikation um 50 Prozent abgewertet. Das ist kein reines Frauenproblem, die Qualifikation hat uns allen Geld gekostet. Es geht um die Nutzung des Humankapitals. Es ist natürlich auch eine Gerechtigkeitsfrage – aber es ist eben auch eine ökonomische Frage.

WEBLINKS

WIFO-Konsolidierungsstudie:
tinyurl.com/yhavr6n

Im Konsolidierungs-Papier werden auch Privatisierungen angeregt. Müssen wir nun das Familiensilber verscherbeln?

Die Idee ist folgende: Um ein Unternehmen zu beherrschen, braucht man 25 Prozent Beteiligung. Manchmal 50 Prozent – dann, wenn das Risiko besteht, dass ein anderer 75 Prozent hat. Wir haben ausgerechnet, dass wenn man bei allen Unternehmungen, die in Staatsbesitz sind, auf 50 Prozent geht, kann man acht Mrd. Euro Privatisierungserlöse erzielen, bei 25 Prozent 25 Mrd. Euro. Das ergibt jährliche Zinsersparnisse in der Höhe von 300 Mio. bis eine Mrd. Euro.

Ich würde es nicht Verscherbeln von Familiensilber nennen – ich sehe es als Verscherbeln von Familiengold, wenn wir zu wenig Geld für Kinderbetreuung, Bildung und Forschung haben. In Zeiten, wo Geld gebraucht wird, muss der öffentliche Eigentümer sich einfach überlegen, ob er höhere Anteile als zur strategischen Beherrschung eines Unternehmens notwendig halten will, und dann kein Geld für Kinderbetreuung und Schulen hat.

Das zweite Argument für Privatisierungen ist, dass erfahrungsgemäß privatisierte Firmen stark wachsen und höhere Dividenden ausschütten als vorher. Die OMV hat sich bis zur Privatisierung darauf konzentriert, möglichst viele Tankstellen in Österreich zu haben. Seit ein arabischer Partner mit 25 Prozent dabei ist, der auf Internationalisierung und höhere Dividenden drängt, haben sich Umsätze und Dividenden drastisch erhöht. Die OMV bringt heute dem Staat mit einem wesentlich kleineren Anteil an Eigentum eine höhere Dividende und eine höhere Körperschaftsteuer.

Ich halte intelligente »Teil-Privatisierungen« für durchaus sinnvoll, aber letztendlich muss die Politik entscheiden. Wir waren überrascht, wie viel Privatisierungspotenzial da ist, ohne dass der Staat die strategische Führung an einem Einzelunternehmen verlieren würde.

Auf der Einnahmenseite gibt es ja schon länger Vorschläge des WIFO, wie etwa die Erhöhung der Steuern auf Emissionen, Glücksspiel, Alkohol, Tabak ...

Dass die Tabaksteuer nicht erhöht wird ist unverständlich. Der Staat hat einen Mindestpreis »verordnet« damit Jugendliche nicht zu rauchen beginnen. Dieser wurde von der EU-Kommission aufgehoben. Sie empfiehlt eine Erhöhung der Tabaksteuer, die in Österreich deutlich niedriger ist. Rund um die Raucherei wird viel Irrationales gemacht. Ich könnte mir auch eine Steuer auf Raucherbereiche in den Lokalen vorstellen – und ich bin selbst Raucher.

Tabaksteuer, aber auch Mineralölsteuer haben den Nachteil, dass sie sozial regressiv sind, also die niedrigen Einkommen höher betreffen, aber das muss man abgelten. Da könnte man einen Tausch machen, indem man die Sozialversicherungsbeiträge für niedrige Einkommen senkt und Mineralöl-, Tabak-, Alkohol- und Glücksspielsteuer erhöht. Damit hätte der Staat höhere Einnahmen, eine bessere ökologische, eine bessere gesundheitliche Wirkung und sozial kann ich es damit überkompensieren. Hier gibt es aber sehr starke Lobbys.

Wir sind auch für eine Vermögenszuwachssteuer. Es ist nicht einzusehen, warum ein Sparbuch besteuert wird, ein Aktiengewinn aber nicht. Stiftungen sollen langfristig an die übrigen Kapitalgesellschaften angeglichen werden. Das einfachste wäre, von jeder Stiftung einen sozialen Beitrag zu verlangen – das ist ja der ursprüngliche Grund für die günstigere Besteuerung.

Sie raten aber von einer Mehrwertsteuererhöhung ab.

Da sind wir absolut dagegen. Die Mehrwertsteuer ist schon relativ hoch. Sie könnte rechtlich noch erhöht werden, aber sie ist regressiv. Die unteren Einkommen zahlen sehr viel mehr, und sie senkt den Konsum. Das brauchen wir gerade jetzt gar nicht. Wir sagen ein absolutes Nein zu einer Umsatzsteuererhöhung und zu einer Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge. Die übrigen Bereiche allein ergeben genug Erlös. Drei Mrd. Euro wären durch eine Finanztransaktionssteuer und eine Vermögenszuwachssteuer möglich

sowie mit Steuern, die das Klima verbessern und nicht die niedrigen Einkommenschichten betreffen.

Stichwort: Finanztransaktionssteuer.

Die Finanztransaktionssteuer wäre absolut sinnvoll. Schon deswegen, weil sie die Zahl der Finanztransaktionen im Verhältnis zu den Realtransaktionen reduziert und weil sie jene Finanztransaktionen belastet, in denen öfter spekuliert wird. Im schlechtesten Fall hat man eine Steuerquelle ohne wesentliche negative Wirkungen auf Konsum, Investitionen etc. Die Finanztransaktionssteuer spüren die BürgerInnen nicht. Im Fall einer Börsenumsatzsteuer würden wir empfehlen, sie mit den Nachbarländern abzustimmen. Wenn Frankfurt dabei ist, fühle ich mich sehr wohl. Wenn die Slowakei nicht dabei ist, fühle ich mich sehr unwohl.

Ist die Talsohle der Krise durchschritten?

In der Produktion ist die Talsohle höchstwahrscheinlich durchschritten. Der Aufschwung ist allerdings sehr zart und es kann immer wieder Rückschläge geben. Die Wahrscheinlichkeit eines großen Rückschlags ist aber sehr klein.

Ich glaube zwar, wir haben aus der Krise immer noch nicht genug gelernt, aber wir sind wenigstens vorsichtiger geworden. Vielleicht bin ich zu optimistisch. Wir müssen heuer darauf schauen, dass wir mit dem Impulspaket die Konjunktur stabilisieren, und bei der Konsolidierung sehr aufpassen, dass sie nicht naiv, nicht quer durch den Gemüsegarten gemacht wird, sondern strategisch. Sie soll weder Zukunftsinvestitionen noch Sozialnetz vernachlässigen, die Steuerstruktur soll arbeitsplatzfördernd werden, die Ausgaben effizient und wachstumsfreundlich.

Wir danken wir das Gespräch.

Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Redaktion
aw@oegb.at

Licht, Luft, Sonne

Hugo Breitner und die Finanzierung der Wiener Gemeindebauten durch ein verteilungspolitisches Maßnahmenpaket.

Wien war ab 1922 ein eigenes Bundesland. Unter anderem errichtete das sozialdemokratisch regierte »rote Wien« von 1923 bis 1933 rund 65.000 neue Wohnungen. Erstmals konnte so ein großer Teil der Bevölkerung in einer Umgebung mit »Licht, Luft und Sonne« leben – ein alter Traum der ArbeiterInnenbewegung. Das Bauprogramm wirkte sich außerdem positiv auf den Arbeitsmarkt aus: Die Arbeitslosigkeit war in Wien im Vergleich deutlich geringer als in anderen Bundesländern.

Ein Anteil von über 50 Prozent an Erträgen aus Bundessteuern im Finanzausgleich und ein verteilungspolitisches Maßnahmenpaket der Gemeinde schufen die Voraussetzungen für die Finanzierung der Sozial- und Bildungsinitiativen und speziell auch des Wohnbauprogramms:

Da ist zunächst eine progressiv gestufte und zweckgebundene allgemeine Wohnbausteuer zu nennen. Das heißt, zu dieser Gemeindesteuer mussten alle MieterInnen beitragen, aber in erster Linie wurden die wohlhabenden Schichten zur Kasse gebeten: Die Besitzer von nur einem halben Prozent aller Wiener Mietobjekte hatten mehr als 44 Prozent der Wohnbausteuer aufzubringen. So konnten die Mieten niedrig gehalten werden. Der noch von der kaiserlichen Stadtverwaltung 1917 eingeführte Mieterschutz wurde nicht unterlaufen.

Eine weitere verteilungspolitische Maßnahme war die Besteuerung von überdurchschnittlich hohem Lebensaufwand. Wer sich Luxusrestaurants, Pferderennen und viele Dienstboten leisten konnte, musste dafür eine zusätzliche Abgabe entrichten.

Wichtig war auch das Bremsen der Spekulation mit Grundstücken. Im Gegensatz zu anderen europä-



Hugo Breitner, Finanzstadtrat des »roten Wien« bis 1932 (hier sein Denkmal im Hof des nach ihm benannten Wiener Gemeindebaus), emigrierte 1936 unter dem Druck der austrofaschistischen Diktatur und lebte bis zu seinem Tod 1946 in den USA. Robert Danneberg, sein Nachfolger bis 1934, wurde 1941 im KZ Auschwitz ermordet.

ischen Großstädten (unabhängig davon, ob sie »links« oder »rechts« regiert wurden) hatte die Stadtverwaltung des »roten Wien« kein weitreichendes Enteignungsrecht, sie musste also die Grundstücke für die Wohnhausanlagen am Markt kaufen. Allerdings bremsten der Mieterschutz und eine städtische Wertzuwachssteuer die Bodenspekulation. Die Preise sanken dadurch massiv, Wien konnte die für die Gemeindebauten benötigten Grundstücke günstig erwerben.

Verantwortlich für die wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen zum Lastenausgleich zwischen »Reich« und »Arm« war Finanzstadtrat **Hugo Breitner**, einer der Gründer der Freien Gewerkschaft der Bankbeamten. Er wurde von den gegnerischen Parteien heftig angegriffen und einer antisemitischen Hetzkampagne ausgesetzt. Man

warf ihm »Steuersadismus« und »Wohnungsbolschewismus« vor.

Die »große Depression« bot der rechts-konservativen Bundesregierung den Vorwand, dem »roten Wien«, seiner Verteilungspolitik und seinem Wohnbauprogramm die finanzielle Basis zu entziehen: Zusätzlich zum Rückgang der Landes- und Gemeindeabgaben in der Wirtschaftskrise gingen 1931 durch eine Neuverteilung der Mittel 20 Prozent der Bundessteuern verloren. Die beginnende Diktatur verfügte dann 1933 noch die Zahlung eines hohen »Lastenausgleichs« an den Bund. Das Projekt »rotes Wien« war so am Ende, bevor es die Diktatur 1934 ganz zerstörte.

Dr. Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Um-Fair-teilung

UnternehmerInnen- und Kapitaleinkommen haben in den vergangenen zehn Jahren stark zugenommen, während die Lohnquote gesunken ist.

Autor: Dr. Günther Chaloupek

Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen
Abteilung der AK Wien

In der vor kurzem veröffentlichten Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) »Umverteilung im Wohlfahrtsstaat« wurde versucht, ein möglichst umfassendes Bild der Verteilung der Einkommen bzw. des wirtschaftlichen Wohlstandes zu geben. Der unzweifelhafte Wert dieser Studie liegt darin, dass sie zeigt, dass durch die Umverteilungsfunktion des Staates (Steuern und Abgaben einerseits, Sozialtransfers und Dienstleistung andererseits) die wirtschaftliche Ungleichheit deutlich reduziert wird.

Kapitaleinnahmen sind gestiegen

Die WIFO-Umverteilungsstudie bezieht sich jedoch ausschließlich auf die unselbstständig Beschäftigten (inklusive PensionistInnen). Begründet wird diese Beschränkung mit der unzureichenden Qualität der Einkommensdaten für Selbstständige und Kapitalerträge. Gleichzeitig wird behauptet, dass sich das Bild unter Einbeziehung dieses Teils der Bevölkerung nicht wesentlich ändern würde. Gerade die letztere Behauptung vermag jedoch nicht zu überzeugen. Einerseits wird durch die Einschränkung auf die Löhne und Gehälter bei der primären personellen Einkommensverteilung das Ausmaß der Einkommensungleichheit in der Gesellschaft erheblich unterschätzt, da der überwiegende Teil

der hohen Einkommen von Einkünften aus Gewerbebetrieben, freiberuflicher Tätigkeit und aus Kapital- und Grundbesitz stammt. Von den gesamten Einkommen der 1.369 Personen, die 2006 lt. Einkommensteuerstatistik in Österreich ein Einkommen von mehr als 500.000 Euro im Jahr bezogen haben, entfielen mehr als 80 Prozent auf diese Einkunftsarten. Die Daten aus der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zeigen, dass UnternehmerInnen- und Kapitaleinkommen in den vergangenen zehn Jahren stark zugenommen haben, während die Lohnquote gesunken ist (funktionelle Einkommensverteilung).

In der WIFO-Studie wird aufgezeigt, dass sich in diesen zehn Jahren Löhne und Gewinne noch weiter auseinanderentwickelt haben. Die Steuerbelastung der Löhne ist von 14,5 Prozent 2000 auf 15,4 Prozent 2007 gestiegen, während die Belastung der Selbstständigeneinkommen und der Kapitalerträge von 13,5 Prozent auf 10,3 Prozent gesunken ist.

Aus Einkommens-, Körperschafts- und Kapitalertragssteuern konnten vor zehn Jahren noch acht Prozent der gesamten Staatsausgaben finanziert werden, 2009 waren es nur noch 6,7 Prozent – und das, obwohl die wirtschaftliche Bezugsgröße dieser Steuern deutlich überproportional zugenommen hat.

Selbstständige und Sozialstaat

Die jüngste Wirtschaftskrise hat wieder gezeigt, dass die Unternehmerseite in solchen Situationen keine Scheu hat, vom Staat finanzielle Hilfe zu verlangen, während sie bei der Bewältigung der budge-

tären Folgekosten für die Kürzung von Staatsausgaben, bevorzugt von Sozialtransferzahlungen, und gegen Steuererhöhungen plädiert.

Subventionen und Sozialleistungen

Aufseite der Industriellenvereinigung, welche die Interessen der Kapitalgesellschaften vertritt, liegt dem ein klareres Kalkül zugrunde, da Kapitalgesellschaften nicht Empfängerinnen von Sozialleistungen sind. Sehr wohl sind diese Unternehmen aber Empfänger von Unternehmenssubventionen. Anders geartet sind hingegen die Interessenlagen der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und der Landwirtschaftskammer. Die WKÖ vertritt die Gesamtheit der etwa 300.000 Gewerbetreibenden, die nicht nur in Krisenzeiten staatliche Subventionen erhalten und stark von Sozialleistungen profitieren. In der Landwirtschaft wird mehr als die Hälfte des aktiven Erwerbseinkommens aus Staatssubventionen erzielt, dazu kommen Pensionen und andere Sozialleistungen. Wenn WKÖ und Landwirtschaft dennoch immer wieder für »Einsparungen bei den Sozialleistungen« eintreten, so geschieht dies in der Hoffnung, dass die eigenen Sozialleistungen davon nicht betroffen sein werden – was bisher in erstaunlichem Maß der Fall war.

Dass es den Interessenvertretungen der Selbstständigen bisher weitgehend gelungen ist, aus den wiederholten Spardiskussionen relativ ungeschoren davonzukommen, hängt vor allem damit zusammen, dass es bei ihren Sozialleistungen um absolut gesehen geringere Beträge geht als bei den Unselbstständigen, und sie sich



In der Landwirtschaft wird mehr als die Hälfte des aktiven Erwerbseinkommens aus Staats-subsidien erzielt, dazu kommen Pensionen und andere Sozialleistungen.

immer wieder als ärmer darstellen als es ihrer tatsächlichen wirtschaftlichen Lage entspricht.

Beispiel Selbstständigenpensionen

Von den 2,15 Mio. Pensionen (Pensionsversicherung, exkl. Beamtenpensionen, alle Zahlen für 2008) entfielen fast 350.000 auf früher selbstständig Erwerbstätige (Gewerbetreibende, FreiberuflerInnen, Bauern). Mit 16 Prozent aller Pensionen liegt der Anteil der Selbstständigen hier höher als ihr Anteil an den Erwerbstätigen (10,8 Prozent). Die Altersversorgung der Selbstständigen beruht also ebenso auf einem staatlich organisierten, selbstverwalteten System wie jene der ArbeitnehmerInnen. Eine offenkundige Ungleichheit zu den ArbeitnehmerInnen besteht allerdings in der Finanzierung der Pensionen. Bei den ArbeitnehmerInnen kommt diese zu etwa 87 Prozent aus lohnbezogenen Abgaben. Bei den Selbstständigen werden nur etwa 30 Prozent der Pensionen aus einkommensbezogenen Beiträgen finanziert, dagegen 70 Prozent aus allgemeinen Steuermitteln (sog. »Bundeszuschuss«). Ein gewisser Teil des Unterschieds kann durch die hohe und immer noch steigende Pensionsbelastungsquote (PensionsbezieherInnen in Prozent der aktiven BeitragszahlerInnen) in der Landwirtschaft und durch die Auswirkung der »Wanderversicherung«¹ erklärt werden. Ein erheblicher Teil des Bundeszuschusses resultiert jedoch daraus, dass die Beitragsprozentsätze der Selbstständigen

geringer sind als jene der ArbeitnehmerInnen. Während 22,8 Prozent vom Lohn und Gehalt (bis zur Höchstbeitragsgrundlage) als Beitrag zur Pensionsversicherung zu entrichten sind, beträgt der entsprechende Prozentsatz 2010 für Gewerbetreibende (nach GSVG) 16,25 Prozent, für Bauern sogar nur 15 Prozent. Der Beitragssatz nach GSVG wird bis 2015 auf 17,5 Prozent angehoben, würde aber dann dauerhaft deutlich unter jenem nach ASVG (Unselbstständige) bleiben. Eine solche Bevorzugung entbehrt jeder ökonomischen oder sozialpolitischen Begründung, seit die früher für die Pensionsversicherung der Selbstständigen gewidmete Gewerbesteuer abgeschafft wurde.

Wenn die Unternehmerseite derzeit das hohe Defizit des Familienlastenausgleichsfonds kritisiert, ist dazu zu bemerken, dass die Leistungen des Fonds immer stärker auch von Selbstständigenhaushalten in Anspruch genommen werden können, während bei der Finanzierung des Fonds der Anteil der lohnbezogenen Beiträge mit über 75 Prozent heute deutlich höher ist als vor zehn oder 20 Jahren.

Landwirtschaft

Die Beurteilung der Einkommenssituation in der Landwirtschaft ist deshalb besonders schwierig, weil fast zwei Drittel aller 187.000 landwirtschaftlichen Betriebe nur eine Nebenerwerbsquelle sind. Allerdings gibt es unter den hauptberuflichen Landwirten eine wachsende Zahl mit guter Einkommenssituation, denen gegenüber der Anspruch gerechtfertigt ist, dass sie so viel Steuer und Sozialversicherungsbeiträge von ihrem Einkommen zah-

WEBLINK

WIFO-Umverteilungsstudie:
tinyurl.com/yazm6es

len wie unselbstständig Beschäftigte. Allein die Sonderform der pauschalierten Einkommensermittlung bringt den Landwirten einen Vorteil von 200 Mio. Euro pro Jahr und reduziert ihre Einkommensteuerleistung auf nur 35 Mio. Landwirte zahlen demnach nur 15 Prozent von dem an Einkommensteuer, was NormalbürgerInnen bei gleichem Einkommen zahlen.

Resümee

Seit dem Jahr 2000 sind die Kapitaleinkommen und die Einkommen der Selbstständigen viel stärker gestiegen als die Löhne und Gehälter. Die soziale Sicherheit der Selbstständigen beruht ebenso auf staatlich organisierten Systemen wie jene der ArbeitnehmerInnen, wird aber in weit geringerem Ausmaß durch eigene Beitragsleistungen finanziert. Dies sind wesentliche Fakten, die bei kommenden Diskussionen über Budgetkonsolidierung gebührend zu berücksichtigen sein werden.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
guenther.chaloupek@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ Die meisten Gewerbetreibenden beginnen ihre Berufslaufbahn als ArbeitnehmerInnen, z. B. im Betrieb der Eltern.

Zahlen, die zählen

Kaum ein Lebensbereich, der nicht mit Zahlen unterlegt ist. Hauptdarsteller sind Indikatoren, mit denen Entwicklungen bewertet werden sollen.

Autor: Dr. Franz Mangelberger

Freier Journalist

Wirtschaftsindikatoren sind Auszüge von Finanz- oder Wirtschaftsdaten, die regelmäßig von Regierungsbehörden und privaten Institutionen veröffentlicht werden. Statistische Maßeinheiten, die zur Berechnung dienen, prinzipiell aber mehr oder minder komplexe Daten auf eine einfache Kennzahl reduzieren. Wenige davon spielen wirklich eine wichtige Rolle.

Kaum ein Lebensbereich, der nicht mit Zahlen unterlegt ist, aus denen Entwicklungen herausgelesen werden können. Hauptdarsteller sind Indikatoren, also Zahlen, die als signifikant angesehen werden, wenn es gilt, eine bestimmte Entwicklung zu bewerten. Davon gibt es eine Vielzahl: Struktur-, Konjunktur-, Nachhaltigkeits- oder Umwelt-Indikatoren, Verbraucherpreisindex, Index der privaten Konsumausgaben, Erzeugerpreise der Industrie, Arbeitslosenquoten, Leistungsbilanz- oder Arbeitskostenindex.

Arbeitskostenindex

Der Arbeitskostenindex etwa dient dazu, Veränderungen der Löhne und sozialen Nebenleistungen im Verhältnis zur Produktivität und Inflation zu analysieren. Er bietet eine brauchbare Richtlinie bei Lohnverhandlungen in Kollektiv- und anderen Geschäftsverträgen. Die Ar-

beitsgefährdungsquote erfasst den Anteil der Bevölkerung, der, gemessen am verfügbaren **Äquivalenzeinkommen**, unterhalb einer bestimmten Armutsgrenze liegt. Der Prozentsatz jener Menschen, die in Erwerbslosenhaushalten leben, ist ein wichtiger Indikator für anhaltende Armut. Die Indikatorenschwemme geht weiter mit Aktienindex, Verbrauchervertrauensindex oder mit dem seit Beginn der Finanzkrise in die Schusslinie gekommenen Immobilienmarkt-Index. Je nach Bedarf können daraus wieder Schnittmengen gezogen und zu einer eigenen neuen Indexzahl geformt werden. Der Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt, das Zustandekommen wird kaum hinterfragt. Selbst wenn nur Einschätzungen einer relativ kleinen Anzahl von Bauunternehmen abgefragt werden, reicht das schon für einen Index.

Gradmesser BIP

Gradmesser für wirtschaftspolitische Entscheidungen ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und das gilt als eine der wichtigsten Größen der wirtschaftlichen Gesamtrechnung eines Landes. Es gibt den Gesamtwert aller Waren und Dienstleistungen an, die innerhalb eines Jahres, von allen BewohnerInnen hergestellt wurden und dem Endverbrauch dienen. Die Berechnung des BIP kann nach verschiedenen Verfahren erfolgen, je nachdem ob Entstehung, Verwendung oder Verteilung betrachtet werden, das Ergebnis bleibt aber gleich. Das Budget »verdient« sich der Staat, indem er diese Wirtschaftsleistung besteuert. Reicht das Geld nicht aus, nimmt der Staat Kredite auf oder

begibt Anleihen. So entsteht das Budgetdefizit. 2009 ist es auf 9,6 Mrd. € oder 3,5 Prozent des BIP angewachsen. Wenn das BIP, also die Wirtschaftsleistung sinkt, sinken auch die Steuereinnahmen. Firmen verdienen weniger, zahlen weniger Körperschaftssteuer, ArbeitnehmerInnen verlieren ihren Job und können keine Lohnsteuer mehr zahlen, es wird weniger konsumiert, weniger Konsumsteuern fließen an den Staat. Müssen dann noch Banken- und Konjunkturpakete geschnürt oder höhere Sozialleistungen abgedeckt werden, wird das Budgetvolumen mit »geliehenem« Geld erhöht. Dieses Geld fließt wieder in die Landeswirtschaft in der Hoffnung, so die Wirtschaftsleistung wieder zu steigern.

Das BIP allein erlaubt streng genommen keine Aussagen bezüglich Wohlstand, Lebensqualität oder Gerechtigkeit für die Menschen einer Volkswirtschaft. Auskunft darüber liefert das Bruttonationaleinkommen, früher Bruttosozialprodukt, weil es sich dabei in erster Linie um einen Einkommensindikator handelt.

Der Gini-Koeffizient

Selten, in der öffentlichen Diskussion geradezu ausgeklammert, ist vom Gini-Koeffizient die Rede, der die Verteilungswirklichkeit wirtschaftlicher Erfolge zeigt. Dieser Koeffizient ist probates Mittel für die Darstellung der Ungleichverteilung von Vermögen oder Einkommen zwischen einzelnen Haushalten. Dieser Wert ist in den vergangenen Jahren ständig angewachsen. Der Gini-Koeffizient ist eine statistische Kennzahl der Wohlfahrtsökonomie für Ungleichver-



Kaum ein Lebensbereich, der nicht mit Zahlen unterlegt ist, aus denen Entwicklungen herausgelesen werden können.

teilung von Einkommen oder Vermögen. Wächst dieser Wert, steigt die »Ungerechtigkeit« in der Verteilung. Weltweit gesehen nimmt die Ungleichverteilung zu, wie eine Studie des **World Institute for Development Economics Research** der **United Nation University** erhoben hat. Ein signifikantes Ergebnis daraus ist: Zehn Prozent der Reichsten dieser Welt besitzen 85 Prozent des Weltvermögens. Veranschaulicht heißt das, wenn sich zehn Personen einen Kuchen teilen, so bekommt einer 99 Prozent, die anderen neun dürfen sich den Rest von einem Prozent untereinander »gerecht« aufteilen.

Börsenklima

Wird von der Börse berichtet, ähnelt das einem Wetterbericht. »Klimabeobachtungen«, denen mathematische Methoden mit Gleichungen zahlloser unbekannter, Zeitreihen, Indikatorenkataloge und Koeffizienten zugrunde liegen. Dabei spielt eine Spezialdisziplin der Mathematik, die Finanzmathematik, die erste Geige. Sie dient nahezu ausschließlich der Optimierung von Produkten des Geldmarktes. Vor mehr als 100 Jahren erfunden, hat sich diese Sparte ungemein ausgebreitet und folgenschwere Ergebnisse hinterlassen. Spezialität ist es, den Wert von Finanzprodukten zu errechnen. Gewöhnlich regelt sich der Preis eines Produktes – auch eines Finanzproduktes – über Angebot und Nachfrage. Läuft der Handel mit einem Finanzprodukt schlecht oder nicht, so kann mit Hilfe finanzmathematischer Methoden ein neuer »fairer Wert« und damit auch Preis

berechnet werden, etwa für Finanzderivative wie **Terminkontrakte** und Optionen. Ein besonderes Gustostück: ein finanzmathematisch standardisierter Index des Sterblichkeitsrisikos für den Handel mit »gebrauchten« Lebensversicherungen.

Mangelnde Aussagekraft bisheriger Modelle – wie etwa das Bruttoinlandsprodukt – hat Ökonomen zur Entwicklung des Human Development Index (HDI) angeregt. Der HDI – seit 1990 jährlich veröffentlicht – soll eine Messung des Entwicklungsstandes mit besonderem Augenmerk auf Bedürfnisse der Menschen unter Berücksichtigung möglichst vieler Entwicklungsaspekte liefern. Darin kommen Indexwerte wie Ernährung, Gesundheit, Bildung, Freizeit sowie Mitbestimmung zum Zug. Die Aussagekraft des HDI wird gegensätzlich beurteilt. Streitpunkt ist etwa die Gewichtung der Aspekte der menschlichen Entwicklung, die Vergleichbarkeit der Aussagen über die Jahre oder das Fehlen ökologischer Faktoren.

Pigou-Steuer

In der aktuellen Diskussion über Bankenbesteuerung, nämlich den Gewinn der Banken zusätzlich im Verhältnis zum Risiko für den Finanzmarkt zu besteuern, wurde die sogenannte Pigou-Steuer ins Spiel gebracht. Damit sollen die einzelwirtschaftlichen mit den volkswirtschaftlichen Kosten ausgeglichen werden, indem Verursacher negativer externer Effekte besteuert/belastet werden, während positive externe Effekte subventioniert werden sollen. Ein klassisches Beispiel:

WEBLINK

Europäische Statistik – eurostat:
tinyurl.com/n7jcmq

eine Chemiefabrik und ein Fischer an einem Fluss. Die Fabrik leitet Abwasser in den Fluss, die Fische werden weniger, der Fischer gibt auf. Dies ist gesamtwirtschaftlich ineffizient. Ohne Regulierung, etwa durch Besteuerung, wird die Fabrik den »externen Effekt« auf den Fischer nicht beachten und ihre Verschmutzung reduzieren.

Orientierungshilfen

Eine allgemein befriedigende Antwort, wie komplexe Entwicklung gemessen werden soll, gibt es bis heute nicht. Die Entwicklungsproblematik eines Landes, einer Region oder einer Bevölkerungsgruppe lässt sich nicht zur Gänze durch Indices oder Indikatorenkataloge erfassen. Dennoch besteht bei Entscheidungsträgern erheblicher Bedarf an Orientierungshilfen, um Erfolge, Misserfolge oder Schwachstellen entwicklungspolitischer Strategien sichtbar zu machen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
fmang@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wege zum Glück

Die gute Nachricht ist: Österreich hat eine der höchsten Umverteilungsquoten weltweit. Die bessere Nachricht: Es gibt sogar noch Optimierungspotenzial.

Autor:
Mag. (FH) Markus Zahradnik

Freier Journalist

Im Kärntner Glan-Tal, zwischen Feldkirch und St. Veit, liegt die Burg Glanegg. Im frühen 12. Jahrhundert errichtet, diente sie vielen Generationen von KärntnerInnen als Wohnort, Arbeitsplatz und Zufluchtsstätte. Weder Kriege noch der Zahn der Zeit konnten der Festung etwas anhaben, und dennoch wurde sie im 19. Jahrhundert zur Ruine: Der Burgherr konnte die Steuern auf die Dachfläche von Gebäuden nicht mehr aufbringen. Die Dächer wurden abgetragen, Burg Glanegg verfällt.

Während in Österreich Bauwerke abgedeckt werden, mauert man in England Gebäudeöffnungen zu. Abermals ist der Grund eine Steuer, nämlich jene, die für die Fenster von Wohnräumen entrichtet werden muss. Anders als in Österreich ist der Preis für Steuerersparnisse nicht der Verfall von Bauwerken, sondern der Verfall ihrer Bewohner: Der Mangel an Tageslicht verursacht eine hohe Rate an Rachitis; betroffen sind die Menschen in den Armenvierteln der Städte.

So nicht: Dach- und Fenstersteuer

Dach- und Fenstersteuer sind perfekte Beispiele dafür, wie Umverteilung nicht funktionieren kann: Die Wirkung der Abgaben war nicht nachhaltig, sogar destruktiv; die erzielten Erlöse wurden nicht ins Gemeinwohl investiert, sondern in

Prestigeprojekte (wie die Wiener Repräsentationsbauten) oder in Machterhalt (wie das britische Kolonial- und Militärsystem). Vom heutigen Standpunkt betrachtet: zynisch und indiskutabel. Doch ist das aktuelle System perfekt? Was sind die Dach- und Fenstersteuern unserer Zeit, wo hakt es auf der Ausgabenseite?

Eh super ...

Abgesehen davon, dass sich Mängel der Umverteilung nicht mehr so vordergründig in Krankheit und Verfall manifestieren – ist die Suche nach Optimierungsmöglichkeiten hierzulande nicht **redundant**? Markus Beyrer, Generalsekretär der Industriellenvereinigung, bezeichnet Österreich als Land mit »Redkordumverteilung und besonders hoher Sozialquote«.

Die Statistiken geben ihm recht: Laut OECD ist die hiesige Abgabenquote mit 42 Prozent im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch; zudem bewegen sich die staatlichen Ausgaben für Soziales und Gesundheit mit 27 und 7,5 Prozent des BIP im absoluten Spitzenfeld. Steuern und Transferleistungen verringern die Zahl der von Armut gefährdeten Personen um 71 Prozent und verbessern den Gini-Koeffizienten (der Maßeinheit für ungleiche Verteilung) um 0,16 – beides respektable Werte im OECD-Vergleich.

Eine Studie des deutschen Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung relativiert das Bild. Zwar ist die österreichische Umverteilung insgesamt effektiv, doch der Transfer zwischen den obersten und den untersten 20 Prozent der Ein-

kommensbezieherInnen ist vergleichsweise ineffizient.

Gründe dafür finden sich auf der Ausgabenseite wie auf der Einnahmenseite des Staates. Einerseits fließen nur 14 Prozent aller Transferleistungen in jenes Fünftel der Haushalte mit den geringsten Einkommen.

Andererseits verfügen die Bezieher der höchsten Einkommen über die größten Vermögen – und bei der Besteuerung von Vermögen gehört Österreich zu den Schlusslichtern im internationalen Vergleich: Im Jahr 2008 hatten die Steuern auf Grundbesitz, Kapitalverkehr sowie die mittlerweile abgeschafften Erbschafts- und Schenkungssteuern laut Statistik Austria einen Umfang von bloß 1,3 Prozent des gesamten Steuervolumens.

Stiften gehen

Was Vermögen und dessen Besteuerung betrifft, hat die Privatstiftung eine Sonderrolle. Die minimale Stiftungssumme beträgt 70.000 Euro, der Verband Österreichischer Privatstiftungen rät gar zu einem Widmungsbetrag von mindestens einer Million. Stifter sind somit eher keine Adressaten für Umverteilungsmaßnahmen, dürfen sich aber über beträchtliche Vergünstigungen freuen.

Die Erträge aus Bankguthaben von Stiftungen werden mit 12,5 Prozent besteuert; Gewinne aus Beteiligungen an Kapitalgesellschaften sind steuerbefreit. Nicht-Stifter, die dieselben Einkünfte erzielen, müssen dagegen 25 Prozent Kapitalertragssteuer abliefern. Über 3.200 Privatstiftungen gibt es in Österreich, mit



Was sind die Dach- und Fenstersteuern unserer Zeit, wo hakt es auf der Ausgabenseite?

einem geschätzten Gesamtvermögen von bis zu 100 Mrd. Euro. Eine Mrd. Euro an Steuern, so der Grüne Nationalratsabgeordnete Werner Kogler, entginge durch die Vergünstigungen dem Staat – und damit dem Umverteilungssystem.

Regressive Wirkungen

Auch in Bereichen, in denen die finanzstarken ÖsterreicherInnen nicht so deutliche Vorteile genießen, gibt es Optimierungspotenzial. Die im Vorjahr vorgestellte Umverteilungsstudie des WIFO kommt zu dem Schluss, dass Steuern und Abgaben in Österreich kaum umverteilend wirken. Verantwortlich sind die Sozialversicherungsbeiträge der ArbeitnehmerInnen sowie die indirekten Steuern. Erstere sind zwar proportional zum Einkommen, allerdings nur bis zur Höchstbeitragsgrundlage von 3.930 Euro monatlich. Jene zehn Prozent der ArbeitnehmerInnen, die mehr verdienen, zahlen anteilig umso weniger, je höher ihr Einkommen ist.

Bei den **indirekten Steuern** ist über das gesamte Einkommensspektrum eine mit steigendem Verdienst zurückgehende Belastung feststellbar. Das am geringsten entlohnte Drittel der ArbeitnehmerInnen-Haushalte führt 16 Prozent des Bruttogesamteinkommens als indirekte Steuern ab, das mittlere Drittel 13 Prozent und das obere Drittel zehn Prozent. Der Grund: Je mehr Geld vorhanden ist, desto weniger davon wird in verbrauchs- oder mehrwertsteuerpflichtige Güter und Dienstleistungen investiert. Insgesamt ergibt sich eine regressive Umverteilungswirkung, die sogar die

steigende Einkommensteuer kompensiert. Das untere Drittel der Haushalte bezieht 15,6 Prozent der Bruttomarkteinkommen, zahlt aber 16,1 Prozent aller Abgaben. Bei den beiden oberen Dritteln ist hingegen der Anteil am Gesamteinkommen größer als jener an der Abgabenlast.

Steuervorteile für große Vermögen, für deren Erträge und für BezieherInnen hoher Einkommen – Umverteilung funktioniert in Österreich nicht über die Einnahmen, sondern über die Ausgaben des Staates. Die Transferleistungen treffen aber nicht nur die Leistungsschwächeren: Den neun Mrd. Euro an jährlichen Sozialausgaben stehen 7,5 Mrd. Euro Zinszahlungen für Staatsschulden gegenüber.

Die Verbindlichkeiten des Staates von aktuell über 185 Mrd. Euro stellen eine Investition in die Wirtschaft dar, die etwa Kapitalerträge von Sparbüchern erst ermöglicht. Allerdings werden sie aus dem allgemeinen Steuertopf getilgt, wodurch sich ihre positive Wirkung für den Einzelnen relativiert. Laut dem deutschen Wirtschaftswissenschaftler Bernd Senf haben bloß zehn Prozent der Bürger so große Geldvermögen, dass deren Zinserträge die unsichtbaren Zinslasten in den Steuern übersteigen.

Überdurchschnittlich vermögend

Außerdem sind die Inhaber von Staatsanleihen, die Empfänger der Zinszahlungen, überdurchschnittlich Vermögende, oder Banken. Letztere haben die durch Staatsschulden bedingte Umverteilung von unten nach oben gar zu

WEBLINK

»Wirtschaftsbericht Österreich«:
tinyurl.com/y8mwnzr

einem Teil ihres Geschäftsmodells gemacht, weiß der UNO-Ökonom Heiner Flassbeck: »Sie bekommen von den Zentralbanken liquide Mittel zu niedrigen Zinsen, in Europa derzeit (Ende 2009, Anm.) für ein Prozent, und kaufen Staatsanleihen, mit denen vier Prozent erzielt werden.«

Genügend Möglichkeiten

Statistiken zeigen, dass die Umverteilung in Österreich überdurchschnittlich ausgeprägt ist. Statistiken zeigen aber auch, dass es genügend Möglichkeiten für die weitere Verringerung der ungleichen Verteilung gibt. Die zuvor genannten Punkte stehen auch für eine Vielzahl von weiteren Ansätzen, für die der Platz hier nicht ausgereicht hat. Dach- und Fenstersteuern sind zwar passé, viel zu tun gibt es aber noch immer. Also packen wir's an.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
markus.zahradnik@googlemail.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Unser Budget?

BürgerInnenbeteiligung als Antwort auf die aktuelle Krise und die strukturellen Probleme der repräsentativen Demokratie.

Autor: Dr. Hans Harms

Philosoph und Soziologe

Politik ist im Wesentlichen Haushaltspolitik. Die Verabschiedung des Haushalts, des Budgets, ist nicht nur für die Regierungen, sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene, sondern auch für die Kommunen, die zentrale Entscheidung jährlich, da hier die Weichen für die zukünftigen Entwicklungen gestellt werden. Da die potenziellen Ausgaben immer größer sind als die Einnahmen, besteht die Aufgabe der Politik darin, Prioritäten zu setzen. So lange sich aber genug in dem Füllhorn befindet und alle Interessen mehr oder weniger berücksichtigt werden, gibt es keine großen Probleme. Schwierig wird es, wenn es weniger zu verteilen gibt. In diesem Sinne legt die gegenwärtige Krise schonungslos strukturelle Probleme unserer parlamentarischen Demokratien offen. Die Regierungen sind nicht mehr in der Lage, in dieser Situation, in der es unumgänglich um Einsparungen und das Zurückschrauben von Besitzständen geht, die entsprechenden notwendigen aber unpopulären Maßnahmen anzugehen, geschweige denn durchzusetzen.

Problem PolitikerInnen

Politische Spannungen verlaufen nicht mehr, wie bisher, zwischen rechten und linken Ideologien und Parteien, sondern zwischen den BürgerInnen und der politischen Elite insgesamt. Nach jüngsten

Umfragen in Spanien über die schwerwiegendsten Probleme der spanischen Gesellschaft, sind die PolitikerInnen und die politischen Parteien nach der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Situation auf Platz drei gerückt.

Die Idee einer besseren Welt

Es darf daher auch nicht verwundern, dass populistische und autoritäre Parteien und PolitikerInnen immer mehr Zulauf bekommen. Diese Entwicklungen sind z. B. in Italien, Griechenland, Holland aber auch in den USA (**Tea Party**) zu beobachten. Ebenso wenig überrascht es, dass in den neun osteuropäischen Ländern nicht nur die BefürworterInnen des kapitalistischen Systems, sondern sogar des Wechsels zur Demokratie drastisch zurückgegangen sind (laut einer Umfrage des **Pew Centers**, zitiert in: El País, 27.2.2010). Das was die Gesellschaften im Grunde zusammenhält ist die Idee, eine bessere Welt für die nächste Generation zu schaffen. Davon sind wir im Moment aber weit entfernt, und die Anzeichen werden immer offensichtlicher, dass die nächste Generation sehr wahrscheinlich wesentlich schlechter dastehen wird als die gegenwärtige.

In der allernächsten Zukunft müssen wir uns extrem wichtigen Fragen aussetzen, wenn wir verhindern wollen, dass es zu massiven sozialen Unruhen kommt: Wie reagieren wir auf die Folgen der Überalterung der Gesellschaft? Was tun wir, um den nachfolgenden Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen? Wie organisieren wir uns gesellschaftlich, wenn Arbeit nicht mehr die Lösung auf

unsere sozialen und wirtschaftlichen Probleme darstellt? Wir arbeiten doch heute nicht mehr, um nachgefragte Produkte herzustellen, sondern produzieren Produkte, die wir eigentlich nicht brauchen, und die wir uns auch nicht leisten können, um Arbeitsplätze zu sichern oder zu schaffen. Die Abwrackprämie ist das beste Beispiel dafür.

D. h. wir stehen vor epochalen, sehr komplexen und sogar lebenswichtigen Fragen und brauchen eine breit angelegte gesellschaftliche Debatte über die Frage, wie unsere Gesellschaft in Zukunft gestaltet werden soll.

BürgerInnenbeteiligung

Die Themen BürgerInnenbeteiligung, direkte Demokratie etc. sind in letzter Zeit immer stärker in den Vordergrund gerückt. Dabei ist es nicht nur bei einer theoretischen Debatte geblieben, sondern es hat viele praktische Anwendungen in verschiedenen Ländern und Regionen gegeben. Vielleicht am bekanntesten ist der sog. Bürgerhaushalt von Porto Alegre in Brasilien. Dort haben sich die BürgerInnen aus den ärmeren Stadtvierteln in die Entscheidungen über die prioritären Investitionen in ihrem Umfeld miteingebracht. Insgesamt ist es so zu mehr Transparenz über den Haushalt gekommen; der Anteil für Investitionen insbesondere im Infrastrukturbereich hat drastisch zugenommen und die Einstellung der BürgerInnen zu »ihrer« Kommune hat sich geändert, was z. B. dazu geführt hat, dass öffentliche Verkehrsmittel, die sich vorher in scheußlichem Zustand befanden, heute einwandfrei sind.

Das was die Gesellschaften im Grunde zusammenhält ist die Idee, eine bessere Welt für die nächste Generation zu schaffen.

Aber auch BürgerInnenbeteiligung will definiert sein. So stellte z. B. Greta Billing, Ministerialbeamtin aus Oslo, auf einer Tagung des Europarates zu diesem Thema fest, dass sich herausgestellt habe, dass bei den Bürgerbeteiligungsprojekten im Wesentlichen 35- bis 50-jährige, gebildete und sozial wie politisch aktive Männer teilnahmen. Es mache wenig Sinn, neue Verfahren einzuführen, in denen wieder die Personen überrepräsentiert seien, die schon in den konventionellen Verfahren das Sagen haben.

Das heißt, ein entscheidendes Kriterium zur Bewertung eines Beteiligungsverfahrens ist der Selektionsprozess. Hier hat sich die Zufallsauswahl bewährt. Weitere wichtige Kriterien sind, dass die BürgerInnen über das anstehende Problem ausreichend informiert und in kleinen Gruppen organisiert werden, in denen sie auch wirklich zu Wort kommen und mit den anderen ihre Argumente austauschen, dass sie Spaß an der Sache haben, dass es sich nicht um eine Simulation handelt, und dass die gemachten Vorschläge hinterher auch umgesetzt werden.

Planungszelle

Peter Dienel der Erfinder der **Planungszelle**, einem der ersten zur Anwendung gebrachten Verfahren, das unter anderen Namen auch in anderen Ländern zur Anwendung gekommen ist (Citizen Juries, Panels de Citoyens, Núcleos de Interven-

ción Participativa etc.) hat seinerzeit richtig analysiert, dass Situationen wie sie in diesen Projekten als Rahmenbedingung für eine **deliberative** Debatte zwischen BürgerInnen angeboten werden, im Alltag nicht vorkommen und daher künstlich geschaffen werden müssen.

Kürzlich durchgeführte Forschungen des »Centre of Research for Environmental Decisions« der Universität Columbia (USA)¹, die mit ähnlichen Verfahren zu Umweltthemen gearbeitet haben, belegen, wie die Gruppendynamik in diesen künstlich geschaffenen Rahmenbedingungen Entscheidungen ermöglichen, zu denen die gleichen BürgerInnen als Individuen wahrscheinlich nicht fähig gewesen wären. So unterschätzen Individuen die Gefahr von Ereignissen, die vermeintlich sowohl zeitlich wie räumlich noch weit entfernt sind. Darüber hinaus belegt diese Studie, dass wir anscheinend nur über eine begrenzte Reserve an »Beunruhigungspotenzial« verfügen, was dazu führt, dass unsere Sorge z. B. über den Klimawandel schwindet, sobald eine andere Bedrohung auftaucht, z. B. ein Börsencrash oder ein persönliches Problem.

Die Erfahrungen der Arbeit mit zufallsausgewählten BürgerInnen in Kleingruppen dagegen belegen, dass diese sich eher für ein langfristiges gemeinsames Ziel engagieren. Wie Prof. Elke Weber, eine beteiligte Wissenschaftlerin dazu ausführt, schätzen wir es zu erfahren, dass wir Bestandteil einer Gruppe sind. Und wenn wir uns als Bestandteil einer Gemeinschaft sehen, entwickelt sich diese Gruppe zu einer Art Stabsabteilung zur Entscheidungsfindung. So wird es mög-

¹ Es handelt sich um die noch laufende Studie dieses Instituts »Strategic Orientation in Individual and Group Decisions«, durchgeführt von Tory Higgins, John Levine, David Krantz und Elke Weber, zitiert in: El País Semanal, N° 1728, 8.11.2009, S. 84–86. Siehe Webtip.

WEBLINK

Studie der Universität Columbia:
www.cred.columbia.edu/research/projects/strategicorientation

lich, den BürgerInnen große Opfer abzuverlangen, ähnlich wie während der Kriege.

Zerreißprobe der Demokratie

Diese Ergebnisse belegen, dass Peter Dienel seiner Zeit weit voraus war. Er entwickelte seine Methode in einer Epoche, die man heute im historischen Rückblick als »Schönwetterphase« unserer parlamentarischen Systeme bezeichnen könnte. Heute befinden wir uns in einem heftigen Unwetter, und es ist alles andere als sicher, dass wir diese Stürme unbeschadet überstehen werden. Die Demokratie befindet sich in einer wirklichen Zerreißprobe und wenn wir den genannten Tendenzen entgegenwirken wollen, müssen wir, um es mit Willy Brandt zu sagen, mehr Demokratie wagen.

San Sebastián, Februar 2010

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
drhansharms@yahoo.es
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Ursachen der Krise

Viele ÖkonomInnen sehen die in den vergangenen Jahrzehnten stark gestiegene Einkommens- und Vermögensungleichheit als zentrale Krisenursache.

*AutorInnen: Simon Sturn,
Dr. Till van Treeck, Klara Zwickl*

S. Sturn, Referent für makroökonomische Grundlagenforschung im Bereich Arbeitsmarkt am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in Düsseldorf.

Dr. van Treeck, Referent für Allgemeine Wirtschaftspolitik am IMK.

K. Zwickl, Projektmitarbeiterin und Dissertantin an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Während die aktuelle Finanz- und Weltwirtschaftskrise in der medialen Debatte durch unterregulierte Finanzmärkte und individuelles Fehlverhalten erklärt wird, sehen viele ÖkonomInnen die in den vorigen Jahrzehnten stark gestiegene Einkommens- und Vermögensungleichheit als zentrale Krisenursache.

Wachstumsmodelle

Diese Ungleichheit wurde auch politisch herbeigeführt und war zentrales Merkmal des neoliberalen Wachstumsmodells. Sie hat in einigen Ländern, insbesondere in den USA, zur Überschuldung der unteren und mittleren Einkommensgruppen und zu hohen Leistungsbilanzdefiziten beigetragen, in anderen Ländern, unter anderem in Deutschland und Österreich, zu einer dauerhaften Konsumschwäche und extremer Exportabhängigkeit.

Für ein nachhaltigeres, neues Wachstumsmodell ist eine deutliche Umverteilung zugunsten niedriger Einkommen

notwendig. Hierbei kommt auch den Gewerkschaften eine entscheidende Rolle zu.

Als Reaktion auf die Probleme des fordistischen Wachstumsmodells – geprägt durch Ausbau des Sozialstaats, produktivitätsorientierte Lohnpolitik und keynesianische Nachfragesteuerung – setzten insbesondere konservative Regierungen ab Ende der 1970er-Jahre ein neoliberales Wachstumsmodell durch. Dieses war geprägt durch deregulierte Finanz- und Arbeitsmärkte und Rückbau des Sozialstaats. Letzteres führte zu nachhaltiger Schwächung der Gewerkschaften und der Lohnverhandlungsmacht der ArbeitnehmerInnen. Entsprechend nimmt in den meisten OECD-Ländern die Einkommensungleichheit seit über zwei Jahrzehnten zu, die Lohnquote (der Anteil der Lohnneinkommen am gesamten Volkseinkommen) ab (vgl. OECD 2008a).

Unter vielen ÖkonomInnen wird zunehmend die Rolle der ökonomischen Ungleichheit als wichtige Ursache der jetzigen Wirtschaftskrise thematisiert. Die zentralen Ursachen der Krise liegen demnach in der Interaktion steigender Einkommensungleichheit, deregulierter Finanzmärkte und internationaler Handelsungleichgewichte.

Diese drei Ursachen sind **interdependent**, aber am einfachsten ist es, die in den vorigen Jahrzehnten zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen zum Ausgangspunkt zu nehmen. Dies ist der Ansatz eines internationalen ExpertInnengremiums um **Jean-Paul Fitoussi** und Nobelpreisträger **Joseph Stiglitz**: »Die Krise hat strukturelle Wurzeln. Der Mangel an **aggregierter** Nach-

BUCHTIPP

BEIGEWUM/Attac (2010):

Mythen der Krise

Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash.

VSA Verlag: Hamburg

2010. 126 Seiten,

€ 11,10

ISBN 978-3-8996-5373-1

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132

fachbuchhandlung@oegbverlag.at



frage ging der Finanzkrise voraus und ist Konsequenz der strukturellen Änderungen der Einkommensverteilung. Seit 1980 stagnierten in den meisten industrialisierten Ländern die Medianlöhne, und Einkommensungleichheiten haben zugunsten der oberen Einkommensgruppen zugenommen. Dies ist Teil eines generellen Entwicklungstrends, welcher ebenso weite Teile der nichtindustrialisierten Welt betroffen hat.« (Fitoussi/Stiglitz 2009, S. 3, eigene Übersetzung)

Große Ungleichheit in den USA

Besonders ausgeprägt war die Zunahme der Einkommensungleichheit in den USA, wo nach einem drei Jahrzehnte andauernden Umverteilungsprozess die Ungleichheit wieder etwa so groß ist wie in den 1920er-Jahren vor der großen Depression. Nobelpreisträger **Paul Krugman**

hat in seinem viel beachteten Buch »Nach Bush« (2008) dargestellt, wie dieser Prozess politisch gezielt vorangetrieben wurde. Dennoch war die binnenwirtschaftliche Wachstumsentwicklung in den USA in den vergangenen Jahrzehnten relativ kräftig.

Entscheidend hierfür war, dass Haushalte mit niedrigen oder mittleren Einkommen, die in diesen dreißig Jahren weitgehend stagnierten, durch die Unterregulierung der Finanzmärkte vereinfachten Zugang zu immer weiteren Krediten hatten. So wurden stagnierende Realeinkommen breiter Bevölkerungsteile und fehlende sozialstaatliche Absicherung durch die (politische) Förderung von Wohneigentum und erleichterten Zugang zu Krediten kompensiert. Als die US-Immobilienpreisblase platzte, wurden die Überschuldung breiter Teile der Haushalte und damit die Grenzen des US-Wachstumsmodells offensichtlich.

Defizite bei Privat und Staat

»In den USA wurde die Komprimierung niedriger Einkommen durch die Reduktion der Haushaltsersparnisse und steigende Verschuldung kompensiert, was die Aufrechterhaltung bisheriger Konsummuster ermöglichte.« (Fitoussi/Stiglitz 2009, S. 4, eigene Übersetzung)

Da sowohl der Privatsektor als auch der Staat in den USA strukturelle Defizite erzielten, musste viel Kapital aus dem Ausland importiert werden. Dem hohen Handelsbilanzdefizit der USA standen also hohe Überschüsse anderer Länder gegenüber. Auch diese erklären sich wiederum wesentlich aus der Unterregulierung der internationalen Finanzmärkte und der steigenden Einkommensungleichheit. Eine erste Gruppe von exportorientierten Volkswirtschaften bilden eine Reihe von Entwicklungsländern in

Asien und Südamerika. Diese waren als Reaktion auf die Finanz- und Währungskrisen seit Mitte der 1990er-Jahre darauf bedacht, Kapitalbilanzüberschüsse zu erzielen, um »Devisenkriegskassen« zur Bekämpfung möglicher Währungskrisen anzuhäufen.

In anderen Ländern, insbesondere in Deutschland, aber auch in Österreich, führten die stark zunehmende Lohnzurückhaltung und Einkommensungleichheit zu einer Spaltung von Außen- und Binnenwirtschaft. Während die Exporte angesichts steigender Wettbewerbsfähigkeit florierten, lahmte der heimische Konsum wegen der schleppenden bis stagnierenden Entwicklung der realen Masseneinkommen. In Deutschland sind während des jüngsten Aufschwungs die Reallöhne sogar gefallen. Die OECD (2008b) stellte dazu fest: »Seit dem Jahr 2000 haben in Deutschland Einkommensungleichheit und Armut stärker zugenommen als in jedem anderen OECD-Land.«

Anders als in den USA wollten bzw. konnten jedoch die deutschen KonsumentInnen ihre stagnierenden Einkommen nicht durch übermäßige Verschuldung kompensieren (vgl. Horn et al. 2009). Im Ergebnis agierten die exportorientierten Länder als »Trittbrettfahrer«, da sie Wachstum nicht aus eigener, binnenwirtschaftlicher Kraft generierten, sondern von der Verschuldung anderer Länder, insbesondere den USA, abhängig waren und somit ihre eigene Verteilungsproblematik ins Ausland verlagerten. Die globalen Ungleichgewichte waren also Ausdruck des international unterschiedlichen Umgangs mit dem Fehlen steigender Masseneinkommen als Grundlage für eine kräftige Nachfrageentwicklung.

Wie raus aus der Krise?

Notwendig zur Überwindung der Krise ist eine Wirtschafts-, Sozial-, und Lohnpolitik, die die strukturellen Ursachen der Krise bekämpft. Die Verteilungsschieflage mit der einhergehenden Exportlastigkeit des Wachstums muss überwunden werden. Lohnzurückhaltung und Budgetanierung auf Kosten des Sozialbereichs bieten insbesondere in den Handelsüberschussländern Deutschland und

WEBLINK

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Fassung von Sturn, S./van Treeck, T./Zwickl K. »Die strukturellen Ursachen der Krise«, erschienen in »Die Zukunft – Die Diskussionszeitschrift für Politik, Gesellschaft und Kultur«, Ausgabe 12/2009, S. 12–16. diezukunft.at/?p=940#more-940

Österreich keinen Ausweg aus dieser Krise, sondern verschlimmern die Situation nur weiter.

Eine egalitäre Primärverteilung könnte durch die Stärkung der gewerkschaftlichen Lohnverhandlungsposition, die Bekämpfung der in den vorigen Jahrzehnten geschaffenen Niedriglohnsektoren durch Mindestlöhne und die Einführung stärkerer sozialrechtlicher Standards für prekäre Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden. Mittels veränderter Steuer- und Transferpolitik sowie einem Ausbau öffentlicher Infrastruktur könnte die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen weiter korrigiert werden. Die steigende Arbeitslosigkeit ließe sich bereits kurz- bis mittelfristig durch den Ausbau öffentlicher Beschäftigung und durch gezielte Arbeitszeitverkürzung reduzieren.

Es bleiben Fragen offen

Neben der Frage, wie sich Arbeit und Wohlstand gerecht verteilen lassen, muss mittelfristig ein zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell entwickelt werden, wofür u. a. folgende Fragen zu beantworten sind: Wie lässt sich künftiger Wohlstand auch ohne weitere Umweltzerstörung sichern? In welchem Umfang sollten künftige Produktivitätsfortschritte in mehr Produktion bzw. mehr Freizeit übersetzt werden? Wie kann mehr Wirtschaftsdemokratie und individuelle Entfaltung am Arbeitsplatz erreicht werden?

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Redaktion
aw@oegb.at

Literatur:

Fitoussi, Jean-Paul/Stiglitz Joseph (2009): The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World. OFCE Document de Travail, 17
Horn, Gustav/Dröge, Katharina/Sturn, Simon/van Treeck, Till/Zwiever, Rudolf (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) Die Rolle der Ungleichheit. IMK Report, 41
Krugman, Paul (2008): Nach Bush – Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten. Campus: Frankfurt
OECD (2008a): Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries. OECD Publishing, Paris
OECD (2008b): Mehr Wohlstand durch Wachstum? Fact Sheet Deutschland: www.oecd.org/dataoecd/3/28/41531752.pdf [27-07-2009]

Intelligent konsolidieren

Auch internationale Organisationen wie der IWF oder die OECD fragen sich, ob Budgetkonsolidierung denkbar ist, ohne Wachstum wesentlich zu gefährden.

Autorin: Dr. Helene Schubert

BEIGEWUM (Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Initiativen)

Laut Prognose der Europäischen Kommission steigt im Euroraum das Verhältnis der Staatsschuld zum Bruttoinlandsprodukt im nächsten Jahr auf 88 Prozent. Das bedeutet einen Anstieg um über 20 Prozentpunkte innerhalb von nur vier Jahren. Konjunktur- und Bankenpakete und insbesondere der in der jüngeren Wirtschaftsgeschichte einmalige Einbruch der Wirtschaftsleistung, der die Staatsausgaben hat ansteigen lassen und zu einem starken Rückgang der Steuereinnahmen geführt hat, haben tiefe Spuren in den Staatshaushalten hinterlassen.

Arbeitslosigkeit steigt weiter

Die Wirtschaftskrise ist keineswegs vorbei, die Arbeitslosigkeit steigt weiter. Die Risiken, dass die ab dem nächsten Jahr geplante Konsolidierung der Budgets den ohnehin schwachen Aufschwung dämpfen könnte, oder gar einen neuerlichen Einbruch in Gang setzt, sind hoch. Die Überlegung, die Konsolidierung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, wenn der Aufschwung mit hoher Sicherheit selbsttragend geworden ist, wird mit dem Hinweis auf die angespannte budgetäre Situation in manchen Ländern beiseite geschoben. Schließlich entscheidet nicht die ökonomische Vernunft darüber, ob und wann eine bestimmte Hö-

he der Staatsschuldenquote nicht mehr tragbar ist, sondern Finanzmärkte und Ratingagenturen. Deren Einfluss ist selbst zweieinhalb Jahren nach Ausbruch der Finanzkrise ungebrochen. Das Problem ist nur, dass Konsolidierung Wachstum dämpft und über diesen Mechanismus wiederum budgetäre Nachhaltigkeit untergräbt. Wachstum ist eine überaus wirksame Konsolidierungsstrategie.

Denken vom Korsett befreien

Die Frage, mit der sich auch internationale Organisationen wie der IWF oder die OECD beschäftigen, ist, ob Budgetkonsolidierung denkbar ist, ohne Wachstum wesentlich zu gefährden. Ist eine expansiv wirkende, d. h. wachstumsfördernde Budgetkonsolidierung möglich? Gibt es Einsparungsmöglichkeiten, die Konsum und Investitionen nicht oder wenig bremsen? Lassen sich Einnahmequellen für den Staat finden, für die dasselbe gilt? Sind letztere für das Budget so ergiebig, dass man damit wachstums- und beschäftigungswirksame zusätzliche Ausgaben, wie in der Bildung, Forschung oder im Sozialbereich finanzieren kann? All diese Fragen sind dann mit ja zu beantworten, wenn man sich aus dem Korsett befreit, in dem das Denken seine gewohnten Bahnen zieht.


Ausgangspunkt der Überlegungen bildet die Rolle der Staatsfinanzen in ihrer Verteilungs- und Wachstumswirkung. Für Österreich sind diese in zahlreichen Untersuchungen sehr gut, wenngleich nicht lückenlos, dokumentiert (z. B. Guger und Marterbauer 2009). Steuern sollten ursprünglich progressiv wirken und die Un-

gleichheit der Marktlöhne, die wenig mit dem gesellschaftlichen Wert der Arbeit zu tun haben, ausgleichen. Progressivität in der Besteuerung wirkt auch wachstumsfördernd, wenn die unteren Einkommen, die dieses zur Gänze konsumieren, nicht oder gering besteuert werden.

Die beobachtbare zunehmende Ungleichverteilung der Lohneinkommen wird allerdings durch den Staat nicht ausreichend korrigiert. Dies vor allem deshalb, weil das Steuer- und Abgabensystem nicht umverteilt. Lediglich die Lohn- und Einkommensteuern wirken progressiv, Sozialversicherungsbeiträge und Verbrauchssteuern sind allerdings viel bedeutender und diese wirken regressiv, d. h. sie belasten die unteren Einkommensgruppen in Beziehung zum Einkommen stärker als die oberen. Würde man sämtliche Steuern und Abgaben (Einkommen-, Verbrauchs- und vermögensbezogene Steuern, Sozialversicherungsbeiträge), die die verschiedenen Einkommensgruppen leisten, in Relation zum jeweiligen Einkommen und Vermögen setzen, wäre vermutlich das Steuer- und Abgabensystem regressiv, d. h. die unteren Einkommen wären stärker belastet als die reichen Haushalte.

Zu viele Steuerschlupflöcher

Im internationalen Vergleich zeichnet sich Österreich durch das Fehlen einer Vermögenssteuer und einer nennenswerten Vermögenszuwachssteuer aus. Außerhalb der Spekulationsfrist von einem Jahr sind beispielsweise Wertzuwächse durch den Verkauf von Aktien steuerfrei. Dem Staat entgehen durch di-



Das »Zurückdrängen der Frauen an den Herd«, die Verrichtung unbezahlter Haus-, Pflege- und Betreuungsarbeit wären die Folge.

ese Steuerschlupflöcher Steuereinnahmen von mehreren Millionen Euro jährlich. Ein zunehmender Teil des Einkommens wird von den oberen Einkommen als müheloser Ertrag erzielt: Erträge aus Zinsen, Dividenden und Wertzuwächsen von Vermögenswerten. Diese Erträge unterliegen nicht den progressiven Sätzen der Einkommen- und Lohnsteuer, sondern, wenn überhaupt, einem niedrigeren proportionalen Steuersatz (25 Prozent). Das Geldvermögen ist äußerst ungleich verteilt: die obersten zehn Prozent verfügen über 54 Prozent des gesamten Geldvermögens (Mooslechner und Schürz 2009), wobei hier die Stiftungen nicht erfasst sind. Der Immobilienbesitz ist noch ungleicher verteilt. Hier besitzt das oberste Zehntel 61 Prozent.

Umverteilung der Ausgaben

Über die Ausgabenseite wird sehr wohl umverteilt. Dies gilt insbesondere für Arbeitslosengelder und soziale Dienstleistungen. Eine Anhebung der Höhe des Arbeitslosengeldes und ein Ausbau kommunaler sozialer Dienste (Pflege, Kindergärten, Krippen) wären dringend notwendig. Gerade letzteres würde Arbeitsplätze schaffen, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Konsum und Wachstum fördern. Das Gegenteil davon passiert.

Aus der Finanzkrise wird eine Krise des Sozialstaats, so wie die Krise der skandinavischen Länder Anfang der 1990er-Jahre, deren Ursache Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte war, letztlich umgedeutet wurde: Der Sozialstaat sei zusammengebrochen und nicht

mehr finanzierbar, hieß es damals. Auch heute verstärkt die Erhöhung der Staatsschulden den Druck enorm, bei den Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsausgaben einzusparen; Frauen trifft das überproportional, da viele von ihnen Empfängerinnen sozialstaatlicher Transfers sind. Die Konsolidierung des Budgets wird den Druck in diese Richtung noch weiter erhöhen. Das »Zurückdrängen der Frauen an den Herd«, die Verrichtung unbezahlter Haus-, Pflege- und Betreuungsarbeit wären die Folge.

Umverteilung der Ausgaben

Eine Konsolidierungsstrategie, die in jenen Bereichen Ausgaben senkt und Einnahmen erhöht, wo untere und mittlere Einkommen nicht oder wenig belastet werden und die darüber hinaus zusätzliche Investitionen in zukunftsträchtigen Bereichen vorsieht (Bildung, Gesundheit, Forschung, soziale Dienste, Klimaschutz), entfaltet mehrere Wirkungen: Sie trägt zur gerechten Verteilung der Krisenlasten bei, sie fördert Wachstum und Beschäftigung und sie verhindert zukünftige Finanzkrisen. Schließlich ist die Überinvestition der reichen Schichten in Finanzanlagen und die gleichzeitige Konsumschwäche der ärmeren Haushalte eine wesentliche strukturelle Ursache von Finanzkrisen. Die Einkommensschwäche der Armen mit Krediten auszugleichen, statt für eine gerechte Verteilung zu sorgen, ist gescheitert. Jedenfalls war in den 1930er-Jahren in den USA das Bewusstsein über die Ungleichheit als wesentliche Krisenursache weit verbreitet. Im **New Deal** unter **Roosevelt** wurden dann Steu-

WEBLINK

Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen:
www.beigewum.at

erreformen eingeleitet, wobei die Spitzensteuersätze nicht nur gegenüber den 1920er-Jahren bedeutend höher waren, sondern auch nach heutigen Maßstäben. Der Spitzeneinkommensteuersatz wurde in der ersten Amtszeit Roosevelts auf 63 Prozent und in der zweiten auf 79 Prozent angehoben. Der Spitzenerbschaftssteuersatz stieg von 20 auf 45, dann auf 60, später auf 70 und schließlich auf 77 Prozent. Die durchschnittliche Bundessteuer auf Unternehmensgewinne stieg von weniger als 14 Prozent im Jahr 1929 sukzessive auf über 45 Prozent im Jahr 1955. Diese Reformen verfehlten ihr Ziel nicht. Während 1929 die wohlhabendsten ein Prozent der US-Amerikaner über 40 Prozent des Vermögens verfügten, sank dieser Anteil auf unter 25 Prozent. Während das oberste eine Promille gar über 20 Prozent des Vermögens verfügte, waren dies später nur noch etwa zehn Prozent.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
helene.schuberth@oeb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Goldene Mitte

Nach Berechnungen der Statistik Austria gehören mehr als sechs Mio. Menschen in Österreich zum sogenannten Mittelstand.

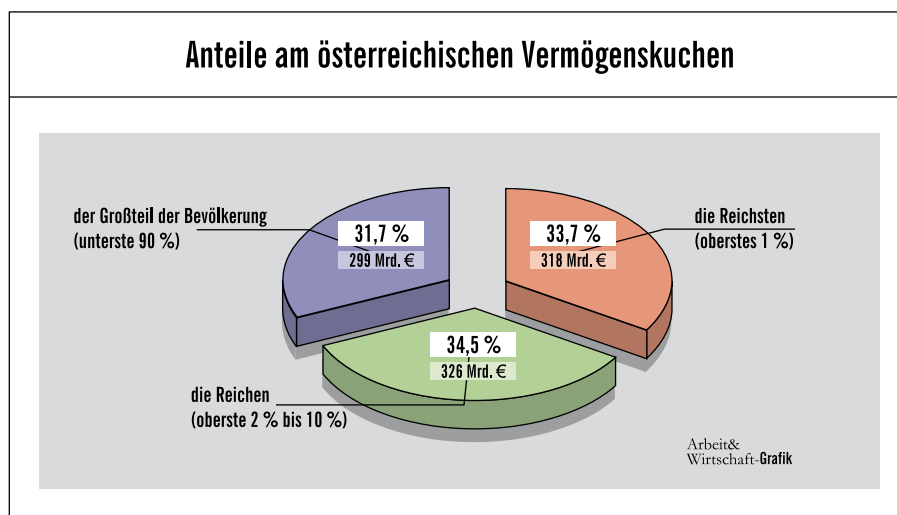
Autor: Mag. Josef Zuckerstätter

AK Wien, Lohn- und Einkommensentwicklung,
Lohnstruktur, Arbeitsmarkt

Ajeda gheat zu ana Minderheit« singt Wolfgang Ambros seit 1977. Heute hat man oft den Eindruck, dass die Zeile lauten müsste »a jeder gheat zur Mittelschicht«. Unabhängig von der Gruppe in der man sich befindet, fast immer rechnet sich die Mehrheit zur Mittelschicht. Kaum jemand deklariert sich als Angehöriger oder Angehörige der Oberschicht und auch nicht als Angehörige oder Angehöriger der Unterschicht. In einer deutschen Befragung (für Österreich gibt es leider keine vergleichbare Untersuchung) bezeichnen sich knapp vier Prozent als Angehörige der Unterschicht, und nur 0,4 Prozent als Angehörige der Oberschicht, Selbst der oberen Mittelschicht fühlen sich nur neun Prozent zugehörig. Die große Masse also fühlt sich der Arbeiterschicht oder der Mittelschicht zugehörig.

IV vertritt die Mittelschicht?

Kein Wunder also, dass selbst die Industriellenvereinigung nun meint, sich als Vertreterin der Mittelschicht profilieren zu müssen. Die Zahl der Personen, die Industriebetriebe, und/oder eine Privatstiftung besitzen, dürfte mittelfristig wohl nicht ausreichen, um politische Mehrheiten für Steuerprivilegien aufrecht zu erhalten. Wer ist nun die Mittelschicht? Verwendet man das bedarfsgewichtete



Quelle: Bericht über die soziale Lage 2003–2004, Sozialministerium

verfügbare Jahreseinkommen, so kann man rein statistische Grenzen ziehen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bezeichnet in seinen Untersuchungen jene Gruppe als Mittelschicht, die mehr als 70 Prozent aber weniger als 150 Prozent des Medianeinkommens zur Verfügung hat. Die Statistik Austria teilt die Personen ebenfalls in drei Gruppen: Einkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle (60 Prozent des Medianeinkommens) gelten als niedrig, Einkommen bis zur dreifachen Armutsgefährdungsschwelle (180 Prozent des Medians) als mittel, und Einkommen darüber als hoch.

Nach dieser Rechnung waren 2007 in Österreich 1,018.000 Personen (zwölf Prozent) armutsgefährdet, 6,474.000 (79 Prozent) im mittleren Bereich und 749.000 (neun Prozent) reich. Man sieht bereits, dass es sich bei der großen mittleren Gruppe nicht um eine homogene Masse handelt. Was diese Gruppe jedoch

verbindet ist ihre Abhängigkeit von ihrem Arbeitseinkommen. Sie ist definiert durch den engen Zusammenhang zwischen ihrer Arbeitsfähigkeit und ihrem Lebensstandard. So lange sie arbeiten können, geht es ihnen und ihren Kindern gut. Sobald sie ihren Arbeitsplatz oder ihre Arbeitsfähigkeit verlieren, sind sie massiv von sozialem Abstieg bedroht.

Kein Einkommen ohne Arbeit

Mittelschichtangehörige verfügen im Gegensatz zu Teilen der Oberschicht nicht über ein Vermögen, das groß genug ist, um ihnen auch ohne Arbeit ein dauerhaftes Einkommen zur Erhaltung ihres Lebensstandards zu sichern. Zur Entlastung der Mittelschicht wären also eine Entlastung von Arbeitseinkommen und ein fairer Beitrag von Vermögenseinkommen deutlich besser geeignet als Senkungen von Grenzsteuersätzen.



Fast immer rechnet sich die Mehrheit zur Mittelschicht. Kaum jemand deklariert sich als Angehöriger oder Angehörige der Oberschicht und auch nicht als Angehörige oder Angehöriger der Unterschicht.

Schließlich unterscheidet sich die oberste Einkommens- und Vermögensgruppe deutlich von der Mittelschicht. Und selbst in der Gruppe der Reichen haben die Reichsten der Reichen noch deutlich mehr (meist arbeitsloses) Einkommen und Vermögen als jene, die es gerade zu den Besserverdienenden geschafft haben.

Durchschnitt mal 100

So zeigt die Grafik die Anteile am österreichischen Vermögenskuchen. Die drei fast gleich großen Stücke gehören aber keineswegs drei gleich großen Gruppen. Im Gegenteil: 90 Prozent der Bevölkerung und damit auch die gesamte Mittelschicht besitzen zusammen etwas weniger (31,7 Prozent) als das reichste Prozent der Bevölkerung (33,7 Prozent). Das oberste Prozent der ÖsterreicherInnen besitzt damit im Mittel etwa hundertmal so viel wie der Durchschnitt der breiten Bevölkerung. Das restliche Drittel des Vermögens teilen sich die »armen Reichen«, die zwar zum obersten Zehntel aber nicht zum reichsten Prozent gehören, im Schnitt haben sie aber immer noch das Zehnfache der unteren 90 Prozent.

Eine selbst moderate Vermögenssteuer würde also nur zu weniger als einem Drittel die Mittelschicht betreffen, während die Lohnsteuer sowie die Sozialversicherungsabgaben praktisch ausschließlich von der Mittelschicht aufgebracht werden. Die Abhängigkeit von ihrer Arbeitsfähigkeit trennt die Mittelschicht nicht nur von den Reichen, sie verbindet sie auch mit großen Teilen der Unterschicht. Letztere sind allerdings aus ver-

schiedensten Gründen – Krankheit, schlechter Ausbildung, ererbter Armut, usw. – nicht in der Lage, ausreichende Einkommen zu erzielen. Die Bereitstellung von guten öffentlichen Leistungen und entsprechender Absicherung ist für beide Gruppen wichtig. Daher werden Beiträge für die Erhaltung des Sozialsystems auch akzeptiert, so lange dieses System auch die Leistungen erbringt, die erwartet werden.

Ein Gesundheitssystem, das gute medizinische Betreuung nicht nur mit Zahlungen bereitstellt, ein öffentliches Bildungssystem, das den Kindern eine gute Ausbildung bietet, eine Arbeitslosenversicherung, die den unmittelbaren Abstieg in die Armut bei Arbeitslosigkeit verhindert, und nicht zuletzt eine funktionierende öffentliche Infrastruktur sind für die Mittelschicht von zentraler Bedeutung.

Gute Zeiten, schlechte Zeiten

Während sich viele Debatten über den Sozialstaat auf die Umverteilung von Einkommen von hohen zu niedrigen Einkommen konzentrieren, wird die viel wichtigere Funktion der Umverteilung zwischen Lebensphasen und zwischen guten und schlechten Zeiten innerhalb einer Gruppe, aber auch im individuellen Lebenslauf übersehen.

So ist etwa die Phase der Familiengründung eine Phase, in der mehr sozialstaatliche Leistungen in Anspruch genommen werden. Beginnend von den vermehrten Besuchen bei Ärzten, über Wohnbeihilfen oder Wohnbauförderungen bis hin zu den Familienbeihilfen.

Anschließend stabilisiert sich wenn alles gut geht das Einkommen, und die Mittelschichtangehörigen leisten Beiträge in die Sozialsysteme und Steuern zur Finanzierung der öffentlichen Leistungen. Im Idealfall bis zum Pensionsalter, wo durch Pensions-, später auch Pflegeleistungen wieder Unterstützung in Anspruch genommen wird.

So ist es auch bei der Umverteilung von guten zu schlechten Lebensphasen. Wer das Glück hat, gesund zu sein und seine Arbeit zu behalten zahlt Beiträge, auch um im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit Unterstützung zu erhalten.

Besser NettozahlerIn als krank

Die Debatte um NettozahlerInnen oder NettoempfängerInnen ist in diesem Zusammenhang völlig widersinnig. NettoempfängerInnen von Leistungen des Sozialstaates wird man, wenn einem das Leben übel mitspielt, man arbeitslos, krank oder invalide wird. Eine Situation mit der kaum ein gesunder Mensch mit sicherem Arbeitsplatz tauschen wollte, nur um nicht NettozahlerInnen zu sein.

Es ist immer besser andern helfen zu können, als auf die Hilfe anderer angewiesen zu sein.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
josef.zuckerstaetter@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wer hat das Geld?

Die EZB pumpt Milliarden in den Interbankenverkehr, um das Kreditgeschäft anzukurbeln. Bei den Unternehmen ist das wenigste davon angekommen.

Autor: Sebastian Baryli

Journalist in Wien

Es wurde sehr viel unternommen, um den Banken in der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg unter die Arme zu greifen. Die österreichische Regierung schnürte 2008 ein beachtliches Hilfspaket, und die Europäische Zentralbank (EZB) hatte im Vorjahr die Mittel für langfristige Refinanzierungsgeschäfte dramatisch erhöht. Durch die Ausstattung mit Kapital und liquiden Mittel sollten Investitionen wieder gestärkt werden. Die Stützung der Banken sei ein notwendiger Schritt, um letztendlich die Realwirtschaft wieder in Gang zu bringen, wurde damals versichert. Doch ist dieses Geld auch tatsächlich in den Betrieben angekommen?

Als die Blase platzte

Als **Lehman Brothers** im September 2008 Insolvenz anmelden musste, kippte der Geldmarkt und eine panikartige Reaktion setzte im Krisenverlauf ein. Eine geradezu verbissene Suche nach Geld setzte ein. Die spekulative Blase war geplatzt, was nunmehr zählte war ausschließlich Bares. Angesichts zusammenbrechender Banken und einer dahinsiechenden Autoindustrie schwenkte die EZB schnell auf eine expansive Geldpolitik ein. Liquidität sollte in den Markt gepumpt werden, um das Kreditgeschäft wieder anzukurbeln, das wiederum zu Investitionen in der Realwirtschaft füh-

ren sollte. Letztendlich sollten damit also Arbeitslosigkeit und Einkommensverluste verhindert werden.

Eine Quelle- und eine Cosmos-Insolvenz später fragen sich nun ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen: Haben die Bankenhilfspakete ihren Zweck erfüllt? Hat die EZB die Kreditklemme tatsächlich überwinden können, um Arbeitsplätze zu sichern? Wo sind die finanziellen Mittel geblieben, die in die Banken gepumpt wurden?

Geld für Banken

2009 war zweifellos das Jahr der Jumbo-Kredite. Die EZB bot in drei Tranchen zusätzliche Möglichkeiten für einjährige Refinanzierungsgeschäfte an, die alles bisher Bekannte in den Schatten stellten. Am 25. Juni wurden 442,2 Mrd. Euro an europaweit 1.121 Bankinstitute ausgezahlt. Diese einjährigen Refinanzierungsgeschäfte wurden dabei mit einem historisch niedrigen Zinssatz von einem Prozent abgewickelt. Der Bedarf an Geld war enorm und eine unglaubliche Summe wurde hier transferiert, die den Finanzmarkt mit ausreichend Liquidität versorgen sollte. Am 1. Oktober wurden dann noch einmal 75,2 Mrd. an 589 Banken ausgezahlt. Das Interesse war zwar deutlich niedriger, aber immer noch beachtlich. Zuletzt wurden am 15. Dezember fast 97 Mrd. Euro an 224 nachfragenden Banken zugeteilt. Insgesamt wurden in diesen Geschäften also 614,4 Mrd. Euro an Banken ausbezahlt.

Trotz der unglaublichen Summen, die bei diesen Transaktionen das Konto wechselten, beschwichtigt die Finanzwelt:

»Das sind gewöhnliche Instrumente der Zentralbank, um die Wirtschaft zu beeinflussen. Außergewöhnlich war zu diesem Zeitpunkt bloß die Höhe der ausgeschütteten Mittel, die den Interbankenverkehr beflügeln sollten«, erläutert dazu Michael Mauritz von der Erste Group.

Die Versorgung der Banken mit liquiden Mitteln gehört selbstverständlich zu einer der Hauptaufgaben einer Zentralbank, und die Festlegung des Zinssatzes zu einem wesentlichen Steuerinstrument. Doch die Bereitstellung solcher Summen zu einem derart niedrigen Zinssatz führte dazu, dass enorme Geldmengen in den Interbanken-Markt gepumpt wurden, die wiederum neue Probleme verursachten.

Mit der Bereitstellung dieser Mittel hatte die EZB zwar bewiesen, dass sie gewillt ist enorme Summen an Liquidität zur Verfügung zu stellen. Und ohne Geldmittel sind keine Investitionen möglich, so die Begründung. Soweit leuchtet die Argumentation ein. Doch wohin bewegten sich diese Geldmittel, nachdem sie am Interbankenverkehr gehandelt wurden?

Geld für Realwirtschaft

Konnte von dem Aufschwung des Kreditmarktes zwischen den Geldinstituten also auch die Realwirtschaft profitieren? Dies war ja schließlich ein maßgebliches Ziel, das von den Notenbankern mit der Ausweitung des Angebots von Offenermarktgeschäften bezweckt wurde.

Die Analysen dazu sind recht eindeutig: Unternehmen haben immer noch Schwierigkeiten, Kredite von Banken zu bekommen. In einer europaweiten Um-



**Eine Quelle- und eine Cosmos-Insolvenz
später fragen sich nun ArbeitnehmerInnen
und KonsumentInnen: Haben die Bankenhilfspakete
ihren Zweck erfüllt?**

frage wurden im zweiten Quartal 2009 Manager zur Vergabe von Krediten in ihren Einrichtungen befragt. Das Ergebnis war wenig erfreulich: »Die Finanzkrise beeinträchtigt weiterhin die Refinanzierungsbedingungen der österreichischen Banken«, schreibt dazu Walter Waschiczek in den »Statistiken – Daten und Analysen« der Österreichischen Nationalbank (OeNB). Zwar wären teilweise positive Einflüsse durch die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen spürbar, dennoch blieben die Refinanzierungsmöglichkeiten der Banken weiterhin beeinträchtigt. Die österreichischen Geldinstitute hatten im zweiten Quartal 2009 im Firmenkundengeschäft zum achten Mal in Folge die Kreditrichtlinien verschärft.

Obwohl also die EZB Hunderte Milliarden Euro in den Interbanken-Markt gepumpt hatte und gleichzeitig die Leitzinsen auf ein historisches Niveau herabgesetzt hatte, wurden diese Mittel kaum in Form von Krediten an Unternehmen weitergegeben. Die angekurbelte Liquidität führte kaum dazu, das Kreditgeschäft mit Geschäftskunden anzustoßen.

Die Spitze des Eisbergs

Dennoch gibt es dazu auch Einwände: »In Österreich haben Klein- und Mittelbetriebe weiterhin kaum Probleme, Kredite zu bekommen. Das Problem betrifft vor allem die Industrie, die längerfristige Kredite mit größeren Volumina benötigt«, erläutert dazu Michael Mauritz.

Die Krise hat auch schon ihre ersten Opfer gefordert. Die Insolvenzen von Quelle und Cosmos sind nur die Spitze eines Eisbergs, der sein gesamtes Ausmaß

erst in den nächsten Monaten preisgeben wird. Die Zahlen sprechen dabei eine deutliche Sprache: Die Insolvenzen in den ersten drei Quartalen 2009 haben sich gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr um 10,5 Prozent gesteigert. Die durchschnittlichen Verbindlichkeiten pro Insolvenzfall stiegen dabei sogar um 32 Prozent an.

Zweite spekulative Blase

Wenn das Geld also nur zögerlich in die Realwirtschaft fließt, wo sind dann die Milliarden der Zentralbank hinverschunden?

Ein Teil des Geldes wurde von den Geschäftsbanken gleich in der Zentralbank gebunkert. »Damit konnten sie ihre in Schiefelage geratenen Bilanzen wieder stabilisieren«, erklärt Teodoro Cocca, Professor für **Asset Management** an der Linzer Universität. Der andere Teil der liquiden Mittel wurde investiert, doch keineswegs in der Realwirtschaft, wie von den Notenbankern erwartet, sondern wieder am Kapitalmarkt.

»Die liquiden Mittel wurden sofort dazu verwandt, wieder in den Finanzmarkt zu investieren«, erklärt Cocca. Ein Teil der Liquidität floss also wieder in Aktien, Rohstoffe und Anleihen. Auf jene Märkte also, die noch vor zwei Jahren die Weltwirtschaftskrise in Gang gesetzt hatten. »Wenn man eine liquiditätsbedingte Blase mit noch mehr Liquidität bekämpft, macht man nichts anderes, als einem Drogenabhängigen noch mehr Drogen zu verabreichen. Das mag kurzfristig die Situation entspannen und die Symptome mildern. Langfristig wird sich

WEBLINK

OeNB: Statistiken – Daten und Analysen:
tinyurl.com/yac48qm

aber an der Abhängigkeit nichts ändern. Schlimmer noch, die Abhängigkeit und die Dosen werden zunehmen«, meint dazu auch Jochen Felsenheimer von Assenagon Asset Management S. A.

Warum die Banken wieder am Kapitalmarkt investieren ist einfach erklärt: »Die Renditen sind dort einfach höher. Die Banker vergleichen den Ertrag der unterschiedlichen Anlageklassen und transferieren das Geld dorthin, wo es am meisten Profit abwirft«, so Cocca weiter. »Sie können dort zwar nicht unlimitiert investieren, doch ein großer Teil ist dorthin geflossen. Wir stehen also vor dem Problem, dass sich wieder eine spekulative Blase bilden könnte.«

Das fundamentale Problem liegt also in der Profitlogik der Kapitalakkumulation begründet, die nun ein weiteres Mal auf eine mögliche Katastrophe zusteuert. Investiert wird dort, wo kurzfristig die höchste Rendite lockt, ungeachtet längerfristiger, struktureller Hindernisse.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
sebastian.baryli@gmx.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Eine halbe Sau

*Als der Bausparvertrag auslief, musste der Sohn der Schule fernbleiben.
Ein Modell der Mikroökonomie, bei dem der Faktor Mensch zählt.*

Autorin: Mag. Gabriele Müller

Freie Journalistin

Es gibt eine Reihe von Regeln, an die sich die Beteiligten am Wirtschaftssystem im Haus Wegscheid¹ fast ausnahmslos zu halten scheinen. Jedes der drei Kinder ist nicht nur für seine eigenen Sachen, sondern auch für bestimmte Arbeiten im Haus verantwortlich. Nur einmal, erzählt die Chefin, habe das Älteste der drei Kinder ein wenig übertrieben. »Aber das«, sagt die Mutter verschmitzt, »bleibt unter uns.«

Der Unfall des Vaters vor etwa zehn Jahren hat das Leben der Familie von Grund auf verändert. Der ehemalige Lehrer kann heute, wenn es gut geht, nur noch Hilfsarbeiten verrichten. Maximal 325 Euro monatlich erhält er dafür, den Baumbestand des Gutsherrn in verschiedenen Regionen Niederösterreichs in Ordnung zu halten. Ist der Wald weiter weg, rechnet sich der Einsatz kaum. Denn die Benzinkosten sind eine Variable, die im Haushaltsbudget möglichst gering zu halten ist.

Keine Schnitzsemmel

Die Geldbörse der Mutter ist am Monatsende prall gefüllt. Sie bewahrt darin sämtliche Rechnungen auf, die sich seit Monatsanfang angesammelt haben. In der Retrospektive betrachtet zeige sich,

wo in Zukunft Einsparungspotenziale genutzt werden können. Am meisten sparen könne sie beim Essen, sagt sie. Nicht einmal zur Diskussion stehen hier die Schnitzsemmeln oder das Cola, die in der Schulkantine angeboten werden. Deren Sinnhaftigkeit sehe sie nicht ein. Brot wird zu Hause gebacken, die selbst gemachten Fruchtsäfte sind nicht nur billiger, sondern auch gesünder. Die sorgfältig aufbewahrten Rechnungen haben ihr gezeigt, dass im Durchrechnungszeitraum eines Jahres zu viel für Fleisch ausgegeben wird. Jetzt muss eine halbe Sau her. Denn ganz auf Fleisch zu verzichten, sei auch nicht gesund. Die Arbeit im Herrschaftswald ist schließlich hart.

Haushaltsbuch und Haushaltstipps

Aus dem Gespräch zur Frage über »Führen Sie ein Haushaltsbuch?« wird eine Einführung in praktizierte Hauswirtschaftslehre. Etwa: Man gehe nie ohne Einkaufszettel in den Supermarkt bzw. kaufe nichts, was nicht auf diesem steht. Außer, eine Ausnahme von dieser Regel ist sachlich zu begründen. Oder: Altes Gebäck, das an der Arbeitsstelle weggeworfen wird, verwerte man als Brösel, in Puddings und Suppen. Man binde alle Mitglieder des Haushaltes in die Jagd nach Sonderangeboten ein. Aus dem Sparen wird so ein Sport, aus dem Verzicht ein Einkaufsspaß für die ganze Familie.

Sehr viel sparen könne sie bei sich selbst, sagt sie, denn es gebe einiges, was sie nicht brauche. Neue Kleidung wird ausschließlich für die Kinder gekauft.

Das Kleid zur Matura hat die Tochter nach dem Ball in eBay inseriert. Das Snowboard für den Sohn hat Frau Wegscheid im Internet ersteigert. Dass er beim Wettbewerb in der Schule damit eine Goldmedaille gewonnen hat, »war zwar nicht nötig, freut einen aber schon«. Frau Wegscheid wählt das Nötigste für sich und den Mann aus den Altkleidern oder näht selbst.

Für den Konsum verfügbar

Das kleine Haus, mitten in einem Dorf an den Ausläufern der Wagramer Hügelkette, wirkt behaglich, es fehlt hier – offenbar – an nichts. Das strenge Sparprogramm der Familie hat ein Interieur hervorgebracht, das in keinem Möbelkatalog zu finden wäre. Auch die Geschichten der einzelnen Stücke berichten von Abenteuern, die zu ihrer Erlangung führten, Besuche von Einkaufshäusern sind keine dabei.

In der mikroökonomischen Haushaltslehre, so eine Definition, ist ein Budget das für den Konsum verfügbare Einkommen eines Privathaushalts. Das sind im Hause Wegscheid, je nach Hinzuziehung des Mannes auf dem Arbeitsmarkt, in guten Zeiten rund 500, in schlechten 300 Euro pro Monat, oder auch darunter. Frau Wegscheid ist Krankenschwester. Bei guter Organisation, sagt sie, gelingt es, so viel zu arbeiten wie eineinhalb Personen.

Immer wieder falle ein Nachtdienst aus, in Wien oder Linz.

So käme es, dass auch in schlechten Zeiten kein Minus auf ihrem Konto entstanden sei. Denn eine Rente bezieht der

¹ Name von der Redaktion geändert



In der Retrospektive betrachtet zeige sich, wo in Zukunft Einsparungspotentiale genutzt werden können. Am meisten sparen könne sie beim Essen, sagt sie.

Mann (Migrationshintergrund) aus seinem Unfall nicht.

Neben der finanziellen Monatsplanung erstellt Frau Wegscheid einen ökonomischen Jahresplan. Hier werden Schulbeginn und andere voraussehbare Kostenfaktoren eingetragen. Ebenso die wenigen erwartbaren Sondereingänge, wie Weihnachts- und Urlaubsgeld, die für Sonderausgaben und Extrabelastungen genutzt werden. Als der Bausparvertrag des Jüngsten fällig war, wurde die Schule für einen Tag gestrichen. Seine Aufgabe war es, die Wände des neuen Holzkellers streichen. Das Geld aus der Bausparkasse war in die Umstellung der Heizung von Gas auf Holz investiert worden. Nicht allein wegen dem Unfall des Vaters hat die Familie ein Wirtschaftssystem der Knappheit.

Die Ausbildung von drei Kindern »geht ins Geld. Aber hier wird nicht gespart«. Die Älteste studiert bereits in Wien, die Schwester folgt demnächst, der Jüngste träumt von einer Karriere als Tiefbauingenieur. Das alles sei teuer, aber das einzige, das wirklich lohne.

»Sind Sie«, frage ich, »ein Vorzeigepflichter der Krise? Pflanzen Sie ihre Tomaten selbst am Balkon?« Nein, antwortet sie. Die Tomaten pflanze der Mann im Garten, seit Jahren schon. Es brauche keine Krise zur Nutzung des Hausverstandes.

Keine Tomaten am Balkon

Herbert Steiner¹ pflanzt keine Tomaten. Er hat weder Garten noch Balkon. Er wohnt in einem der neuen Siedlungsbauten am Rand einer niederösterreich-

chischen Kleinstadt, da wo es aussieht wie überall und nirgends. Hier kennt jeder noch jeden, vom Steiner weiß man, dass er Arbeit sucht. Der wird keine finden, sagt man, aber ihm nicht direkt ins Gesicht.

Ein guter Tag beginnt ohne Budget

Ein guter Tag beginnt ohne Budget, hat er gewitzelt, damals zur Zeit des Finanzministers mit der grünen Badehose, als er die Arbeit verlor. Das ist lange her, heute lebt Herr Steiner von knapp 600 Euro Notstandshilfe. Die Differenz, die ihm als Ausgleichsrichtsatz zustünde, holt er nicht ab.

»Den sollen sie sich ...« sagt er, als könne er sich durch den Verzicht auf sein Recht rächen an jemandem, der ihm durch Entzug der Arbeit auch sein Ansehen genommen hat. Und wenn er, vielleicht, eines Tages doch wieder Arbeit hat, dann müsse er die Sozialhilfe ja wieder zurückzahlen. Und Schulden hat er noch nie gemacht, darauf ist er stolz.

Im Vergleich mit dem Bevölkerungsdurchschnitt haben die Klienten und Klientinnen der Schuldnerberatung monatlich deutlich weniger als das Durchschnittseinkommen zur Verfügung. Der Grundbetrag des (nicht exekutierbaren) Existenzminimums lag 2008 bei 747 Euro. Rund 23 Prozent der KlientInnen verdienen weniger als das Existenzminimum. Das, so die Experten, macht die Schuldensanierung deutlich schwieriger.

Wie hoch ist Herrn Steiners Monatsbudget nach Abzug der Fixkosten?

² Community Statistics on Income and Living Conditions

WEBLINKS

Haushaltsbudgetrechner der AK Wien
www.arbeiterkammer.at/Haushaltsbudget/

Rechner, die sparen helfen
wien.arbeiterkammer.at/rechner.htm

»Niedrig,« sagt er. Laut der **SILC**-Erhebung², die über die Lebensbedingungen der Privathaushalte in der Europäischen Union gesammelt werden, stehen dem untersten Einkommenszehntel jährlich weniger als 10.635 Euro zur Verfügung. Das sind rund 800.000 Personen (zehn Prozent der Bevölkerung), die mit nur vier Prozent des gesamten Einkommens auskommen müssen. (Die oberen zehn Prozent haben 22 Prozent des gesamten **Äquivalenzeinkommens** zur Verfügung.)

... und manchmal schämt er sich

Herr Steiner schämt sich, die Sozialhilfe abzuholen. Manchmal, so sagt er, geht er jetzt zum Sozialbus, der seit einigen Monaten die Gegend bereist. Aber nur wenn er dort Halt macht, wo ihn keiner der Nachbarn sieht.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Krank durch die Krise

Sparpläne sind heute fast allgegenwärtig: Der Staat setzt den Rotstift an, genauso wie Sozialversicherungsträger, internationale Konzerne oder Kleinunternehmen.

Autorin: Astrid Fadler

Freie Journalistin

Vermutungen über mögliche gesundheitliche Nebenwirkungen der Krise gibt es viele, konkrete Fakten allerdings (noch) kaum, doch erste Zahlen werden schon genannt. So fielen die Gehaltszuwächse 2009 deutlich geringer aus als erwartet. Das führte unter anderem dazu, dass die Einnahmen der Pensions-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung rund 170 Millionen Euro niedriger waren als kalkuliert. Für 2010 rechnet man mit Einbußen von 485 Millionen. Neben krisenbedingten Sparmaßnahmen und Kürzungen steht den ÖsterreicherInnen in den nächsten Jahren außerdem noch die von der EU geforderte Budgetkonsolidierung ins Haus. Sparbedarf laut aktuellem Bericht des Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO): zehn Mrd. Euro für die kommenden drei Jahre.

Unterschiedliche Stressursachen

Im Frühjahr 2008, kurz vor Ausbruch der Krise, gaben 35 Prozent der ArbeitnehmerInnen an, durch Zeitdruck »ziemlich« oder »sehr belastet« zu sein (AK-Arbeitsklimaindex). Im Verlauf der Krise ist der Wert bis November 2009 auf 28 Prozent gesunken, bei den ArbeiterInnen sogar von 40 auf 30 Prozent. Eine naheliegende Erklärung für diese Entwicklung ist, dass leere Auftragsbücher den Zeitdruck reduziert haben. Das ist aber nur eine Seite der Medaille. Auf der anderen

Seite steht die Angst um den Arbeitsplatz. »Die Wirtschaftskrise löst Angst aus«, so Alexander Heider, AK-Experte für Sicherheit und Gesundheit, »selbst wenn es manche vielleicht nicht zugeben. Dieser Stress kann krank machen, auch das Risiko von Suchterkrankungen ist erhöht.« Werden die Arbeitsplätze knapp, dann sind Konflikte nicht mehr weit. So verzeichnete das Zentrum für Mobbingberatung und Konfliktlösung am Arbeitsplatz im vergangenen Jahr einen deutlichen Anstieg des Beratungsbedarfs.

Ähnlich diffizil ist die Situation punkto Krankenstände: Laut Arbeitsgesundheitsmonitor der AK-OÖ kamen 58 Prozent der ArbeitnehmerInnen manchmal krank zur Arbeit, weil sie ihre KollegInnen nicht im Stich lassen wollten. Dieser Druck fällt angesichts geringeren Arbeitsanfalls teilweise weg – sofern die schlechte Auftragslage nicht durch Personalkürzungen ausgeglichen wurde. Viele gönnen sich aber trotzdem nicht genug Erholung, weil sie Angst haben, durch längere Krankenstände negativ aufzufallen. Statistiken über die Entwicklung der Krankenstandstage für 2009 gibt es derzeit noch nicht.

Univ.-Doz. Prim. Dr. Werner Schöny, ärztlicher Direktor der Nervenklinik Linz und Vorstandsvorsitzender von pro mente Oberösterreich: »Der Arbeitsplatzverlust löst heute stärkere existenzielle Ängste aus als noch vor zwei bis drei Jahren. So kommen immer mehr Menschen mit Angst und Hoffnungslosigkeit in das Kriseninterventionszentrum Linz. Einige sind bereits arbeitslos, andere erfüllen aus Angst die Arbeit von ursprünglich zwei Personen. Belastende Arbeitssituationen werden heute eher resigniert in Kauf ge-

nommen und Konflikte nicht mehr ausgetragen, aus Angst, sonst »auf die Abschussliste« zu kommen.« Wobei der Anstieg psychischer Erkrankungen schon längere Zeit zu verzeichnen ist. Die dadurch verursachten Krankenstandstage sind zwischen 2003 und 2008 von 1,5 auf 2,2 Mio. gestiegen. Bei den Angestellten sind psychische Krankheiten die häufigste Pensionsursache. Diese Tendenzen müssen nicht zwangsläufig bedeuten, dass die österreichische Seele immer kränker wird. Depressionen sind auch international bereits zur Volkskrankheit geworden – vermutlich unter anderem deshalb, weil man heute über psychische Krankheiten mehr weiß als früher, und weil diese – zum Glück – nicht mehr so stigmatisiert sind.

Herausforderung: Wir werden älter

Aktuell steht das österreichische Gesundheitssystem unter anderem vor der Herausforderung, dass die Menschen und damit auch die ArbeitnehmerInnen immer älter werden. In 20 Jahren wird jeder/jede vierte ÖsterreicherIn älter als 65 sein. Das bedeutet für Unternehmen unter anderem, dass nachhaltiges betriebliches Gesundheitsmanagement immer wichtiger wird, um die Leistungsfähigkeit der MitarbeiterInnen zu erhalten. Obwohl laut einer Mercer-Studie den UnternehmerInnen durchaus bewusst ist, dass betriebliches Gesundheitsmanagement die MitarbeiterInnenzufriedenheit und damit die Produktivität erhöht, finden sich in diesem Bereich in Österreich nur punktuelle Aktivitäten wie Impfkationen oder Gratis-Obst. Zum Teil, weil sich alle Beteiligten punkto Gesundheit

Obwohl laut einer Mercer-Studie den UnternehmerInnen durchaus bewusst ist, dass betriebliches Gesundheitsmanagement die MitarbeiterInnenzufriedenheit und damit die Produktivität erhöht, finden sich in diesem Bereich in Österreich nur punktuelle Aktivitäten wie Impfkationen oder Gratis-Obst.



auf den Sozialstaat verlassen, zum Teil weil – laut Mercer-Studie – die bürokratischen Hürden, um etwa an entsprechende Förderungen zu kommen, vielen Unternehmen zu hoch sind.

Mehr als die Hälfte der ÖsterreicherInnen befürchtet, dass sich die Wirtschaftskrise negativ auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz auswirken wird – so eines der Ergebnisse einer Umfrage der Europäischen Agentur für Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (EU-OSHA) vom Juni 2009.

Nebenwirkungen

ExpertInnen sehen bereits erste Anzeichen von Einschränkungen bei den nicht gesetzlich vorgeschriebenen Gesundheitsmaßnahmen. Alexander Heider: »Aktivitäten zur betrieblichen Gesundheitsförderung werden teilweise verringert oder gestoppt. So bietet etwa der ÖGB ein zum Großteil gefördertes betriebliches Projekt zum Thema »Impulse gegen Arbeitsstress« an. Hier ist die Nachfrage geringer, manche Betriebe haben sich krisenbedingt wieder abgemeldet.«

Theoretisch weiß jede/r Erwachsene in Österreich, was einen gesunden Lebensstil ausmacht. Die Realität sieht dann allerdings leider anders aus. Eine Studie der Arbeitsmedizinischen Ambulanz der MedUni Wien mit mehr als 300 Jobsuchenden zeigte, dass nach sechs Monaten Erwerbslosigkeit der Alkoholkonsum drastisch zunimmt. Die körperliche Leistungsfähigkeit sinkt, Blutdruck, der Stress-Faktor Cortisol und Gewicht steigen unabhängig vom Alter an. Sparen, das bedeutet für viele Menschen (auch

im Rest von Europa) leider nicht, dass Kalorien gespart werden oder man vom Auto aufs Rad wechselt. Bei einer aktuellen GfK-Umfrage in neun europäischen Ländern gaben 43,5 Prozent der ÖsterreicherInnen an, dass sie Lebensmittel und Getränke so preisgünstig wie möglich einkaufen. Das muss nicht unbedingt heißen, dass sich viele nun (noch) ungesünder ernähren als bisher. Angesichts der Tatsache, dass der Anteil jener, die bei Schuhen und Kleidung (30 Prozent) oder bei Haushaltsgeräten sparen, deutlich geringer ausfiel, lässt sich jedoch eine Tendenz ablesen. Einschränkungen beim Autofahren kommen nur für 23 Prozent in Frage.

Es wäre also illusorisch zu erwarten, dass sich die Wirtschaftskrise nicht auch in irgendeiner Form negativ auf die Gesundheit von so manchem/r ÖsterreicherIn auswirken würde. Wobei die Folgen von Spar- und Sanierungsmaßnahmen keineswegs überall so schmerzhaft ausfallen müssen wie oft befürchtet. So listete das WIFO nicht nur den Konsolidierungsbedarf auf, sondern lieferte auch einige konkrete Lösungsansätze: Mit rund sechs »Akutbetten« pro 1.000 EinwohnerInnen liegen die österreichischen Krankenhäuser im europäischen Spitzenfeld – die meisten anderen EU-Länder kommen mit drei bis vier aus. Das WIFO empfiehlt daher den Abbau dieser Überversorgung und eine transparente Spitalsfinanzierung sowie die Zusammenführung von Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung. Sparpotenzial: kurzfristig 300 Mio. Euro, langfristig 2,8 Mrd. Euro. Und wie gehts den Pharmakonzernen in der Krise? Bisher sind

WEBLINK

Arbeitsgesundheitsmonitor der AK OÖ:
tinyurl.com/ycjx496

die meisten im Vergleich zu anderen Branchen verhältnismäßig glimpflich davongekommen. Doch in letzter Zeit mehren sich Meldungen, dass auch hier Jobs abgebaut werden sollen. Zum Teil dürfte der Sparwille der Pharmariesen auch eine »Vorsichtsmaßnahme« als Reaktion auf die allseits immer lauter werdende Kritik an den zu hohen Medikamentenpreisen sein.

Arbeitsplätze durch Innovation

Als positives Beispiel für Wachstum trotz Wirtschaftskrise wurde die Biotech-Firma AFFiRis Wiener Landessieger beim von Arbeiterkammer und Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) veranstalteten Wettbewerb »Arbeitsplätze durch Innovation«.

Das 2003 gegründete Unternehmen konnte im Krisenjahr 2009 die Zahl der Arbeitsplätze (derzeit 60 MitarbeiterInnen) verdoppeln.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Demoralisierung

Vor zehn Jahren ließ Finanzminister Grasser »einen guten Tag mit einem sanierten Budget beginnen«. Eine Top-Journalistin erinnert sich an die Wende.

Autorin:

Dr. Katharina Krawagna-Pfeifer

Journalistin, Juristin, Mediatorin

Der Blick auf die Ereignisse, die sich vor vielen Jahren abgespielt haben, ist oft mit Unschärfen sowie Verklärungen verbunden und trägt meist wenig zum tiefen Verstehen des Geschehenen bei. Der Blick zurück ist folglich ein wenig lohnender – außer es handelt sich um Ereignisse, die, wie in unserem Fall, den Kodex einer politischen Ordnung in Frage gestellt haben und deren Nachhall noch immer spürbar ist. Diese Vorgänge sind das Werk von zwei Männern, die ihren persönlichen politischen Ehrgeiz über die Interessen eines Landes und seiner Menschen gestellt haben: Wolfgang Schüssel und Jörg Haider haben sich Österreich zu Willen gemacht – ohne Rücksicht darauf, welche Werte, Haltungen und Interessen verletzt wurden.

Von langer Hand vorbereitet

Der 4. Februar 2000, Tag der Angelobung des Kabinetts Wolfgang Schüssel I, hat eine lange Vorgeschichte. Schwarz-Blau war von langer Hand vorbereitet. Auch die Inhalte, die die Rechtsaußen-Regierung in den Jahren bis 2006/07 umsetzen sollte, waren strategisch vorbereitet. Zerschlagung der Sozialpartnerschaft und Privatisierungsexzesse waren gewollt.

1999 waren zwischen ÖVP und FPÖ die Grundlagen der künftigen Zusammenarbeit längst besprochen. Indiz dafür ist

eine Sitzung des freiheitlichen Bundesparteipräsidiums im Sommer 1999. Damals analysierte Parteichef Jörg Haider die politische Lage und kam zum Schluss, dass die FPÖ in jedem Fall nach der kommenden Nationalratswahl in der Regierung vertreten sein werde. Dass die Weichen in Richtung Schwarz-Blau gestellt waren, hatte sich im Sommer 1999 auch unter den Funktionären der ÖVP herumgesprochen.

Die große Pokershow

So sollte es auch kommen und alle »Offenlegungen« sowie Beteuerung von Wolfgang Schüssel, Andreas Khol und anderen in der ÖVP, die Geschehnisse um die Jahreswende 1999/2000 hätten sich einfach »entwickelt« sind grober geschichtskittender Unfug. Das Versprechen von Schüssel, die ÖVP werde im Fall, dass sie bei den Nationalratswahlen nur auf dem dritten Platz lande in Opposition gehen, war nur zur Wählermaximierung gedacht. Es reichte dennoch nicht für die ÖVP, Platz zwei bei den Wahlen am 3. Oktober 1999 zu erobern. An diesem Abend begann für den Gambler Schüssel die große Pokershow.

Wochenlang verweigerte er sich konstruktiven Gesprächen, um eine Regierungsbildung möglich zu machen mit dem Hinweis auf seine Aussagen im Wahlkampf. Wohl wissend, dass er sein angeschlagenes Gegenüber, Bundeskanzler Viktor Klima (SPÖ) in eine ausweglose Situation trieb. Erst als Frust und Druck in der Öffentlichkeit über die Verweigerungshaltung der ÖVP so groß wurden, dass neuerliche Wahlen im Raum standen, gab Schüssel nach und bequemt sich zu sogenannten Sondierungsgesprächen mit der

BUCHTIPP

Martin Strauß /
Karl-Heinz Ströhle (Hg.):

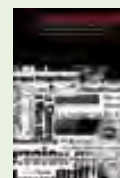
Sanktionen

10 Jahre danach: Die Maßnahmen der Länder der Europäischen Union gegen die österr. Regierung im Jahr 2000.

StudienVerlag, Innsbruck 2010.
ISBN 978-3-7065-4823-6

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at



SPÖ. Im Zuge dieser Gespräche schraubte er die Forderungen an die SPÖ immer höher, bis sie schließlich scheiterten. In Rekordzeit wurde das schwarz-blaue Regierungsprogramm »ausverhandelt«. Ende Jänner präsentierten Schüssel und Haider ihr Regierungsprogramm, das noch von den Parteigremien abgesegnet werden musste. Spätestens zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die Wende einen neuen autoritären Ton im Land bringen würde.

Dieser wurde erstmals in jenen Nachtstunden manifest, als der ÖVP-Bundesparteivorstand zusammentrat, um das Koalitionspapier mit der FPÖ abzusegnen. Es war wenige Tage vor dem 4. Februar 2000. Der schwarze Parteivorstand war in den Klubräumen der ÖVP im Parlament zusammengekommen, um das Programm zu diskutieren und für 22 Uhr wurde eine Pressekonferenz einberufen. Die Diskussionen im ÖVP-Vorstand zogen sich bis nach Mitternacht in die Länge, und die

Ich machte diese heftige Kritik des ÖGB im Pressefoyer nach dem Ministerrat zum Thema und wollte von Kanzler wissen, wie er sie entkräften könne. Daraufhin warnte mich Schüssel, indem er meinte, ich sei die Innenpolitikchefin einer nicht unwichtigen österreichischen Tageszeitung und ich solle nicht die Kampfpapieren des Gewerkschaftsbundes übernehmen.



Pressekonferenz konnte erst gegen 0.30 Uhr beginnen. Schüssel und seine engsten Vertrauten traten vor die nur noch spärlich anwesende Journalistengruppe und der damalige Außenminister verkündete stolz, dass der Parteivorstand mit nur einer Stimmenthaltung das schwarz-blaue Paket angenommen habe.

Rauschen im Blätterwald

Die nationale und internationale Empörung über die Vorgangsweise von Schüssel, Haider und Co. war bereits groß. Untertags hatten zwei vorab bekanntgewordene Interviews für große Aufregung gesorgt. Zum einen hatte Jörg Haider in einem Interview mit der Hamburger Wochenzeitung »Die Zeit« heftige Attacken gegen die Staats- und Regierungschefs der EU geritten, vom Ende der Vergangenheitsbewältigung und mehr gefaselt. Der ORF meldete ununterbrochen und in den internationalen Presseagenturen jagte eine Eil-Meldung die andere. Wohl kaum ein Vorgang, der dem österreichischen Außenministerium und seinem Chef Schüssel verborgen bleiben konnte. Fast zeitgleich veröffentlichte die Austria Presse Agentur ein Interview von Bundespräsident Thomas Klestil mit dem News-Redakteur Alfred Worm. Klestil übte darin heftige Kritik an Schüssel und warf ihm einen Zick-Zack-Kurs bei den Sondierungsgesprächen vor, was nichts anderes heißt, als dass Schüssel den Präsidenten getäuscht hatte.

Das alles war Schüssel naturgemäß bekannt, als er zur Geisterstunde die JournalistInnen über das Ergebnis der ÖVP-Vorstandssitzung informierte. Diese wussten

es ebenso und wollten von Schüssel wissen, wie er die Vorgänge einschätze. Der Mann, der sich bereit machte ins Kanzleramt einzuziehen, war aber in jenen Nachtstunden nicht gewillt, der demokratischen Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen. Als eine Journalistin hartnäckig blieb und versuchte, den Außenminister auf die internationalen Auswirkungen anzusprechen, wurde er unwirsch und meinte, die Kollegin habe ohnedies schon eine Frage gestellt und beendete die Pressekonferenz unvermittelt. Die wenig verbliebenen JournalistInnen erfuhren zum ersten Mal, was die kommenden Jahre bringen sollten: Schweigen, Ignorieren, Untertauchen gegenüber kritischen Fragen der Öffentlichkeit, und wenn dies alles nichts nützte Einschüchterung und ökonomischer Druck auf die Verlage, die JournalistInnen beschäftigten, die »nicht mehr ins neue Regime passten.« Der neue autoritäre Ton im Land wurde in den turbulenten Tagen besonders deutlich: Gerhard Marschall, damals Redakteur der Oberösterreichischen Nachrichten wurde von seinem Arbeitgeber Rudolf Cuturi mit den Worten gekündigt, er Marschall, passe nicht mehr ins neue Regime, weil er es gewagt hatte die neue Konstellation zu kritisieren.

Ein neuer Ton im Land

Der neue autoritäre Ton im Land sollte sich in den kommenden Wochen weiter verschärfen. Beim ersten inhaltlichen Ministerrat begann Schüssel, offen Druck auf kritische JournalistInnen auszuüben. In diesen Tagen ging es um die Beurteilung des Regierungsprogramms u. a. durch den Österreichischen Gewerk-

schaftsbund (ÖGB). Dieser hatte in Analysen des Programms heftig kritisiert, dass es ein Umverteilungsprogramm zulasten der ArbeitnehmerInnen sei.

Ich machte diese heftige Kritik des ÖGB im Pressefoyer nach dem Ministerrat zum Thema und wollte vom Kanzler wissen, wie er sie entkräften könne. Daraufhin warnte mich Schüssel, indem er meinte, ich sei die Innenpolitikchefin einer nicht unwichtigen österreichischen Tageszeitung, und ich solle nicht die Kampfpapieren des Gewerkschaftsbundes übernehmen. Eine unverhohlene Drohung gegenüber einer Journalistin, deren Aufgabe es schließlich ist, den Regierenden kritische Fragen zu stellen. Nicht nur in meinem Fall, auch im ORF und gegenüber anderen kritischen Journalisten wurde massiver Druck ausgeübt, der dazu führte, dass sie ihrer Funktionen enthoben wurden, wenn sie sich nicht dem neuen Regime anpassten. Die in den folgenden Jahren manifest gewordene Demoralisierung der österreichischen Öffentlichkeit hat damals ihren Anfang genommen. Sie war und ist die Grundlage für viele Fehlentwicklungen in Österreich, die heute in ihrer gesamten Tragweite sichtbar werden (Stichwort System K. H. Grasser) und massiv nachwirken.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
katharina@krawagna.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Politische Bildung – wozu?

Ein grundlegendes Verständnis von Politik und Parteien ist demokratiepolitisch notwendig und eine Chance für die ArbeitnehmerInnenvertretung.

Autor: Mag. Dr. Günther Sandner

*Politikwissenschaftler an der Universität Wien,
seit vielen Jahren in der politischen Bildung von
AK und ÖGB aktiv*

Ein Rückblick auf die relativ kurze Geschichte der politischen Bildung zeigt, dass diese meist ein wenig geliebtes Kind im Erziehungssystem gewesen ist. Gerade im Schulbereich hatten Eltern und Lehrende oft wenig Freude mit der vermuteten »Politisierung« scheinbar »unpolitischer« Sachverhalte. Spätestens in den 1980er-Jahren kam noch ein weiterer Kritikpunkt hinzu: Im Rahmen einer weitreichenden Ökonomisierung fast aller gesellschaftlichen Bereiche wurde mit Blick auf den Arbeitsmarkt immer wieder die Frage gestellt, was es denn eigentlich »nützen« würde, sich mit allgemein politischen Fragestellungen zu befassen – und ob Zeit und Geld nicht besser in andere Ausbildungsziele investiert werden sollten.

Bildung gegen Rechtspopulismus

Um solchen relativ weit verbreiteten Kritikpunkten zu begegnen, sollten zuerst einmal grundsätzliche Fragen beantwortet werden: Was genau ist eigentlich politische Bildung, und wo liegen ihre Potenziale – nicht nur im Schulunterricht, sondern auch in der Bildungsarbeit von Gewerkschaften? Gerade vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte (man denke etwa das europä-

weite Aufkommen eines radikalen Rechtspopulismus) zeigt sich, dass politische Bildung nicht nur demokratiepolitisch notwendig ist und daher auch von den öffentlichen Bildungseinrichtungen betrieben werden muss. Sie kann – darüber hinaus – gerade auch für eine gewerkschaftliche Interessenvertretung zu einem Moment der Stärke werden.

Im Schulunterricht ...

In Österreich wurden Debatten um politische Bildung und deren notwendige Reformen am häufigsten und intensivsten für den Bereich der Schulen geführt. Immerhin ist der »Grundsatzerglass«, der politische Bildung als eines von zahlreichen »Unterrichtsprinzipien« definierte, schon über 30 Jahre alt. Es war vor allem die etwas abrupt erfolgte Wahlaltersenkung im Jahr 2007 (in Österreich als bisher einzigem Staat in der Europäischen Union verfügen bereits 16-Jährige über das aktive Wahlrecht), die einige Fragen zur politischen Bildung aufwarf: Kennen Jugendliche in diesem Alter die grundlegenden Elemente unseres politischen Systems und wissen sie, wie sich die politischen Parteien voneinander unterscheiden? Werden sie vor allem im Schulunterricht ausreichend darauf vorbereitet? Allzu rosig dürften die Antworten nicht ausgefallen sein. Einige Aktivitäten seitens der Regierung wurden daher rasch gesetzt. So wurde z. B. das Unterrichtsfach »Geschichte und politische Bildung« bereits in der 8. Schulstufe angeboten, um die Kinder früher als bisher damit zu erreichen. Doch trotz einer ausgerufenen »Demokratie-Initiative« inkl.

BUCHTIPP

Martin Allespach/Hilbert Meyer/
Lothar Wentzel

Politische Erwachsenenbildung

Ein subjektwissenschaftlicher Zugang
am Beispiel der
Gewerkschaften.



Marburg: Schüren 2009,
224 Seiten, € 20,50
ISBN 978-3-8947-2223-4

Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

diverser Internetplattformen scheint sich der pädagogische Elan in überschaubaren Grenzen gehalten zu haben. Vor allem aber wurden grundlegende Probleme einfach nicht gelöst, wie etwa jenes der Ausbildung der Lehrenden: Es gibt schlichtweg kein Lehramtsstudium für politische Bildung, das notwendigerweise mit der Einführung eines entsprechenden Unterrichtsfaches verbunden wäre. Diese langjährige Forderung vieler Experten scheiterte bislang an recht unterschiedlichen Interessenlagen – auch in der Lehrerschaft ist die Stimmung dazu geteilt.

... und in Erwachsenenbildung

Was die Schule versäumt, kann die Erwachsenenbildung nicht einfach nachholen. Das gilt auch für die politische Bildung. Dennoch sollte man sich die Frage

stellen, was die Debatte der vorigen Jahre für die gewerkschaftliche Bildung bedeuten könnte. Dafür müssen zuerst einmal die Unterschiede festgehalten werden.

Da ist zum einen der unterschiedliche Adressatenkreis: Gewerkschaftliche Veranstaltungen erreichen auch Menschen mit geringer formaler Bildung, die anderswo kaum mit politischer Bildung in Berührung kommen. Zum anderen aber auch die Zielrichtung: Gewerkschaften setzen politische Bildung gezielt als Instrument zur Verbesserung der Interessenvertretung von Beschäftigten ein. Das hat bedeutende Konsequenzen für die politische Bildungsarbeit, die sich neben der Allgemeinorientierung (Förderung demokratischen und toleranten Verhaltens etc.) auch durch eine spezifische Zweckgerichtetheit (in diesem Fall: Interessenvertretung) auszeichnet. Das muss kein Widerspruch sein: Denn politische Bildung, die auch als »Demokratieerziehung« begriffen werden kann, orientiert sich allgemein an gesellschaftlicher Demokratisierung. Damit ist nicht nur eine Vermittlung politischen Wissens gemeint, sondern etwa auch eine Intensivierung von politischen Diskussionen oder Partizipationsmöglichkeiten. Sie kann aber auch zweckgerichtet und im Einklang damit als Mittel zur Durchsetzung von demokratischen Interessen begriffen werden.

Denn politisch gebildete ArbeitnehmerInnen verfügen über höhere (fachliche, soziale, rhetorische etc.) Kompetenzen, um ihre Interessen erfolgreich zu vertreten.

Politische Kompetenzen

In den vergangenen Jahren gab es einige neue Akzente in der Debatte um politische Bildung in den Schulen, wozu vor allem die Kompetenzorientierung zählt. Neben der Sachkompetenz werden dabei vor allem die Methoden-, Handlungs- und Urteilskompetenz als zentrale Begriffe ins Treffen geführt. Wie bei allen wissenschaftlichen oder pädagogischen Konjunkturen, birgt auch diese Neuorientierung gewisse Gefahren in sich. So könnte etwa die häufig damit verbundene Nachordnung der politischen Wissensvermittlung auch problematische Defizite zur Folge haben, denn ein gewisses

Grundwissen (etwa über das politische System oder gegensätzliche politische Ideologien) ist nach wie vor unverzichtbar. Zweifellos ist aber im Einklang damit beispielsweise eine Erweiterung und Unterstützung der politischen Handlungskompetenz oder eine Stärkung der selbstständigen politischen Urteilsfähigkeit von grundlegender Bedeutung. Denn es kann nicht nur darum gehen, reproduzierbares Wissen zu vermitteln. Wichtig ist vor allem auch die Anwendung in der täglichen Praxis. Der gerade auch im gewerkschaftlichen Bereich wichtige Ansatz, mit politischer Bildung eben nicht abstrakt zu agieren, sondern bei individueller und gemeinschaftlicher Betroffenheit anzusetzen, lässt sich mit dieser Kompetenzorientierung gut verbinden. Es ist aber ein etwas spezifischerer Zugang zur Kompetenzfrage notwendig.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit

Auf **Oskar Negt** geht eine Reflexion über sechs wesentliche Kompetenzen in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zurück, die in diesem Zusammenhang hilfreich ist.

Der bekannte Sozialphilosoph nennt erstens eine Identitätskompetenz, die er als Fähigkeit zur Herstellung von »Bindungsfähigkeit« definiert, mit der der Verlust traditioneller Identitäten (z. B. sich als Teil der Arbeiterklasse zu fühlen) ausglich werden sollte. Gerade dieser Identitätsverlust stellt heute ein Problem dar, dem mit den Mitteln der politischen Bildung entgegengewirkt werden könnte.

Zweitens nennt er die ökologische Kompetenz als notwendige Entwicklung einer Ethik der Natur und als Ausbildung eines ökologischen Problembewusstseins (man denke etwa an den Klimawandel).

Es folgt drittens die technologische Kompetenz als die Fähigkeit, Informationen beschaffen und verarbeiten zu können (z. B. über das Internet). Gemeint ist aber auch das Begreifen von Technik als gesellschaftliches Projekt, das von demokratischer Zustimmung abhängt und nicht einfach verordnet werden kann.

Viertens führt Negt die ökonomische Kompetenz an, die nicht nur die Fähigkeit beschreibt, wirtschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und zu begreifen, sondern auch ein Entschlüsseln jener be-

WEBLINK

Homepage des Autors:
homepage.univie.ac.at/guenther.sandner

triebswirtschaftlichen Ideologie ermöglicht, die längst zum neoliberalen Mainstream geworden ist und einer Ökonomisierung der Gesellschaft unablässig Vorschub leistet. Dem folgt die Gerechtigkeitskompetenz, die z. B. zur Wahrnehmungsfähigkeit von Gleichheit und Ungleichheit, von Recht und Unrecht, befähigt, sowie abschließend die Geschichts- und Utopiekompetenz, mit der einerseits Erinnerungsfähigkeit (Geschichte der Gewerkschaftsbewegung etc.), aber auch die Fähigkeit gemeint ist, den Blick für künftige, »bessere« Gestaltungsmöglichkeiten der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht zu verlieren. Ganz in diesem Sinne hatte der österreichische Wissenschaftler und Arbeiterbildner **Otto Neurath** (1882–1945) übrigens die **Utopisten** einmal als »Historiker der Zukunft« bezeichnet.

Paradoxe Befund

Diese Kompetenzen mit konkretem Leben zu erfüllen, ist nicht nur ein wichtiger Impuls für gewerkschaftliche Bildungsarbeit, sondern vor allem auch für gewerkschaftliche Interessenvertretung. Für die politische Bildung ergibt sich damit ein etwas paradoxer Befund: Sie ist einerseits in der Krise, was sich in einer Verknappung der Bildungsangebote und einer Unterfinanzierung vieler Trägerorganisationen bemerkbar macht. Sie gewinnt aber andererseits – gerade auch wegen der wachsenden Komplexität politischer Prozesse – immer mehr an Bedeutung. Die gewerkschaftliche Bildung sollte das nicht übersehen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
guenther.sandner@univie.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Schulische Schieflagen

Was sozialer Zusammenhalt und Werte mit Bildung zu tun haben, und wie Reformen im Bildungssystem uns allen nützen könnten.

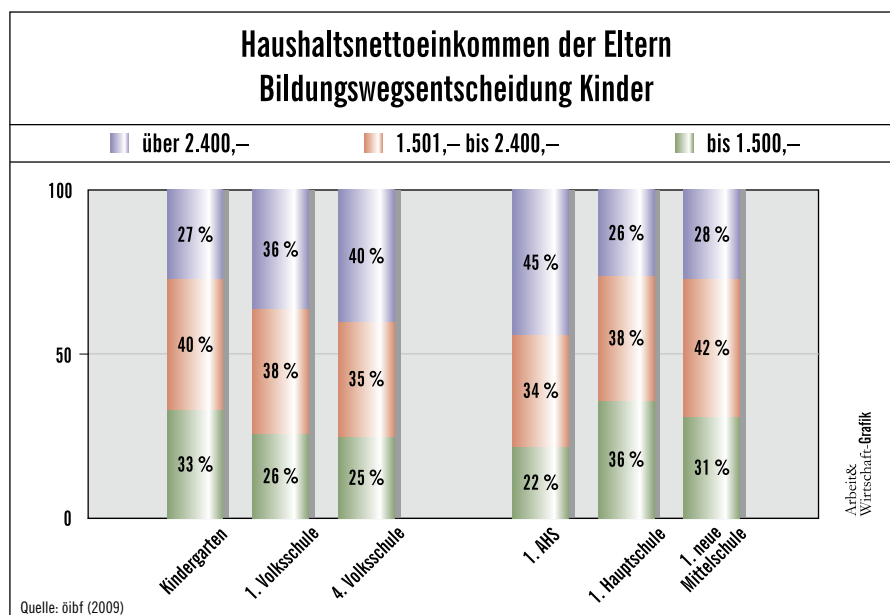
Autorin: Mag. Petra Völckerer

Bildungsökonomin der AK Wien

Vor einigen Monaten ging ein Gespenst um in Europa, das auch Österreich erfasst: Die »Unzufriedenheit mit der Demokratie« – auch nachgewiesen in der im Juni 2009 veröffentlichten Studie: »Die ÖsterreicherInnen, Wertewandel 1990–2008«. Die Erkenntnisse aus dieser Wertestudie geben Anlass zur Sorge: »Ein Fünftel der ÖsterreicherInnen wünscht sich einen starken Führer, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss.« Die größte Gruppe unter den ÖsterreicherInnen macht die der sogenannten »ich-bezogenen Autoritären« aus, die sich selbst als »besonders autoritär, ausländergeföndlich, individualistisch und ganz auf ihre Kleinfamilie bezogen« beschreiben. Kein Wunder, dass die gesellschaftliche Solidarität leidet: Lediglich ein Drittel der ÖsterreicherInnen sorgt sich um seine Mitmenschen oder die Gesellschaft als solches.

Demokratiepolitisch bedenklich

Demokratiepolitisch sind beide Befunde h6chst bedenklich. Eine dauerhaft funktionierende Demokratie braucht nicht nur Menschen, die sich mit dieser Staatsform identifizieren, sondern auch mit der Gesellschaft, in der sie leben. Demokratie ohne sozialen Zusammenhalt ist kaum aufrecht zu erhalten. Bildung gilt als eine der Grundvoraussetzungen zur Ausübung demokratischer Rechte und Pflichten. Sie



stellt den BürgerInnen das Werkzeug zur aktiven gesellschaftlichen und sozialen Teilhabe zur Verfügung. Inwieweit sind jedoch die demokratischen Grundvoraussetzungen der Gleichheit und Solidarität innerhalb des österreichischen Schulsystems selbst verwirklicht? Egalitäre Bildungskonzeptionen achten darauf, dass Ungleiches nicht gleich behandelt wird, sondern gleichwertig, um so von einer »Ausgangsgerechtigkeit« zu einer »Ergebnisgerechtigkeit« im Bildungswesen zu gelangen. Bildung ist innerhalb der österreichischen Bevölkerung ungleich verteilt: 64 Prozent verfügen nur über einen Pflichtschulabschluss, 29 Prozent erreichen die Matura und nur sieben Prozent einen Hochschulabschluss, woraus sich die niedrigste AkademikerInnenquote im europäischen Vergleich ergibt. Mit diesem Resultat weist das Bildungssystem Öster-

reichs die beinahe elitärsten – Ungleichheit verfestigenden – Strukturen auf, umgeben von Portugal, Polen und Ungarn. Auf der anderen Seite des Spektrums befinden sich Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland und Belgien.

Die sehr frühe Trennung in unterschiedliche Schulsysteme sortiert Kinder nach ihrem finanziellen und sozialen Hintergrund, nicht nach ihren Talenten und Potenzialen. Mehr als zwei Drittel der österreichischen Bevölkerung ist der Weg zu höherer Bildung versperrt bzw. wesentlich erschwert (siehe Grafik).

Bildung stärkt Demokratie

Dies ist im Hinblick auf die Verwirklichung der demokratischen Grundvorstellungen von Gleichheit und Solidarität als bedenklich zu interpretieren. Zudem ist

Die größte Gruppe unter den ÖsterreicherInnen macht die der sogenannten »ichbezogenen Autoritären« aus, die sich selbst als »besonders autoritär, ausländerfeindlich, individualistisch und ganz auf ihre Kleinfamilie bezogen« beschreiben.

eine relativ niedrige AkademikerInnenquote ein Indiz, dass nur den Eliten eines Landes der Zugang zu höchster Bildung offen steht.

Bildungsforschung zeigt den Zusammenhang zwischen Bildung und Demokratie auf: Ein höheres Niveau an Bildung lehrt Menschen, mit anderen auf friedliche Weise zu interagieren. Bildung erhöht die gesellschaftliche Teilhabe, bspw. in Form von ehrenamtlichen Engagement sowie einer hohen Wahlbeteiligung. Diese positiven Auswirkungen von Bildung wiederum stärken Demokratien.

Arm an Einkommen?

Es gibt einen eindeutigen Zusammenhang von Armut und Bildung. 22 Prozent der PflichtschulabsolventInnen sind in Österreich von Armut bedroht, hingegen trifft dies nur auf acht Prozent der Personen mit Lehrabschluss zu, der österreichische Durchschnitt liegt bei 13 Prozent.

Das Einkommen bildet eine wichtige Grundlage zur Investition in die Bildung der Kinder. Hierzulande verdienen jene 20 Prozent der Bevölkerung mit den höchsten Einkommen 3,7-mal so viel wie die untersten 20 Prozent. Damit liegt Österreich nur knapp über dem Spitzenreiter Finnland mit dem 3,5-fachen. Österreich nimmt somit eine, hinsichtlich seiner elitären Bildungsstrukturen, untypische Position ein, welche auf das umfassende System sozialer Transferleistungen rückführbar ist. Dieses ist darauf ausgerichtet, soziale Härtefälle durch Geldleistungen abzumildern, wie etwa durch die Arbeitslosenunterstützung oder die Sozialhilfe. Allerdings ist die bedeutende Rolle der

Bildung als vorbeugende Form der Sozialpolitik, welche so manche sozialen Missstände erst gar nicht entstehen lassen würde, in Österreich nicht etabliert.

Vorschulische Kinderbetreuung kann Ungleichheiten in der Entwicklung zum frühestmöglichen Zeitpunkt vermeiden. In Österreich besteht vor allem Aufholbedarf bei der frühkindlichen Betreuung, nur vier Prozent der bis zweijährigen Kinder besuchen eine entsprechende Einrichtung. Hingegen liegen in Dänemark, den Niederlanden und Schweden die Kinderbetreuungsquoten bei 73 Prozent, 45 Prozent bzw. 44 Prozent. Ein ausreichendes Angebot an Kinderbetreuung erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, trägt zur Förderung der Frauenerwerbstätigkeit bei und stärkt somit die Geschlechtergerechtigkeit.

Ein hohes Bildungsniveau ermöglicht Menschen, ihre demokratischen Rechte und Pflichten auszuüben und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Es stärkt überdies das Gefühl des Mit- und Füreinander. In Dänemark sind 60 Prozent der BürgerInnen mit der Art und Weise wie Demokratie in ihrem Land funktioniert eher zufrieden. In Finnland wiederum sind 34 Prozent der Bevölkerung in gemeinwohlorientierten Vereinen engagiert. Beide Länder haben ein ausgeglichenes Bildungssystem. Obwohl Österreich beim bürgerschaftlichen Engagement glücklicherweise (noch) nicht bei den Schlusslichtern zu finden ist – 27 Prozent betätigen sich aktiv – verweist die eingangs erwähnte Wertestudie auf Demokratie- und Politikverdrossenheit: Lediglich 14 Prozent haben Vertrauen in politische Parteien, 16 Prozent in die Re-

gierung. Stattdessen macht sich eine starke Neigung zum Autoritarismus breit, der sich auch an der Einstellung zur hauptsächlichen Aufgabe der Schule zeigt: 40 Prozent meinen: »Das Wichtigste, was Kinder lernen müssen, ist Gehorsam.«

Resümee

Bildung leistet einen bedeutsamen Beitrag für die Demokratie selbst, für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft und für das Vertrauen in ihre Institutionen, zu denen auch die Schule selbst zählt! Zur Erfüllung dieser demokratiepolitisch stabilisierenden Funktionen ist es unerlässlich, dass jeder und jede die Möglichkeit erhält, in gleichem Maße vom Bildungssystem zu profitieren. Österreich ist davon nach wie vor weit entfernt: Es hat verabsäumt, sein Bildungssystem zu demokratisieren. Wie der Bildungsforscher Christoph Ehmann analog für Deutschland trefflich formulierte: »Alle anderen Staaten haben als eine der ersten Maßnahmen ihr Bildungswesen entfeudalisiert, es für alle Schichten geöffnet, jedem die gleichen Chancen eingeräumt. Sie wussten, warum sie dies taten. Denn man kann nicht DemokratInnen in einem **feudalistischen** Bildungssystem ausbilden.«

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
petra.voelkerer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Es ist nicht alles fair ...

Grundsätzlich ist fairer Handel gut und wichtig. Manchmal jedoch liegt der faire Handel in unfairen Händen – in denen von Billig-Discountern.

Autorin: Mag. Ruth Bauer

Freie Journalistin

Wer kennt sie nicht, die Bananen, die mit dem Fairtrade-Siegel immer häufiger in der Supermarktkette verkauft werden. Auch Kaffee und Schokolade stechen ins Auge, und bewusst und nachhaltig denkende KonsumentInnen kaufen gern – nicht zuletzt aus einem schlechtem Gewissen gegenüber dem Rest der Welt heraus – die angebotenen, oft attraktiv verpackten, wenn auch deutlich teureren Produkte.

»Trade not Aid«

Der Gedanke des fairen Handels entwickelte sich in den 60er-Jahren. Die Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Hilfsleistungen aus den Ländern des Nordens sollte endlich beendet werden, Hilfe zur Selbsthilfe – »Handel statt Hilfe« war der neue Slogan.

Den kontrollierten Handel, bei dem den ProduzentInnen ein höherer – angemessenerer – Preis gezahlt wird, bezeichnet man als fairen Handel (Fair Trade). Das Einkommen von ProduzentInnen und ArbeiterInnen soll nicht nur höher, sondern auch verlässlicher sein und dadurch die Armut reduzieren. Diese Handelsbewegung konzentriert sich auf Produkte, die aus den Ländern des Südens in den Norden exportiert werden. Meist umfasst fairer Handel Produkte aus Landwirtschaft und traditionellem Handwerk.

In jüngerer Vergangenheit versucht man allerdings Fair Trade auch auf Bekleidung (Clean Clothes), Öl, Computer und Diamanten auszuweiten. Man denkt derzeit auch darüber nach, »faire Preise« für europäische Milchbauern und -bäuerinnen zu garantieren. Die Preise werden im Dialog mit den ProduzentInnen festgelegt, sind also nicht am Weltmarktpreis ausgerichtet und liegen häufig deutlich über dem Preis des freien Marktes. Biologisch müssen die Produkte in der Regel nicht produziert werden, bestimmte Pestizide sind allerdings verboten und mehr und mehr geht »Bio« mit Fair Trade Hand in Hand. Soweit die Kriterien der internationalen Dachorganisation des fairen Handels (**FINE**).

Fairer Handel versteht sich als HandelspartnerInnenschaft, die auf Dialog, Transparenz und Respekt beruht und nach mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel strebt. Soziale Rechte für benachteiligte ProduzentInnen und ArbeiterInnen sollen gesichert werden – d. h. gerechte Arbeitsbedingungen und Gewerkschaftsfreiheit. Sklaverei und Kinderarbeit sind verboten. Was daran zu bedenken ist: Gewerkschaftsfreiheit und gute Arbeitsbedingungen sind wichtige und löbliche Grundsätze, die eingehalten werden müssen. Bleibt die Frage, ob die euro-amerikanischen Discounter, die vermehrt Fair-Trade-Produkte anbieten, auch Arbeitsbedingungen bieten, die diesen »fairen Kriterien« immer entsprechen. Bedenkt man die Praktiken mancher dieser Ketten – gerade was die Gründung von Betriebsräten etc. anbelangt – kommt man ins Zweifeln. Offenbar kümmert Fair Trade der Kaffee nur, so lange er noch

nicht im Sackerl abgefüllt wurde. Natürlich ist es wichtig, dass viele Fair-Trade-Produkte verkauft werden. Ursprünglich wurden fair gehandelte Produkte nur in sogenannten Weltläden angeboten, in denen meist eine fix angestellte Halbtagskraft ca. sechs bis 20 ehrenamtliche MitarbeiterInnen koordiniert. Allerdings werden diese Läden nur von einer bestimmten Schicht – meist weiblich, gebildet, zwischen 30 und 50 – frequentiert. Möchte fairer Handel mehr KonsumentInnen ansprechen, dann bleibt wohl keine Wahl, als der Gang in die Billig-Discounters – wenn es auch noch so unmoralisch anmutet. Fair Trade muss sich früher oder später darüber klar werden, ob sich die Organisation breiter am Markt etablieren möchte, oder ob faire Handels-güter zwar Nischenprodukte bleiben, jedoch konsequent und bis auf den Tisch der VerbraucherInnen fair gehandelt werden. Tatsache ist und bleibt, dass heute ungefähr 50 Prozent der Produkte mit dem Fair-Trade-Siegel in den Discountern gehandelt werden. (Nur zehn Prozent in Weltläden, etwa 25 Prozent in Bio- und Alternativläden und der Rest in der Gastronomie.)

Trotz Erfolgen in der Krise?

NGOs und JournalistInnen kritisieren die Deals, die Transfair (Deutschland) und Fairtrade (Österreich) mit LIDL, Air Berlin oder sogar Nestlé geschlossen haben. Doch auch in den Ländern des Südens, wie zum Beispiel in Mexiko, sind Bauern und Bäuerinnen über die Entwicklungen im fairen Handel beunruhigt. Mehr und mehr verkaufen KleinbäuerInnen wieder



In jüngerer Vergangenheit versucht man allerdings Fair Trade auch auf Bekleidung (Clean Clothes), Öl, Computer und Diamanten auszuweiten.

an die ZwischenhändlerInnen der Kaffee- konzerne, die den Spitznamen »Coyotes« tragen. Obwohl Fair Trade eigentlich hohe Abnahmepreise garantiert, sind sie mittlerweile oft doch geringer als versprochen. Es fehlt Klarheit darüber, wo genau dann das Geld bleibt, das von den KonsumentInnen im Norden zusätzlich zum »Normalpreis« gezahlt wird. Was passiert wirklich am Weg von der Bohne in die Kaffeetasse?

Dazu kommt, dass die Bio-Zertifizierung hohe Gebühren kostet, ebenso wie die Labels »Fairtrade« oder »Transfair« selbst. Klein- und Kleinstbetriebe werden dadurch mehr und mehr von Fair Trade ausgeschlossen. Der faire Handel und seine Dachorganisation liebäugeln mittlerweile auch mit Großkonzernen der Regionen und mit den GroßgrundbesitzerInnen. Da scheint es den KleinproduzentInnen oft sicherer, auf die altbekannten HandelspartnerInnen zu setzen, mögen sie noch solche »Koyoten« sein.

Und noch mehr Kritikpunkte

Immer öfter wird kritisiert, dass die garantierten Preise für landwirtschaftliche Produkte zur Überproduktion führten. Überproduktion führt aber stets zum Preisverfall. Der faire Handel motiviere Bauern und BäuerInnen dazu, weiterhin Armut fördernde Produkte herzustellen, noch dazu großteils typische Waren aus der Zeit der kolonialen Unterdrückung. Außerdem impliziere der Begriff Fair Trade, dass jeder andere Handel unfair sei – die Märkte sollten viel mehr ganz generell für ProduzentInnen aus Entwicklungsländern geöffnet werden. Von manchen

werden die auferlegten Umwelt- und Sozialstandards auch als Diskriminierung der Entwicklungsländer gesehen, ja sogar als versteckter Protektionismus.

Und doch

Insgesamt gibt es sie doch, die positiven Auswirkungen von fairem Handel. Lorraine Ronchi von der »Poverty Research Unit« der Universität Sussex hat festgestellt, dass »der faire Handel seine Ziele erreicht« und die »Einnahmen kleiner HerstellerInnen verbessert hat«. Dazu kommt, dass sich deren Lebensqualität deutlich verbessert hat.

Zu ähnlichen Schlüssen kam eine ForscherInnengruppe der Colorado State University – das Wohlbefinden der kleinen Kaffeebauern und -bäuerinnen in Lateinamerika habe sich verbessert. Des Weiteren habe sich der Zugang zu Krediten und auswärtigen Entwicklungsfinanzierungen, ebenso wie der Zugang zu Bildung und Ausbildung deutlich verbessert. Es war sogar möglich, die Qualität des Kaffees zu steigern und auch die Kaffeepreise in der Region haben sich im Allgemeinen positiv entwickelt. Dies sind erfreuliche Ergebnisse, die nicht von der Hand zu weisen sind und ohne die viele ProduzentInnen immer noch ein karges Los fristen würden.

Ist fairer Handel nun richtiger Handel oder doch Entwicklungspolitik? Ist fairer Handel mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein und werden dadurch nicht neue Abhängigkeiten geschaffen? Wird die soziale Ungleichheit im Süden nicht durch den fairen Handel noch vergrößert? Nicht alle haben Zugang dazu!

WEBLINKS

Fairtrade bei Wikipedia:

de.wikipedia.org/wiki/Fairer_Handel

Faire Organisationen: (Hier kann man auch die Erfolgsgeschichten nachlesen.)

www.fairtrade.at/

www.cleanclothes.at/

Faire Bekleidung, die auch noch organisch ist – die ökofaire Modekollektion:

www.goettindesgluecks.com

Wien und Fair Trade:

not.priv.at/konsumacht/links.html

Und bedenkt man die ökologischen Auswirkungen von langen Transportwegen: Sind die positiven sozialen Auswirkungen groß genug, um die negativen ökologischen Auswirkungen aufzuwiegen? Letztlich fragt sich noch – ist die Produktpalette nicht viel zu stark von klassisch kolonialen Produkten geprägt?

All diese Fragen können hier nicht beantwortet werden – und sind teilweise auch vom fairen Handel selbst noch nicht zufriedenstellend beantwortet worden. Es bleibt also vieles offen – klar ist aber: Es ist sicherlich nicht alles fair was glänzt.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin

ruth.bauer@gmx.net

oder die Redaktion

aw@oegb.at

Myanmar/Burma:

Freiheit für Arbeitsrechtsaktivistin

Su Su Nway sitzt wegen ihrer Beteiligung an Protesten im Sommer 2007 im Gefängnis.

Su Su Nway, Mitglied der Oppositionspartei Nationale Liga für Demokratie, nahm im August 2007 an Protesten gegen Preiserhöhungen teil. Am 13. November 2007 wurde sie in Rangun verhaftet, als sie einen regierungskritischen Banner hisste. Sie wurde am 11. November 2008 zu zwölf Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, im Berufungsverfahren wurde die Haftstrafe auf acht Jahre und sechs Monate gesenkt. Su Su Nway war

den Behörden, aber auch der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) schon früher aufgefallen, als sie Zwangsarbeit und die Konfiszierung von Land in ihrem Dorf anprangerte.

Su Su Nway war zunächst in Rangun inhaftiert und wurde dann in andere Gefängnisse überstellt. Sie wird seit August 2009 im Hkamti-Gefängnis gefangen gehalten. Hkamti, knapp 700 Kilometer von der Hauptstadt entfernt, liegt in ei-

ner Malaria-Gegend; zahlreiche Gefangene sind daran erkrankt. Su Su Nways Gesundheitszustand hat sich im Gefängnis verschlechtert. Sie leidet an einem Herzfehler. Das Gefängnis liegt 1.200 Kilometer von ihrem Dorf entfernt, und es ist für ihre Familie sehr schwierig, Su Su Nway zu besuchen und mit Nahrung und Medikamenten zu versorgen.

Mehr Infos:

gewerkschafterinnen.amnesty.at

EU 2020:

Soziale Vorhaben auf dem Prüfstand

Diskussion über das, was nach der Lissabon-Agenda kommen soll.

Die Europäische Kommission hat am 3. März die Nachfolgestrategie für die sogenannte Lissabon-Agenda vorgestellt: die Strategie »Europa 2020«. In dieser wird eine Reihe von Zielen definiert, die die Politik der EU im kommenden Jahrzehnt maßgeblich bestimmen sollen. So ist dort etwa eine Erhöhung der Beschäftigungsquote wie auch der Forschungsausgaben und eine stärkere Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik vorgesehen.

Anlässlich der Vorlage dieses neuen Strategiepapiers, das in den Medien verhältnismäßig wenig Beachtung gefunden hat, haben das ÖGB-Europabüro und AK EUROPA am 8. März 2010 zu einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion in die Ständige Vertretung Österreichs bei der EU geladen. Stargast war Rudolf Hundstorfer, österreichischer Arbeits- und Sozialminister, der Österreich am selben Tag im EU-Beschäftigungs- und Sozialrat (dem sogenannten »BESO-

Rat«, wichtigste Ergebnisse auf der übernächsten Seite) vertreten hatte. Mit ihm diskutierten, moderiert von Raimund Löw, dem Leiter des ORF-Studios Brüssel, der Leitende Sekretär des ÖGB Bernhard Achitz, Csaba Káncz, Kabinettsmitglied des EU-Beschäftigungskommissars László Andor, und Gero Maass, Leiter Internationale Politikanalyse bei der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Mehr Infos und Bilder von der Diskussion auf www.oegb-eu.at

Europa:

Regulierung der globalen Finanzmärkte

ÖGB ist Partner der neuen europäischen Kampagne.

Eine neue europäische Kampagne geht in die Offensive für einen Kurswechsel bei den globalen Finanzmärkten. Die Initiatoren von »EuropäerInnen für eine Finanzmarktreform« sind unter anderem der EGB, der IGB sowie das Global Progressive Forum. ÖGB und AK sind unter den ersten Organisationen, die der Kampagne beitraten.

Unter dem Motto »Reguliert die globalen Finanzmärkte – jetzt« setzt sich die

Kampagne dafür ein, die Lehren aus der Finanzkrise zu ziehen: Sie fordert eine effektive Regulierung des Finanzsektors und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, damit jene für die Krise zahlen, die sie auch verursacht haben. Ein Schwerpunkt ist auch die Bekämpfung des durch die Auswüchse des Finanzsektors noch weiter verstärkten gesellschaftlichen Ungleichgewichts. In Zeiten von Lohnneinschnitten und Arbeitsplatzabbau fordert

die Kampagne unter dem Slogan »ArbeitnehmerInnen zuerst!« einen Stopp von Bonuszahlungen in Milliardenhöhe.

Diese europäische Kampagne, die auch in den Mitgliedsstaaten wirken soll, ist eine logische Fortsetzung der engen Zusammenarbeit von ÖGB-Europabüro und AK Europa in Brüssel für eine effektive Finanzmarktregulierung.

Die Kampagne im Internet:

europeansforfinancialreform.org/de

Mobilität findet statt

Im »Zukunftsraum Wien–Niederösterreich–Südmähren« (ZUWINS) arbeiten die Konföderation der tschechischen Gewerkschaften und der ÖGB zusammen.

Autorin: Isabelle Ourny

ÖGB-Referat für Bildung, Freizeit und Kultur

Anfang Februar wurde das erste Teilstück der A5 vollständig für den Verkehr freigegeben. Mit der Planung für die Nordautobahn Richtung Tschechien wurde gleich nach Fall des Eisernen Vorhangs begonnen, ein langer Weg. Ein wenig schneller soll es mit der Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes für tschechische ArbeitnehmerInnen vorangehen. 2004 ist die Tschechische Republik der EU beigetreten. Durch Übergangsregelungen wurde aber der österreichische Arbeitsmarkt für ArbeitnehmerInnen aus den »neuen« EU-Ländern vorübergehend eingeschränkt. 2011 wird der österreichische Arbeitsmarkt vollkommen offen sein.

Die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Kooperation wurde durch die sukzessive Öffnung der Grenzen zu unseren Nachbarn erkannt. Die Europäische Kommission sieht in der Zusammenarbeit zwischen grenznahen Regionen ein Instrument regionaler Entwicklung. Der ÖGB hat die Aufgabe auf sich genommen, einen Beitrag dafür zu leisten: Um die soziale Kohäsion der Grenzregion zu gewährleis-

ten und einen gemeinsamen Arbeitsmarkt zu konstruieren, sollen tschechische und österreichische ArbeitnehmerInnen die gleichen Rechten und Pflichten genießen. So wurde unter anderem das Projekt »Zukunftsraum Wien–Niederösterreich–Südmähren« (ZUWINS), in Zusammenarbeit mit der Konföderation der tschechischen Gewerkschaften, Regionalstelle Südmähren, ins Leben gerufen. Auf österreichischer Seite nehmen die Gewerkschaft PRO-GE und der ÖGB Niederösterreich aktiv teil.

Das Projekt bildet einen Pol zum Reflektieren und Handeln, mit Akteuren aus Österreich und der Tschechischen Republik. Der Fokus richtet sich auf den gemeinsamen Arbeitsmarkt, den sozialen Kontext, Fragen der Migration und schließt die Gewerkschaften und Sozialpartner aus beiden Ländern mit ein.

Einer der Hauptaktivitäten ist das kostenlose Anbieten von Rechtsberatung im Bereich Arbeits- und Sozialrecht in der Muttersprache. Es wurden Rechtsberatungsstellen in Wien, Mistelbach, Hollabrunn sowie in Brünn eingerichtet.

Für BetriebsrätInnen bietet das Projekt eine besondere MultiplikatorInnenschulung: In der Mitteleuropäischen Gewerkschaftsakademie (MEGAK) lernen BetriebsrätInnen und GewerkschaftsfunktionärInnen aus Tschechien und Österreich einander kennen, erfahren über die Geschichte und Aufbau der Gewerkschaften im Nachbarland, über Sozialpartnerschaft, das Funktionieren von gewerkschaftlicher Frauen- und Jugendarbeit usw. Dieser Austausch und die Knüpfung von Netzwerken sind in einer globalisierten Welt von großer Bedeutung. Der nächste Lehrgang findet ab April 2010 statt.

INFO & NEWS

ZUWINS ist ein grenzüberschreitendes Projekt, das durch ERDF-Mittel (European Regional Development Fund) und durch Mittel des Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz finanziert wird. Hauptpartner ist der ÖGB, Projektpartner ist die Konföderation der tschechischen Gewerkschaften (CMKOS). Mehr Infos unter: www.zuwins.at

Akzente wurden auch auf die Themen Frauen und Jugend gesetzt: Bevölkerungsgruppen, die es besonders schwer am Arbeitsmarkt haben, eine Tendenz, die leider auf beiden Seiten der Grenze zu spüren ist. Einen positiven Beitrag zum Thema leistet ein Lehrlingswettbewerb Ende April in Wien: Drei Installateurlehrlinge aus Tschechien werden daran teilnehmen.

Das Projekt endet im Dezember 2012, Zeit um gewerkschaftliche Akzente zu setzen. Mobilität wird, ob mit oder ohne fertiggestellte Autobahn, stattfinden. Bereiten wir uns zusammen mit den tschechischen Gewerkschaften darauf vor: für einen gemeinsamen Arbeitsmarkt, weg von Ressentiments, Vorurteilen, Ängsten hin zu einer starken Gewerkschaft und Sozialpartnerschaft auf beiden Seiten der Grenze.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
isabelle.ourny@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



Durchbruch im Kampf

TEKEL-ArbeiterInnen in der Türkei kämpfen gegen die Schließungspläne der Erdogan-Regierung – am 78. Tag konnten sie die erste Runde für sich entscheiden.

*AutorInnen: Kadim Ülker
Amela Muratovic*

*Mitarbeiter der AK Wien,
Mitarbeiterin ÖGB Öffentlichkeitsarbeit*

Von einem normalen Arbeitsalltag konnten die ArbeiterInnen des Tabakkonzerns TEKEL in den vorigen Monaten nur träumen. Denn ihrer war von lautstarken Kundgebungen, mehrtägigen Hungerstreiks und Festnahmen gekennzeichnet. Seit Mitte Dezember 2009 demonstrierten Tausende Beschäftigte gegen die Folgen der Privatisierung des Unternehmens und kämpften um Brot, Arbeitsplatz und Freiheit. Nach 78 Kampftagen, am 28. Februar 2010, konnten die ArbeiterInnen wieder einmal aufatmen und neuen Mut schöpfen: Das oberste Verwaltungsgericht der Türkei entschied, dass die vierwöchige Frist der Regierung für die Annahme der Wiederbeschäftigung als Niedriglohnkräfte gesetzeswidrig war.

Arbeitslosigkeit oder »4-C«

TEKEL, einst ein staatlicher Tabakmonopolist, wurde im Jahr 2008 schrittweise an British American Tobacco verkauft. Die Folge: Im Staatsbesitz blieben 40 Lager von Tabakblättern und Rohtabak. Diese sollten im Jänner 2010 geschlossen werden. Rund 12.000 Beschäftigte wären von dieser Maßnahme betroffen – auf sie wartete die Arbeitslosigkeit. Als Übergangslösung bot die Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan

» Ö L M E K V A R D Ö N M E K Y O K «

TEKEL işletmesi özelleştirilen devlet işletmelerinden birisidir. Özelleştiren TEKEL'in bazı Bölümleri de Amerikan ve İngiliz işletmelerine satılmıştı. Özelleştirilen devlet kurumlarının satışından sonra orada çalışanların sayısını da azaltmak ve sözleşmelerini değiştirmek gerekmektedir.

TEKEL işçisi de bu durumla karşı karşıya kalmış, iş sözleşmeleri bitirilip yerine yeni sözleşmeler sunulmak istenilmiştir. Bunu yapan ise «ben yetim hakkı yedirmem» diyerek kendi çocuklarını gemicilerle ihya eden AKP hükümeti ve onun başbakanı R. T. Erdoğan olmuştur.

İşçilere C/4 adlı köleciliği yeniden getiren sözleşme sunulmuştur. C/4 adlı sözleşmeye göre çalışanların almış oldukları ücret yarıya indirilmek, süresiz olan iş sözleşmeleri yılda sadece 11 aya düşürülmek, 8 saatlik çalışma süresi yerine işin bitirilmesine kadar ücretsiz olarak çalıştırılmak istenmektedir.

Çalışanlar, sendikaları Tek Gıda İş bu köleleştirmeye karşı çıkıp, eyleme geçtiler. Türkiye'nin en büyük işçi konfederasyonu Türk İş'in Ankara'daki genel merkez binası önüne çadır kurup, C/4 adlı sözleşmesine karşı direnişe geçtiler. Bu direniş Ankara'nın en soğuk kış mevsiminde AKP'nin polislerinin biber gazına ve polis copuna rağmen tam tamına 78 gün sürdü. 78 gün içinde direnişe diğer sendika konfederasyonları, aydınlar yoğun destek verdi.

AKP hükümetinin yandaş medyasının yalan haberlerine ve hilelerine rağmen birlikleri ve toplumun desteği bozulmadı. 28 Şubat'ta Ankara'nın ayazında kalmış oldukları çadırlarını söktüler, karanfiller dağıtarak ve dalaştılar. 1 Nisan'da tekrar görüşmek üzere diyerek eylemlerinin devam edeceğini de duyurdular. Danıştay'ın vermiş olduğu karar da onların mücadelelerinin hukuksal boyutunun haklılığını göstermiş oldu.

K. Ü.

entlassenen ArbeiterInnen die vorübergehende Weiterbeschäftigung als Staatsangestellte an, unter dem Modell, das als »4-C« bekannt wurde. Einige nahmen an, andere ließen sich auszahlen. Doch die streikenden ArbeiterInnen in Ankara klagten, durch »4-C« drohen ihnen enorme Gehaltskürzungen und der Verlust von sozialen und tariflichen Rechten. Sie forderten von der Regierung Nachbesserungen. Der Ministerpräsident lehnte ab.

»Eher sterben wir, als dass wir mit leeren Taschen zurückkehren«: Mit Sprechchören wie diesen kündigten sie an, was

viele ihnen nicht zutrauten. Auf Worte ließen sie Taten folgen: Mehrere Hundert Betroffene samt Angehörigen reisten aus allen Teilen des Landes in Bussen in die Hauptstadt und kampierten 78 Tage in Zelten vor der Gewerkschaftszentrale TÜRK İS – und das in der kältesten Jahreszeit. Mit mehrtägigen Hungerstreiks unterstrichen sie ihre Forderungen an die Regierung. Die Protestbewegung artete zu einem Machtkampf zwischen der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) und der TEKEL-Belegschaft aus. Die AKP-Regierung versuchte immer

INFO & NEWS

Beschäftigte nach dem Status »4-C«:

- sind weder ArbeiterInnen, Angestellte noch Beamte.
- dürfen nur für eine Übergangszeit in Betrieben aufgenommen werden. Seit 2010 für elf Monate.
- haben keine geregelten Arbeitszeiten.
- verpflichten sich erteilte Arbeiten ohne zeitliche Begrenzung unentgeltlich fertigzubringen.
- pro Monat ist ein Urlaubstag gestattet.
- in vier gearbeiteten Monaten Anspruch auf zwei bezahlte Krankenstandstage.
- Weitere Fehltage werden nicht bezahlt.
- Regierung definiert ihre Rechte und Pflichten in einem Vertrag.
- Regierung entscheidet einseitig über das Gehalt.
- Betrieb und die Gewerkschaft haben kein Mitspracherecht.
- Kein Recht auf Abfertigung und Kündigungsschädigung.

Quelle: Aydinlik am 24. Jänner 2010

wieder, die Protestwelle zu boykottieren. Die Polizei ging gewaltsam gegen die Demonstranten vor. Sie setzte Tränengas, Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Viele mussten ärztlich behandelt werden. Der Präsident der Gewerkschaft Tek-Gida-Is Mustafa Türkel wurde verhaftet. Erdogan setzte der Belegschaft eine vierwöchige Frist, sein Angebot anzunehmen und die Zelte abzubauen. Doch der Ruf nach fairer Behandlung konnte auch mit diesen Drohungen nicht stillgelegt werden. Im Gegenteil: Er wurde immer lauter. Landesweit solidarisierten sich Menschen mit den ArbeiterInnen. Mehrere Gewerkschaftsverbände, Künstler und Politiker bekundeten ihre Unterstützung für die (hunger-)streikende TEKEL-Belegschaft. Überall in der Türkei kam es zu Kundgebungen, sogar zu eintägigen Streiks von Gewerkschaftsmitgliedern. Oppositionsparteien in Ankara versorgten die Demonstranten mit Essen und Trinken. Erdogan warf ihnen Missbrauch von öffentlichen Mitteln vor und drohte mit Ge-

fängnisstrafen. »Die TEKEL-ArbeiterInnen sind zu einer Plattform für viele Menschen in diesem Land geworden, die ausgeschlossen, unterdrückt und ignoriert werden. Der Widerstand brach aus, als Erdogan jedermann Angst einjagte und einschüchterte«, betonte der Generalsekretär der kemalistisch ausgerichteten Gewerkschaft Tek-Gida-Is.

Widerstand gegen Erdogans AKP

Zum ersten Mal seit ihrem Machtantritt im November 2002 sah sich Erdogans Regierungspartei AKP einem solchen eingeschlossenen und in der Bevölkerung populären Widerstand gegenüber. Selbst Bergsteiger auf dem biblischen Berg Ararat an der Grenze zu Armenien zollten den ArbeiterInnen ihre Anerkennung. In mehr als 5.000 Meter Höhe entrollten sie ein Transparent mit dem Text: »So lange die Tekel-Arbeiter nicht frieren, frieren wir auch nicht.«

Auch EU-weit erklärten Gewerkschaften, Parteien und Vereine ihre Solidarität mit den Betroffenen und suchten nach einem Dialog mit den türkischen Botschaften. Diese waren zu keinen Gesprächen bereit. Die GPA-djp-Interessengemeinschaft work@migration forderte in ihrer Solidaritätserklärung die türkische Regierung auf, die Verhandlungen mit der zuständigen Gewerkschaft sofort aufzunehmen, und dass die betroffenen ArbeiterInnen Beschäftigungsgarantien für neue Arbeitsplätze bekommen.

Nachdem die AKP-Regierung alle Forderungen der Gewerkschaft nach Verhandlungen ignoriert hatte, freuten sich die seit über zwei Monaten kämpfenden ArbeiterInnen umso mehr über das Urteil des Verwaltungsgerichts. Nach einer Klage der Lebensmittelgewerkschaft beschloss am 28. Februar der türkische Staatsrat, dass die von der Regierung gesetzte 30-tägige Frist, innerhalb der die ArbeiterInnen entweder einen neuen Job suchen oder »4-C« akzeptieren sollten, gesetzeswidrig ist.

Der 28. Februar war der Tag, an dem das von Erdogan gestellte Ultimatum an die ArbeiterInnen ausgelaufen wäre.

Für rund 3.200 der insgesamt 12.000 Beschäftigten kam der Beschluss jedoch zu spät. Sie unterschrieben zuvor das An-

WEBLINK

Mehr Infos unter:

www.arbeit-wirtschaft.at/servlet/ContentServer?pagename=X03/Page/Index&n=X03_0.a&c id=1268668652115



Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein »Reader« entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader/

gebot der Regierung. Die Angst, ohne jede soziale Sicherung auf der Straße zu bleiben, war zu groß. Die übrigen ArbeiterInnen im Streikcamp fielen sich um den Hals, sie können den Kampf um ihre Arbeitsplätze weiterführen und bekommen weiterhin Übergangsgeld. »Unser Kampf für TEKEL tritt nun in eine neue Phase. Wir haben 4-C nicht akzeptiert und werden 4-C nicht akzeptieren«, erklärte Türkel. Anschließend kündigte er eine Aussetzung des Streiks für einige Wochen an. Ab April würde es erneute landesweite Gewerkschaftsaktionen geben.

Rückhalt in der Gesellschaft

Die Zelte vor der Zentrale wurden sofort abgebaut, offenbar um einer polizeilichen Räumung zuvorzukommen. Er werde den »Missbrauch des TEKEL-Themas« nicht länger akzeptieren, erklärte Erdogan zwei Tage zuvor ultimativ. Trotz seiner nach außen harten Linie wird der erfolgsverwöhnte Premier wohl früher oder später einlenken müssen. Denn ein Jahr vor der nächsten Parlamentswahl droht dem Regierungschef ein folgenreicher Ansehensverlust, der Protest hat in der Gesellschaft breiten Rückhalt gefunden.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
kadim.uelker@akwien.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Statistiken sind Argumente

	Verbraucherpreisindex Veränderungen in Prozenten gegenüber dem Vorjahresmonat	
	Harmonisierte VPI	
	Dezember 09	Jänner 10
Belgien (BE)	0,3	0,8
Deutschland (DE)	0,8	0,8
Irland (IE)	-2,6	-2,4
Griechenland (EL)	2,6	2,3
Spanien (ES)	0,9	1,1
Frankreich (FR)	1,0	1,2
Italien (IT)	1,1	1,3
Zypern (CY)	1,5	2,5
Luxemburg (LU)	2,5	3,0
Malta (MT)	-0,4	1,2
Niederlande (NL)	0,7p	4p
Österreich (AT)	1,1	1,2p
Portugal (PT)	-0,1	0,1
Slowenien (SI)	2,1	1,8
Slowakei (SK)	0,0	-0,2
Finnland (FI)	1,8	1,6
Eurozone (VPI-EWU)	0,9	1,0p
Bulgarien (BG)	1,6	1,8p
Tschech. Republik (CZ)	0,5	0,4
Dänemark (DK)	1,2	1,9
Estland (EE)	-1,9	-1,0
Lettland (LV)	-1,4	-3,3
Litauen (LT)	1,2	-0,3
Ungarn (HU)	5,4	6,2
Polen (PL)	3,8	3,9
Rumänien (RO)	4,7	5,2
Schweden (SE)	2,8	2,7
Vereinigtes Königreich (UK)	:	3,5
EU (EVPI)	1,4	1,7p
Island (IS)	11,3	10,6
Norwegen (NO)	2,4	2,7
EWU (VPI-EWR)	1,4	1,7p
Schweiz (CH)	0,2	0,9

Der Arbeitsmarkt im Dezember 2009

	Stand Jänner 10	Veränderung zum Vormonat	Vorjahres- monat
Unselbst. Beschäftigung ohne KUG/Präsenzdiener	3.300.404	-16.084	-38.296
ArbeiterInnen	1.219.422	-16.879	-36.095
Angestellte u. Beamte	2.080.982	795	-2.201
Männer	1.710.318	-14.543	-35.461
Frauen	1.590.086	-1.541	-2.835
AusländerInnen	418.096	-3.309	-2.959
InländerInnen	2.882.308	-12.775	-35.337
Vorgemerkte Arbeitslose	323.651	10.880	22.122
Männer	215.113	12.742	16.154
Frauen	108.538	-1.862	5.968
AusländerInnen	63.392	768	4.653
InländerInnen	260.259	10.112	17.469
Jugendliche (bis unter 19)	10.873	-252	-232
Jugendliche (19 bis unter 25)	39.392	1.250	2.190
Ältere (50 bis unter 55)	35.019	1.712	3.322
Ältere (55 bis unter 60)	24337	1.566	2.243
Ältere (über 60)	5703	230	300
Arbeitslosenquote	8,9	0,3	0,6
Offene Stellen	23.354	-329	-3.457
Lehrstellensuchende	5071	-244	-5
Offene Lehrstellen	2795	-33	-164
Geringfügige Beschäftigung*	293.312	-2.912	5.324
Männer	102.981	-500	4.610
Frauen	190.331	-2.412	714
ArbeiterInnen	167.868	-1.693	3.293
Angestellte	125.444	-1.219	2.031

* nicht in der unselbstständigen Beschäftigung enthalten

Die monatlichen
Übersichten über die
Beschäftigungslage und
die Kaufkraft
sollen die Orientierung
erleichtern.
Die Tabellen sind wichtige
Informationen für
InteressenvertreterInnen
und jede/n politisch
Interessierte/n.

Datenquellen: EUROSTAT, Itrd, Monat:
Ann.: Der Harmonisierte VPI ist der zentrale Indikator für die Währungs-
politik der EZB. Er stellt auch die beste statistische Basis für internationale
Vergleiche unter europäischem Gesichtspunkt dar.
EUWU = Europäische Währungsunion; EWR = Europäischer Wirtschaftsraum.
Die Schweiz berechnet seit Jänner 2008 einen HVPI.
r = revidiert; p = vorläufig; - = Daten nicht verfügbar

Aus dem Schneider?

Die Bundespräsidentenwahl als vergebene Chance sieht die Korrespondentin des Focus Magazins. Sie träumt von einer Plattform für innere Sauberkeit.

Autorin: Marta S. Halpert

Österreich-Korrespondentin für das FOCUS Magazin in München und Chefredakteurin der Jahresschrift »Jüdisches Echo«

Die mittelgroßen (noch) staatstragenden Parteien atmen erleichtert auf: Beide in der Koalitionsregierung Verbandelten glauben, dass die Kandidatur der blauen Barbara Rosenkranz sie nicht anzugehen hat. Die Sozialdemokratie lehnt sich gemütlich in ihren Ohrensessel in der Hofburg zurück. Mit so einem lupenreinen, untadeligen Kandidaten für den Posten des Bundespräsidenten ist man einfach aus dem Schneider. Die ÖVP-Führung hat auf ihren einflussreichen Wirtschaftszweig gehört und Geld gespart. Sie muss jetzt nur ab und zu eine »Rückholaktion« starten, wenn ein unbedarfter Funktionär die resolute Frau doch noch zur Wahl empfiehlt. Beide Parteien sehen sogar weniger Probleme mit dieser Kandidatur als mit der im Oktober 2008 vollzogenen Kür des aufrechten Rechten Martin Graf zum Dritten Nationalratspräsidenten. Jetzt bedarf es nicht einmal jener nachträglichen Krämpfe und fadenscheiniger Erklärungen, warum man sich ausgerechnet damals auf die Pflege von parlamentarischen »Usancen« versteift hatte. Auch der Schwarze Peter geht eindeutig an die ÖVP: Da gab es sogar eine Pröll'sche Wahlempfehlung im Plenum.

Also, alles paletti? Gibt es keinen weiteren Anlass sich mit dem Thema zu befassen? Oh doch, wenn man heutige und

zukünftige gesellschaftspolitische Verantwortung für die Psychohygiene des Landes übernehmen will. Wenn man der Jugend, die dem angeblich so »charismatischen« HC Strache in die Discos nachläuft, etwas Orientierung und Sicherheit geben will. »Haltung zeigen«, »Vorbild sein« – alles nur antiquierte Begriffe, die heute gar nicht cool ankommen? Ein hautnahes Erlebnis mit Lehrlingen der Berufsschule Gastgewerbe aus der Längenfeldgasse beweist genau das Gegenteil. Waltraud Eberharder, eine junge Tirolerin, hat sich Zeitausgleich von ihrer Arbeit in der AK NÖ genommen, um als ausgebildeter Guide des Mauthausen-Komitees (MKÖ), 22 Jugendliche einen Tag lang durch das ehemalige KZ zu führen.

Jugendliche in Mauthausen

In Eiseskälte, modisch gekleidet stampfen die 16- bis 18-Jährigen frühmorgens durch die Baracken und über die Appellplätze. Offene Gesichter, wache Augen verfolgen die leicht verständlichen Erklärungen des Guides. Waltraud belehrt nicht, sie macht alles ernsthaft, aber locker und interaktiv: Sie berichtet Fakten und stellt gleich Fragen dazu. Anna, Patrick, Sarina und Omar, die derzeit in der Fünfsterne-Hotellerie ausgebildet werden, denken mit und versuchen eigene, heutige Antworten zu geben. »Wie müssen die Häftlinge in den Fetzen und ohne Schuhe gefroren haben?«, überlegt Sarina bei einer Rauchpause. Bis Waltraud die wichtigste Frage stellt: »Ihr fragt euch vielleicht, was geht uns das heute – fast 70 Jahre danach – alles an?«

Doch diesmal gibt sie selbst die Antwort: »Weil nichts davon mit dem KZ begonnen hat, sondern mit Hass und Hetze.« »Und mit falschen Versprechungen«, tönt es aus dem Hintergrund. »Einige von uns haben Strache in der Disco zugehört, als er versprochen hat den Kündigungsschutz für Lehrlinge durchzusetzen. Gemacht hat er dann nichts«, urteilt Sarina nüchtern.

Initiative gefragt

Weniger enttäuscht, dafür positiv überrascht, wären die Jugendlichen von einer zivilgesellschaftlichen Initiative, die ihnen heutige Maßstäbe vorgeben würde: Durch eine Plattform, getragen von Persönlichkeiten aus Politik, Kultur und ihren eigenen Lebenswelten, die gemeinsam für innere Sauberkeit plädiert. Die lautstark erklärt, dass es auch andere als nur demokratisch legitimierte Ansprüche an Personen, die für das höchste Amt im Staat kandidieren, geben darf und muss. Dass man sich als »Inländer« auch stolz in den Spiegel schauen kann. Und nicht darauf wartet und hofft, dass das »böse Ausland« reagiert, um wieder einmal selbstgerecht und provinziell gegen den Außenfeind Schulter-zu-schließen. Anna und Patrick würden das sicher wahrnehmen.

KONTAKT

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

aggregiert: angehäuft (Seite 20)

Äquivalenzeinkommen: Wert, der sich aus dem Gesamteinkommen eines Haushalts und der Anzahl sowie dem Alter der davon lebenden Personen ergibt. Das Äquivalenzeinkommen wird vor allem für die Berechnung von Einkommensverteilung, Einkommensungleichheit und Armut verwendet. (Seite 14, 29)

Asset Management: Vermögensverwaltung (Seite 27)

Breitner, Hugo: österreichischer SP-Politiker (1873–1946); als Finanzstadtrat in Wien (1919–1932) gelang es ihm, die Kreditfähigkeit der Stadt wiederherzustellen. Bekannt wurde er vor allem durch Einführung sogenannter »Breitner-Steuern«, mit denen die Vermögenden zur Kasse gebeten wurden: Wohnbausteuer zur Etablierung des sozialen Wohnbaus, Hausgehilfensteuer, für alle, die Hausangestellte beschäftigten, etc. Breitner flüchtete 1938 aus Österreich und starb 1946 in den USA, kurz vor seiner geplanten Rückkehr. (Seite 11)

Center of Research for Environmental Decisions (CRED): Forschungszentrum für Umweltentscheidungen; interdisziplinäres Zentrum an der Universität Columbia, das sich für eine verbesserte Auswertung wissenschaftlicher Daten in Zusammenhang mit den Auswirkungen des Klimawandels einsetzt. (Seite 19)

Danneberg, Robert: österreichischer SP-Politiker und Jurist (1885–1942), kritisierte schon 1914 die kriegsunterstützende Politik der Sozialdemokraten, 1919–1934 Nationalrat, Mitautor der demokratischen Wiener Stadtverfassung. Gemeinsam mit Breitner entwickelte er die Wohnbausteuer. 1938 wurde Danneberg verhaftet, er starb in Auschwitz. (Seite 11)

deliberativ: beratend, im Sinne von BürgerInnen beteiligend. (Seite 19)

EU-OSHA: Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, 2006 wurde der finnische Sicherheits- und Gesundheitsexperte Jukka Takala zum Direktor der Agentur ernannt. Die EU-OSHA ist ein entscheidender Akteur der Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2007–2012, deren Ziel es ist, Fehlzeiten durch Arbeitsunfälle in der EU um ein Viertel zu senken und Berufskrankheiten zu verringern. (Seite 31)

Feudalismus: auf dem Lehensrecht aufgebaute Wirtschafts- und Gesellschaftsform, bei der die Grundbesitzer die Macht haben und Bauern (in Leibeigenschaft) das Land bewirtschaften – wie beispielsweise in Europa während des Mittelalters. (Seite 37)

FINE: loser Zusammenschluss von vier internationalen Organisationen für fairen Handel. (Seite 38)

Fitoussi, Jean Paul: französischer Ökonom, geboren 1942 in Tunesien. (Seite 20)

Indirekte Steuern: Steuern, die nicht von demjenigen, der sie bezahlt, sondern von einem Dritten abgeführt werden, z. B. Umsatz-, Vergnügungs-, oder Tabaksteuer. (Seite 17)

interdependent: voneinander abhängig (Seite 20)

Krugman, Paul: US-Volkswirtschaftler, geb. 1953, erhielt 2008 den Wirtschaftsnobelpreis, vor allem für seine »Analyse von Handelsstrukturen und Standorten ökonomischer Aktivität«. (Seite 20)

Lehman Brothers: 1850 von drei emigrierten deutschen Juden in Alabama gegründete Investmentbank. Nach dem Bürgerkrieg verlegten Henry, Emanuel und Maier Lehman ihre Geschäfte nach New York. Im Zuge der Subprime-Krise musste die Bank mehr als drei Milliarden Dollar abschreiben. Im Herbst 2008 schließlich meldete Lehman Brothers Insolvenz an. Die Regierung, die davor schon drei große Banken gestützt hatte, hat Lehman dann keine Unterstützung mehr gewährt. (Seite 26)

Negt, Oskar: deutscher Sozialphilosoph, geb. 1934, als einer der Wortführer der 68er-Generation war er u. a. Mitbegründer der alternativen Glockseeschule in Hannover. (Seite 35)

Neurath, Otto: österreichischer Philosoph und Ökonom (1882–1945), Mitglied des Wiener Kreises, einer Gruppe von Philosophen und Wissenschaftstheoretikern, die einander wöchentlich trafen. Neurath strebte eine Universalsprache an, die sowohl wissenschaftliche als auch alltägliche Begriffe enthalten sollte. 1934 emigrierte er in die Niederlande und dann weiter nach England. (Seite 35)

New Deal: in den USA von F. D. Roosevelt ab 1933 durchgeführtes Reformprogramm, mit dem die Folgen der Wirtschaftskrise bekämpft werden sollten und gleichzeitig soziale Neuerungen (Sozialversicherung, Arbeitszeitverkürzung etc.) eingeführt wurden. (Seite 23)

Pew Research Center: Meinungsforschungsinstitut und eher konservativ orientierte Denkfabrik in Washington, benannt nach dem 1912 verstorbenen US-Ölmagnaten Joseph Newton Pew. (Seite 18)

Pigou-Steuer: benannt nach dem englischen Ökonomen Arthur Cecil Pigou (1877–1959); Oberbegriff für Steuern, die das Verhalten beeinflussen sollen (Lenkungssteuern), um eventuellen Schaden für die Allgemeinheit zu vermeiden. Ein Beispiel dafür ist die Mineralölsteuer, die verhindern soll, dass durch das massenhafte Verbrennen von Erdölprodukten die Umwelt zu stark in Mitleidenschaft gezogen wird. (Seite 15)

Planungszelle: von dem Soziologen Peter C. Dienel entwickeltes Beratungs- und Partizipationsverfahren, welches demokratische Teilhabe des einzelnen Bürgers an verschiedenen Planungs- und Entscheidungsprozessen ermöglicht. Dabei arbeiten rund 25 von der Arbeit freigestellte BürgerInnen nach einer vorgegebenen Verfahrensweise eine Woche lang an einem Projekt. (Seite 19)

redundant: überflüssig, im Sinne von überreichlich (Seite 16)

regressiv: rückläufig, zurückgehend (Seite 17)

Roosevelt, Franklin Delano: US-Politiker (1882–1945), als progressiver Demokrat bekannt, der für die Stärkung der Demokratie und eine gerechtere Weltordnung eintrat. Während seiner Präsidentschaft (1933–1945) verfolgte er außenpolitisch die sogenannte »Good Neighbor Policy« (v. a. gegenüber Südamerika), für eine starke Position der USA ohne imperialistische Tendenzen. (Seite 23)

SILC: Community Statistics on Income an Living Conditions (Gemeinschaftsstatistiken über Einkommen und Lebensbedingungen): Erhebung, durch die jährliche Informationen über die Lebensbedingungen der Privathaushalte in der Europäischen Union gesammelt werden. Auch die Republik Österreich nimmt, vertreten durch die Statistik Österreich, an diesem Projekt teil. Rund 4.500 Haushalte nehmen jährlich an SILC in Österreich teil. Die Adressen dafür werden zufällig aus dem Zentralen Melderegister (ZMR) gezogen. Drei Viertel der befragten Haushalte werden wiederholt befragt, um Veränderungen der Lebenssituation im Zeitverlauf feststellen zu können. (Seite 29)

Stiglitz, Joseph: US-Wirtschaftswissenschaftler, geb. 1943, erhielt 2001 den Wirtschaftsnobelpreis, Wirtschaftsberater von Bill Clinton, Globalisierungskritiker. Mitbegründer des 2009 gegründeten Institute for New Economic Thinking (INET), um neue Denksätze für die Volkswirtschaftslehre zu entwickeln. (Seite 20)

Tea Party: rechtskonservative Bewegung in den USA, die vehement gegen Präsident Obama polemisiert. (Seite 18)

Terminkontrakt: Vertrag, eine bestimmte Menge zu einem bestimmten Zeitpunkt zu einem festgelegten Preis zu kaufen. (Seite 15)

United Nations University (UNU): Universität der Vereinten Nationen, gegründet 1973, um Wissen zu vermitteln und Forschung zu betreiben im Sinne der UN-Charta. Die Uni besteht aus der Zentrale in Tokio und einem weltweiten Netzwerk von Instituten. www.unu.edu (Seite 15)

Utopisten: Vertreter einer Weltanschauung, die von (angeblich) unrealistischen Idealvorstellungen ausgeht. (Seite 35)

Wanderversicherung: Wechsel einer Person zwischen mehreren Versicherungssystemen, etwa Sozialversicherung der gewerblichen Wirtschaft, Gebietskrankenkasse etc. (Seite 13)

World Institute for Development Economics Research (WIDER): erstes Forschungs- und Ausbildungsinstitut der United Nations University mit Sitz in Helsinki, gegründet 1984. WIDER beschäftigt sich mit globalen Entwicklungen und Armutsfragen. (Seite 15)

Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes GmbH
Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21 | 1010 Wien
Telefon: +43 1 405 49 98-132
Fax: +43 1 405 49 98-136
fachbuchhandlung@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

SOZIALLEISTUNGEN IM ÜBERBLICK

Sozialstaat Österreich | Lexikon der Ansprüche und Leistungen



Herausgeber: AK für Wien || 12. aktualisierte Auflage 2010, 428 Seiten

Preis: € 24,80

ISBN: 978-3-7035-1413-5

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessenten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistung bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung.

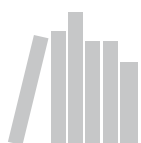
Das Buch zeichnet sich durch klare Gliederung, leichte Lesbarkeit und die Kombination von Leistungsbeschreibung und sozialpolitischer Zusatzinformation aus. Die Gliederung orientiert sich an typischen Lebenssituationen, an die Ansprüche auf Sozialleistungen regelmäßig anknüpfen: Kinder/Familie, Arbeitslosigkeit, Wohnen, Arbeitsunfall, Ausbildung, Alter, Krankheit/Behinderung, Pflegebedürftigkeit und ergänzende Sozialleistungen.

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: 01/405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags



JA, ICH BESTELLE ...

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			

Ja, ich möchte den ÖGB-Verlag-Newsletter bis auf Widerruf per Mail an oben angeführte E-Mail-Adresse erhalten.

Eigentumsvorbehalt. Zahlbar bei Erhalt der Rechnung. Gemäß § 24 Datenschutzgesetz machen wir dich darauf aufmerksam, dass deine Daten zum Zweck der Kundenbetreuung und Verrechnung automationsgestützt verarbeitet werden. Zahlungsverzugskosten übernimmt der/die BestellerIn. Satz- und Druckfehler vorbehalten. Preis inkl. USt., zuzügl. € 3,90 Versandkosten.

Beschäftigte – ob Vollzeit, Teilzeit oder Geringfügig – und Arbeitslose sind keine GegnerInnen. Wir alle sitzen im selben Boot. Sieht man sich die jährlich geleisteten Überstunden an, kommt man zu dem Schluss: Es ist genug Arbeit für alle da.

Hunderttausende Menschen sind in Österreich arbeitslos – gleichzeitig werden jährlich Millionen an Überstunden geleistet, 2008 waren es 355 Millionen! Mehr als ein Viertel davon werden gar nicht oder nicht korrekt bezahlt. Allein diese unbezahlten Stunden machen in Vollzeitjobs umgerechnet 60.000 Arbeitsplätze aus.

Auch am Arbeitsmarkt gilt: Es ist genug Arbeit da, man muss sie nur fair teilen!

OGB

FAIR TEILEN

WIR BRAUCHEN FLEXIBILITÄT BEWEGUNG AM ARBEITSMARKT

WWW.FAIRTEILEN.AT

WWW.FACEBOOK.COM/FAIRTEILEN

Ein Ersuchen des Verlages an den Briefträger:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW